



Harald Leitherer:

Der ländliche Raum blutet aus!

Bei einem Gespräch der unterfränkischen Landräte mit Europaminister Sinner kam u. a. die Aussetzung der Busförderung zur Sprache. **Seite 14**



Christian Ude:

Faire Chancen für die Stadtwerke!

Beim VKU-Kongress bezeichnete der Präsident des Städtetags die Stadtwerke als wesentlichen Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. **Seite 6**



Werner Schmidt:

BayernLB erzielte Rekordgewinn

Der LB-Vorstand präsentierte bei der Bilanz-PK ein deutliches Plus für 2005. Anhaltend sei die Kreditnachfrage von Ländern und Kommunen. **Seite 11**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 1. Juni 2006

57. Jahrgang / Nummer 11

Internationaler Museumstag:

Rekordteilnahme in Bayern

In den vergangenen Jahren hat der vom Internationalen Museumsrat (ICOM) ausgerichtete Internationale Museumstag in Deutschland ein ständig wachsendes Interesse gefunden. „Museen und junge Besucher“ lautete das Motto des diesjährigen Museumstags. Mit rund 350 Häusern, die deutlich machten, welche wichtige Rolle sie als Foren der Begegnung und der Bildung für ein junges Publikum spielen können, verzeichneten die bayerischen Museen einen Teilnahmerecord.

Vom International Council of Museums (ICOM) 1977 ins Leben gerufen, will diese Initiative Museen und ihren Mitarbeitern in aller Welt die Möglichkeit bieten, gemeinsam auf die Bedeu-

tung ihrer Arbeit als Beitrag zum kulturellen und gesellschaftlichen Leben hinzuweisen. In Deutschland wurde der Internationale Museumstag wieder von zahlreichen Stiftungen und Verbänden sowie der Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt.

Top-Event

Stolz und selbstbewusst können sich die Museen allemal zeigen: Der Gang ins Museum ist für die Altersgruppe der 14 bis 21-Jährigen - eine Bevölkerungsgruppe, die von den Werbestrategen am meisten umworben wird - ein Top-Event, wenn es um Kulturaktivität geht. Weder Pop-Konzerte, noch Kino-Besuche, noch andere Angebote werden so häufig wahrgenommen wie der Museums- und Ausstellungsbesuch.

Junge Besucher, Kinder und Jugendliche sowie junge Er-

wachsene machen im Museum ganz unterschiedliche Erfahrungen: Jüngere Kinder werden durch Aktivitäten zum Selbermachen angeregt und erfahren lebendige Vermittlungsformen von Ausstellungsstücken.

Katalysator

Für ältere Kinder stellen Museen einen vielfältigen und anschaulichen Informationspool dar, der aktiv genutzt werden kann. Er sensibilisiert sie für bestimmte Fragestellungen und Zusammenhänge, öffnet Horizonte und weckt Neugierde. Schließlich kann gerade für Heranwachsende das Museum einen erstaunlichen Katalysator für ihre sich entfaltende Individualität darstellen.

Junge Besucher kommen ins Museum, um Neues kennen zu lernen, sich zu entspannen und zu unterhalten, aber auch um nachzudenken, sich zu bilden oder einen ästhetischen Genuss zu erleben. Unterschiedlichste Museumstypen mit ihren vielfältigen Sammlungsbeständen - von Picassos „Badenden“, über eine historische Dampfmaschine, ägyptische Mumien und versteinerte Dinosaurier bis hin zu (Fortsetzung auf Seite 4)



Um die sprichwörtliche „Quadratur des Kreises“ bemühen sich die Politiker, wenn es um Fragen der kommunalen Finanzausstattung geht. Die Idee, dass nur noch Wunder und/oder Zaubertricks helfen können, kommt so manchem. Verschiedentlich würde zu einer Verbesserung der Lage schon das Verlassen ausgetretener Pfade genügen und der Mut, etwas unkonventionellere Wege zu beschreiten. Wertvolle Tips hierzu finden unsere Leser in dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung. So leicht wie die Artisten beim „2. Internationalen Varietéfestival“ (unser Bild) in Sennfeld haben es die Finanzfachleute nicht. Im Landkreis Schweinfurt ließen sich mehr als 10.000 Besucher von „Magischen Momenten“ der 100 Weltklasse-Artisten verzaubern. Ein Erfolg, den Landrat Harald Leitherer mit den Worten kommentierte: „So ein hochkarätiges Varieté-Festival gibt es in Deutschland und in ganz Europa kein zweites Mal!“

Mehr Ankünfte bei Heilbädern

Gäste zahlen ihre ambulante Kur aus eigener Tasche

Für das Jahr 2005 kann der Bayerische Heilbäder-Verband leichte Steigerungen bei den Gästeankünften und Übernachtungen vorweisen. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Zahl der Gästeankünfte um 4,1 Prozent gestiegen und die Zahl der Übernachtungen um 0,7 Prozent, erklärte 1. Vorsitzender Franz Gnan.

„Die zwar positiv anmutenden Zahlen können aber nicht über die schwierige Lage in bayerischen Kurorten hinwegtäuschen, denn die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sinkt weiter“, fuhr Gnan fort. Die durch die Gesundheitsreformen verursachten rückläufigen Kur- und Gesundheitsaufenthalte sowie der durchweg kürzere Aufenthalt brächten wirtschaftliche Engpässe.

Laut Statistischem Bundesamt verzeichnen die bayerischen Heilbäder mit 24,6 Millionen Übernachtungen im vergangenen Jahr ein Plus von 0,74 Prozent. Den Löwenanteil mit 48 Prozent aller Übernachtungen tragen die Mineral- und Moorheilbäder, die allerdings mit einem Minus von 0,5 Prozent aus dem vergangenen

oben bewegen, wenn auch nur in geringem Umfang. Marketingmaßnahmen hätten den Rückgang der geförderten Kur- und Reha-Maßnahmen auffangen können, wenn auch nicht in vollem Umfang.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Strukturwandel

Diese Zahlen deuten laut Gnan darauf hin, dass die Zahl der Kurpatienten, die ihren Aufenthalt in den Heilbädern und Kurorten Bayerns selbst finanzieren, immer größer wird. Die Entwicklung der Gästeankünfte und Übernachtungen sei insofern bemerkenswert, da sich trotz des eklatanten Strukturwandels des Gästeklientels die Zahlen nach



Noch nie hat der Bürgermeister viel von Symbolpolitik gehalten. Statt die Mittel in Dinge wie das Elterngeld zu stecken, sollte der Bund die Betreuung fördern und die Steuern für alle Eltern, gleichgültig wie alt die Kinder sind, so radikal senken, dass ihnen mehr Geld in der Tasche bleibt. Dann wäre auch die Investition in ihren Nachwuchs gesichert. S. 15



Fast auf den Tag genau gleich alt sind der Ehrenpräsident des Bayerischen Gemeindetags, Heribert Thallmair, und der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetags, Josef Deimer. Jetzt feierten beide ihren 70. Geburtstag. Bilder: GZ-Archiv

Josef Deimer und Heribert Thallmair:

Gratulation zum 70. Geburtstag!

Zwei kommunalpolitische Schwergewichte feierten innerhalb weniger Tage ihren 70. Geburtstag: der frühere Erste Bürgermeister der Stadt Starnberg und heutige Ehrenpräsident des Bayerischen Gemeindetags, Heribert Thallmair (23. Mai) und der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetags und langjährige Landshuter Oberbürgermeister Josef Deimer (29. Mai).

Heribert Thallmair wurde von seinem Nachfolger, Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl, wie folgt gewürdigt: „Heribert Thallmair war und ist ein wahrer Kämpfer für die kommunale Selbstverwaltung und einer der profiliertesten Kommunalpolitiker Deutschlands.“

Fachliche Kompetenz und diplomatisches Geschick

Seine fachliche Kompetenz, sein diplomatisches Geschick und nicht zuletzt seine stete

Herzlichkeit haben ihm bayern- und bundesweit Respekt und Zuneigung in der gesamten kommunalen Familie eingebracht. Sein Wort hat auch in Zukunft eine gewichtige Bedeutung beim Gemeindegat.

1969 wurde der damals 33jährige Jurist Thallmair erstmals zum Ersten Bürgermeister seiner Heimatstadt Starnberg gewählt. Fünf Wiederwahlen mit deutlichen Mehrheiten folgten. 1984 wählte ihn die Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags zum Präsidenten.

Bis zum Jahr 2002 übte er dieses Amt mit großem Erfolg aus. Von Mai 1994 bis Dezember 1995 und von Januar 1998 bis Dezember 2000 war der Jubilar darüber hinaus Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Von 1985 bis 1999 gehörte er dem Bayerischen Senat an, der ihn aufgrund des großen Ansehens, das er genoss, 1996 zu seinem Präsidenten wählte.

Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung

Brandl: „Thallmair war stets ein überzeugter Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung, die er stets offensiv gegenüber (Fortsetzung auf Seite 2)

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
JU startklar für Kommunalwahlen	2
Krankenhäuser fit für die Zukunft	2
Bezirke: Konzepte zur Teilhabe am Arbeitsleben	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Von Licht- und Schattenseiten der Koalition	3
Rating für kommunale Unternehmen	3
Tourismomotor Busse und Bahnen	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiefragen	5 - 8
Kommunal Finanzen	9 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Kommunalpolitischer Kongress der Jungen Union in Neumarkt:

Startklar für Kommunalwahlen

Wichtige Impulse für die in weniger als zwei Jahren anstehenden Kommunalwahlen hat die Junge Union Bayern bei ihrem Kommunalpolitischen Kongress in Neumarkt/Oberpfalz gesetzt. Unterstützung bekam die JU dabei von Bayerns Innenstaatssekretär Georg Schmid.

Derzeit sitzen in den bayerischen Kommunalparlamenten rund 1.500 Vertreter der Jungen Union. Rein rechnerisch stelle die Junge Union damit die viertstärkste kommunalpolitische Kraft im Freistaat, sagte der Landesvorsitzende der Jungen Union, MdEP Manfred Weber aus Abensberg, Landkreis Kelheim. Um diesen Erfolg zu verteidigen, sei es daher von elementarer Bedeutung, sich bereits jetzt ern-

ste Gedanken im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Frühjahr 2008 zu machen.

Innovative Politik

Innenstaatssekretär Schmid ging auf die Herausforderungen an eine innovative Kommunalpolitik ein. Er forderte die JU-Mitglieder auf, in ihren Kommunen Verantwortung zu übernehmen und sich mit frischen Ideen

und guten Konzepten zu profilieren. „Wer hochmütig und arrogant den Menschen gegenüber auftritt, braucht sich auch nicht zu wundern, wenn ihm die Bürger kein Vertrauen schenken.“

Auch Schmid ermahnte die Jungpolitiker, keine Zeit mehr zu verlieren und sich bereits jetzt engagiert für die eigenen Interessen einzusetzen. „Wenn Du Kandidat bist, musst Du auch Mut haben“, meinte der CSU-Politiker. Von der Couch aus könne man keine Kommunalpolitik gestalten.

Appell an die Sparsamkeit

Schmid, der selbst seit über 20 Jahren im Stadtrat seiner Heimatstadt Donauwörth und im Kreistag kommunalpolitisch aktiv ist, appellierte vor allem an die Sparsamkeit der jungen Generation: „Denken sie immer daran, dass ihre Kinder die Schulden einmal bezahlen müssen, die sie in ihrer Amtszeit gemacht haben.“ So stelle sich immer die Frage, ob das, was beschlossen wird, auch bezahlbar sei und bleibe. Weiter gab Schmid den Mitgliedern der JU mit auf den Weg, auch kreativ zu sein und neue Wege zu gehen. „Sie haben ein Kind? Dann erhalten sie fünf Prozent Nachlass auf den Kaufpreis für Baugrund, bei zweien zehn Prozent - so muss es laufen.“

Mehr Lösungsdenker

Es sei wichtig, loszulassen und nicht immer am alten Schema festhalten zu wollen. Neue Wege zahlten sich auch für die Heimat in barem Geld aus.

Bürgermeister Thomas Müller aus Bayerisch-Eisenstein hat sein eigenes Rezept entwickelt, wie neue Finanzquellen erschlossen werden können: Er kocht gegen das Haushaltsloch

an. Mehrmals pro Jahr tauscht der Rathauschef den feinen Anzug gegen die Kochschürze und zaubert für eine ausgewählte Gästeschar gegen Honorar exklusive Fünf-Gänge-Menüs. Müllers Ziel: Jährlich möchte das Gemeindeoberhaupt mindestens so viel „erkochen“, wie er der Gemeinde Bayerisch Eisenstein als ehrenamtlicher Bürgermeister kostet. Die Idee hatte Thomas Müller, als Bayerns Bürgermeister in Berching gegen die Finanznot der Kommunen demonstrierte. „Überall wimmelt es von Problemdenkern. Wir brauchen mehr Lösungsdenker“, betonte der Rathauschef.

Mit den bundesweit einzigartigen „Bürgermeister-Menüs“ konnte bisher bereits der Ausbau des neuen Biathlon-Zentrums am Großen Arber finanziert und die Ortsfeuerwehr unterstützt werden. Müller, der 2003 mit 29 Jahren zu Niederbayerns jüngstem Bürgermeister gewählt wurde, will mit den Aktionen am Herd aber auch das Wir-Gefühl in seiner Gemeinde stärken. Zu seinen „kommunalpolitischen Küchengeheimnissen“, so verriet er, gehöre zudem eine permanente inhaltliche Fortbildung.

Workshops

Genau diesem Zweck dienten auch zwei praxisorientierte Workshops, die die JU auf dem Kongress anbot und die zugleich den Wahlkampfauftritt zu den Kommunalwahlen im Jahr 2008 bildeten. Guntram Dopfer, stellvertretender JU-Landesvorsitzender und Geschäftsführender Gesellschafter der DOPFERS Event und Marketing GmbH, erläuterte, welche grundlegenden strategischen Überlegungen für den Erfolg am Wahltag notwendig sind. Zudem warnte er vor zu viel Marketinggläubigkeit in der Politik: „Politik ist kein Produkt, der Wähler kein Kunde.“ Es gehe darum, den Politiker als authentische Person wahrzunehmen und auf schauspielerische Leistungen zu verzichten. DK

Krankenhäuser fit für die Zukunft

Bedarfsgerechte Versorgung soll gesichert werden
Keine zusätzlichen Kosten für Kommunen

Ab Juli gilt das geänderte Bayerische Krankenhausgesetz (Bay-KrG), mit dem Planung und Förderung den neuen bundesrechtlichen Regelungen angepasst werden. Damit soll die bedarfsgerechte, stationäre Versorgung der Bevölkerung auch im Zeichen des Bettenabbaus gesichert werden. Durch die Förderung sollen eigenverantwortlich wirtschaftende, leistungsfähige Krankenhäuser erreicht werden. Für die Krankenträger bedeutet das eine Reihe von Veränderungen. Den Kommunen sollen keine weiteren Kosten entstehen. Im Landtag wurde das neue Gesetz von der CSU-Mehrheit gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet.

In Bayern stehen die flächendeckende Versorgung und der Patient im Mittelpunkt, betonte Sozialministerin Christa Stewens in der abschließenden Beratung. Berichterstatter Dr. Thomas Zimmermann (CSU) erklärte, bei den Strukturen und Krankenhauserlösen hätten viele Veränderungen stattgefunden. Die Novelle werde der aktuellen Situation mit heute etwa 390 Krankenhäusern und 250 Krankenhausträgern gerecht, mache sie fit für die Zukunft und diene den Patienten. Dem entspreche auch die Vereinfachung des Normenbestandes. Der Verzicht auf Rückzahlung von Fördermitteln, wenn das Krankenhaus aufgegeben wird, werde dem unvermeidlichen Bettenabbau gerecht.

Flächendeckende Versorgung

SPD-Sozialexperte Joachim Wahnschaffe diagnostizierte, nach 16 Jahren des Stillstands sei kein zukunftsweisendes, sondern ein Krankenhausabbau-Gesetz her-

ausgekommen. Die flächendeckende Versorgung sei nicht mehr gesichert. In den letzten fünf Jahren seien 17 Kliniken geschlossen und 5000 Betten abgebaut worden. Mehr als 60% der noch bestehenden Krankenhäuser würden von kommunalen Trägern betrieben. Sie fühlten sich vom Staat allein gelassen, während private Träger verstärkt auf den Markt drängen. Die SPD setze darauf, dass Staat und Kommunen gemeinsam Verantwortung tragen für eine bedarfsgerechte, flächendeckende und leistungsorientierte Daseinsvorsorge.

Renate Ackermann (Grüne) schlug in die gleiche Kerbe. Ganze Landkreise würden durch die Entwicklung von der Krankenhausversorgung abgeschnitten und das Gefälle Stadt - Land werde gefördert. Aber gerade hier sei die öffentliche Hand gefordert. Bei Privatisierung bestehe die Gefahr der Auslese. Die Novelle bleibe weit hinter den Möglichkeiten und werde den Anforderungen von Gegenwart und Zukunft nicht gerecht. rm

Die Kommunalpolitische Vereinigung der Christlich-Sozialen Union in Bayern

sucht Kandidatinnen und Kandidaten
für Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landratswahlen

Sie haben eine fundierte Ausbildung und Berufserfahrung, die Sie befähigt, Verantwortung zu übernehmen. Das Vertrauen, das die Menschen Ihnen entgegenbringen, ist berechtigt. Sie sind sympathisch und der Elan, mit dem Sie alles anpacken, ist einfach mitwirkend. Ihre Lebenseinstellung ist in jeder Hinsicht positiv. Kurz gesagt: Sie haben das Herz auf dem rechten Fleck!

jetzt! Nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf:
KPV Landesgeschäftsstelle, Nymphenburger Str. 44, 80335 München
Telefon 089 / 1243-263, KPV@csu-bayern.de

KPV

Erklärung des Verbands der bayerischen Bezirke:

Neue Konzepte zur Teilhabe am Arbeitsleben

Der Verband der bayerischen Bezirke befasste sich in seiner jüngsten Hauptausschusssitzung in Ingolstadt mit dem Thema „Steuerungsmaßnahmen bei den Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben“.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die allgemeine Situation am Arbeitsmarkt bereiten Menschen mit schweren Behinderungen zusätzliche Probleme, einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Daraus resultiert ein steigender Druck auf die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Dies führt zu einer wachsenden Belastung der Bezirke als Kostenträger im Arbeitsbereich der Werkstätten. Bei ihrer jüngsten Hauptausschusssitzung erörterten die Repräsentanten der sieben bayerischen Bezirke nunmehr, wie sie diese explodierenden Zugangszahlen durch ein abgestimmtes und konsequentes Vorgehen abfedern können.

Zuständige Aufgabenträger

Die Betreuung und Versorgung von erwerbsfähigen Menschen mit Behinderungen, die grundsätzlich mit besonderen Hilfestellungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden könnten, würde das Leistungsangebot und die zur Verfügung stehenden Kapazitäten in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen überfordern. „Hier müssen verstärkt die dafür zuständigen Aufgabenträger wie insbesondere die Bundesagentur für Arbeit und das neue Bayerische Zentrum für Familie und Soziales als staatlicher Aufgabenträger der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen in die Pflicht genommen werden“, verlangen die Bezirke. Dies entspreche auch dem Anspruch der betroffenen Menschen auf Teilhabe nach ihren individuellen Fähigkeiten.

Die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe, an der Vertreter aller sieben Bezirke mitgewirkt haben, wurden in einem Konzept „Steuerungsmaßnahmen bei den Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ zusammengefasst. Wesentliche Bausteine sind:

a) Die zeitnahe Feststellung und Bewertung der Entwick-

Mehr Ankünfte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Mittlerweile zahlen rund 75 Prozent der Bevölkerung ihren Kur- und Gesundheitsaufenthalt selbst“, kommentierte der Verbandsvorsitzende das Ergebnis. Dies zeige, dass die Patienten die ortsgebundenen natürlichen Heilmittel, die ärztliche Betreuung, die Arbeit der Therapeuten sowie die gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Rückenschule, gesunde Ernährung, Bewegungstraining (z.B. Nordic Walking), Autogenes Training oder Raucherentwöhnung in hohem Maße schätzten. „Die Heilbäder und Kurorte in Bayern haben daher seit Jahren ihr Angebot auf Privatzahler ausgerichtet. Die Bemühungen werden weiter in diese Richtung laufen“, berichtete Gnan. DK

lungsfaktoren ist Voraussetzung für gezielte und effektive Steuerungsmaßnahmen der Bezirke. Die Arbeitsgruppe hat daher eine Erhebung zur Erfassung und Evaluation der Aufnahmeanträge in den Werkstätten durchgeführt. Dazu wurde eine Matrix entwickelt, mit der die Aufnahmeanträge statistisch erfasst und nach typischen Personenkreisen und Behinderungsarten sowie der Altersstruktur geordnet werden können.

b) Zentrales Element der vorgeschlagenen Steuerungsmaßnahmen ist es, im Zusammenwirken mit dem Sozialministerium auf Landesebene gemeinsam mit allen für die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben zuständigen Aufgabenträgern, den Verbänden der Einrichtungsträger und den Verbänden der betroffenen Menschen mit Behinderungen ein Gesamtkonzept zur Hinführung auf den Arbeitsmarkt zu erarbeiten. Dadurch soll eine bessere Vernetzung und Abstimmung aller für den Einzelfall in Betracht kommenden Maßnahmen erreicht und ohne Eingrenzung auf den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Kostenträger eine durchgängige Hilfeplanung und abgestimmte und transparente Umsetzung von Einzelmaßnahmen gewährleistet werden.

c) Maßnahmen zur Steuerung der steigenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen in der WfbM dürfen sich allerdings nicht nur auf die Zugangssituation zur Werkstätte konzentrieren, sondern müssen auch darauf abzielen, den Werkstattbesuchern Möglichkeiten zu eröffnen, in der Werkstatt erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten für den Eintritt in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu nutzen oder andere speziell auf die Bedarfssituation des Einzelnen zugeschnittene Betreuungsalternativen außerhalb der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) oder in Zusammenarbeit mit der WfbM in Anspruch zu nehmen.

d) Dringend erforderlich ist ferner der Ausbau der sozialpädagogisch/medizinischen Dienste der Bezirke, um die Erforderlichkeit der Aufnahme oder des Verbleibs eines behinderten Menschen im Arbeitsbereich der Werkstätte fachlich umfassend und auf gleicher Augenhöhe mit Bundesagentur und Einrichtungsträger bewerten zu können. Der Fachausschuss für Soziales des Verbandes der bayerischen Bezirke hatte dazu dem Maßnahmenkonzept für die Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben einstimmig zugestimmt und sich dafür ausgesprochen, auf dieser Grundlage regionale Handlungskonzepte zu erstellen und in die bezirkliche Sozialplanung einzubinden. Diesem Verfahren stimmte nun auch der Verband ausdrücklich zu. □

Keine Klarheit über Aufgaben der Bezirke

CSU setzt auf ihren Bestand

Opposition auf Abschaffung durch die Hintertür

Im Vorfeld der Kabinettsvorlage über die Zukunft der sieben bayerischen Bezirke steht im Landtag immer noch die Frage zur Diskussion, ob die dritte kommunale Ebene am Leben bleiben könne und solle. Im Kommunalausschuss erklärte Berichterstatter Herbert Ettengruber (CSU) zu entsprechenden Fragen bzw. Anträgen der Opposition, „wir wollen die Bezirke erhalten, weil sie vielfältige Aufgaben erledigen.“ Andererseits räumte Ausschussvorsitzender Jakob Kreidl (CSU) ein, es gebe noch keine Klarheit über die künftigen Aufgaben der Bezirke.

Anlass war ein Bericht des Sozialministeriums über die geplante Lastenverschiebung innerhalb der drei kommunalen Ebenen in einem entscheidenden Bereich. Dazu lagen Anträge von SPD und Grünen vor. Regierungsrätin Saskia Bauer referierte, rückwirkend zum Jahresbeginn 2006 sollten statt der Bezirke die kreisfreien Städte und die Landkreise für die Sozialhilfeeleistungen an Ausländer, Aussiedler und Spätaussiedler allein zuständig werden. Das bedeute für die Städte Mehrkosten von voraussichtlich rund 216 Mio. Euro sowie für die Kreise von etwa 80 Mio. Euro. Im Gegenzug werde die Bezirksumlage von 25,4% in 2005 auf heuer 21,2% gesenkt. Sollte das nicht ausreichen werde ein interkommunaler Ausgleichsfond eintreten. Dazu werde eine Umschichtung staatlicher Mittel aus dem Sozialhilfeeausgleich kommen.

Kreidl befand, bei dieser Neuverteilung werde es keine Verlierer auf der kommunalen Ebene geben. Die Opposition bezweifelte das. Wenn diese beiden zentralen Aufgaben auf Städte und Landkreise übergehen, meinte die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD), stelle sich die Frage, ob die Bezirke den Rest ihrer Zuständigkeiten noch in wirtschaftlich vernünftiger Weise erfüllen könnten.

Christine Kamm (Grüne) verwies auf das Konnexitätsprinzip. Auf keinen Fall dürfe die Neuordnung der Bezirksaufgaben zu einer weiteren Belastung der anderen kommunalen Ebenen führen. Beide Oppositionssprecherinnen argwöhnten, der Ministerpräsident und Sozialministerin Christa Stewens betrieben die Abschaffung der Bezirke im Wege der Aufgabenverteilung durch die Hintertür. rm

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Kugler
97657 Görtsried
am 7.6.

Bürgermeister Helmut Ulm
91358 Kunreuth
am 10.6.

Bürgermeister Albert Gruber
92263 Ebermannsdorf
am 16.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Retz
84160 Frontenhausen
am 21.6.

Bürgermeister Franz Wegele
89291 Holzheim
am 21.6.

Bürgermeister Hans Bierschneider
92538 Seubersdorf i. d. OPf.

Bürgermeister Hans Gschwendtner
94474 Vilshofen
am 24.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Zehentner
83071 Stephanskirchen
am 12.6.

Bürgermeister Ludwig Nutz
83416 Saaldorf-Surheim
am 13.6.

Bürgermeister Erwin Weinmann
91623 Sachsen bei Ansbach
am 13.6.

Bürgermeister Karl Meckelein
97292 Uettingen
am 17.6.

Bürgermeister Hans-Georg Reindl
95508 Kulmain
am 21.6.

Bürgermeister Helmut Kürschner
97633 Hölchheim
am 23.6.

Bürgermeister Johann Haslberger
84375 Kirchdorf
am 25.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Eschlberger
83404 Ainring
am 10.6.

Bürgermeister Klaus Linz
97357 Prichsenstadt
am 16.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph
88171 Weiler-Simmerberg
am 11.6.

Bürgermeister Konrad Barm
89331 Burgau
am 16.6.

Bürgermeister Willibald Zißlsberger
94539 Graßling
am 25.6.

Rating für kommunale Unternehmen:

Mehr Transparenz und Effizienz

Interview mit Dr. Ing. Götz Brühl, Geschäftsführer der Stadtwerke Rosenheim

Nicht nur von vielen Industrieunternehmen, sondern zunehmend auch im kommunalen Bereich wird der Ratingprozess heute sowohl als Muss als auch zugleich als Chance gesehen, um optimale Finanzierungsbedingungen zu erzielen sowie verborgene Verbesserungspotenziale zu erkennen und zu nutzen. Die Stadtwerke Rosenheim haben einen Ratingprozess durchlaufen und viele positive Erfahrungen gesammelt. Deren Geschäftsführer, Dr.-Ing. Götz Brühl, informiert über die Hintergründe.

GZ: Herr Dr. Brühl, wir kennen die Stadtwerke Rosenheim als modernes kommunales Unternehmen. Was hat Sie dazu bewogen, diesen innovativen Weg zu gehen?

Unternehmensstrategie

Brühl: Der Ratingprozess ist Bestandteil zur Bildung unserer langfristigen Unternehmensstrategie.



Dr.-Ing. Götz Brühl, 49 Jahre, Geschäftsführer der Stadtwerke Rosenheim GmbH & Co. KG, Vorsitzender des AGFW Forschungsbeirates.

Strom, Gas, Wasser und Wärme in der nahen Region kommen von den Stadtwerken Rosenheim. Der Entsorgungshof

und die Bäder gehören genauso dazu wie Telekommunikationsdienstleistungen. Es stellt sich bei diesem weiten Spektrum die Frage, wie wir das Unternehmen systematisch noch leistungsfähiger machen können. Gemeinsam mit einem Team der Deutschen Bank haben wir den Ratingprozess durchlaufen und wichtige Erkenntnisse gewonnen, die uns weiterhelfen.

GZ: Wie sehen diese Erkenntnisse aus?

Brühl: Mit einem Umsatz von knapp 65 Mio. Euro und 280 Mitarbeitern gehört das Unternehmen eher zu den mittelgroßen Stadtwerken im öffentlichen Sektor. Doch auch gerade „Player“ auf regional begrenzten Märkten können von einem Rating profitieren. Ein Rating stellt unser Stadtwerk in den Vergleich mit Stadtwerken ähnlicher Struktur in anderen Regionen, aber auch mit größeren Unternehmen. Aus diesem Vergleich lassen sich wichtige Erkenntnisse über die eigenen Schwächen und Stärken gewinnen, aber auch über die Perspektiven. Darüber hinaus bekommt man die Chance, das Unternehmen aus einem veränderten Blickwinkel zu sehen. Auch hieraus entstehen kreative Ideen, die wir umsetzen wollen.

GZ: Gab es Erkenntnisse im Prozess, die Sie überrascht haben?

Brühl: Sicherlich stößt man

durch die „externe“ Bewertung auf viele kleine und auch große Steine, die wir aus dem Weg räumen müssen, aber auch viel Bestätigung für bereits eingeleitete Maßnahmen und Prozesse. Das Ratingteam der Deutschen Bank hat uns während des gesamten Prozesses eng eingebunden und uns die Schritte erklärt. Eine wichtige Erkenntnis ist sicherlich, nach welchen klar definierten und nachvollziehbaren Regeln das Rating funktioniert.

Besseres Verhältnis zu Banken

Das Verhältnis zu Banken wird dadurch besser und berechenbarer. Wir verstehen nun besser, welche Sachverhalte das operative und finanzielle Risikoprofil unseres Unternehmens aus Sicht des Ratings bestimmen und wir wissen jetzt auch, was wir tun können, um dieses Profil weiter zu verbessern.

Und gerade in Zeiten sich veränderter Märkte und Strukturen gilt das auch für kommunale Unternehmen.

Moderne Finanzierungsinstrumente

GZ: Können Sie durch ein Rating nunmehr auch moderne Finanzierungsinstrumente einsetzen?

Brühl: Als kapitalintensives Unternehmen bereiten wir uns mit diesem Rating auch für unsere zukünftigen Finanzierungsfor-

men vor und eröffnen uns damit weitere Chancen - agieren sie auch in diesem Falle besser als reagieren. Basel II wird kommen - wir sind vorbereitet. Die verbesserte Transparenz verbunden mit einer aktiven Informationspolitik und zielgerichteten Bonitätssteuerung wird unsere Kapitalbeschaffung langfristig sichern, und zwar zu optimalen Konditionen.

Aber auch der kommunale Gesellschaftler profitiert durch die gestiegene Transparenz - ein nicht zu unterschätzender Vorteil im gegenseitigen Verhältnis.

GZ: Herr Dr. Brühl, ist ein Ratingprozess aufwändig?

Brühl: Sicherlich ist ein Ratingprozess mit Aufwand verbunden, der sich aber gelohnt hat. Jedes Unternehmen, das eine langfristige Strategie entwickelt und verfolgt, und dazu zähle ich auch ausdrücklich kommunale Unternehmen, muss sich die Zeit und Ressourcen nehmen, sich mit diesen grundlegenden Fragen auseinander zu setzen. Die gewonnenen Informationen wiegen den Aufwand um ein Vielfaches auf.

Ansprechpartner

Dr. Ing. Götz Brühl, Stadtwerke Rosenheim GmbH & Co. KG, eMail: bruehl@rosenheim.de, Telefon: 08031/36-2500

Kathrin Klotz, Deutsche Bank München, eMail: kathrin.klotz@db.com, Telefon: 089/2390-1406
Hans-Jürgen Gerlach, Leiter Öffentlicher Sektor Region Süd, Deutsche Bank München, eMail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com, Telefon: 089/2390-2209

Weitere Informationen sind in Kürze als DVD-Kurzfilm über Frau Klotz erhältlich. □

VDV startet bundesweiten Fotowettbewerb:

Tourismomotor Busse und Bahnen

Bis zum 31. Juli 2006 veranstaltet der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erstmalig einen bundesweiten Fotowettbewerb. Das Motto lautet: „Perspektivwechsel - Deutschland entdecken mit Bus und Bahn.“ Fahrgäste und Fotofans sind aufgerufen, ihre Lieblingsmotive in Verbindung mit Bus und Bahn zu fotografieren und einzusenden. Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Beauftragten der Bundesregierung für Tourismus Ernst Hinsken, MdB, und findet in Kooperation mit dem Deutschen Tourismusverband (DTV) und der Deutschen Bahn AG statt. Mit den Ergebnissen soll die Bedeutung von Bussen und Bahnen für den Tourismus veranschaulicht werden.

Die Tourismuswirtschaft in Deutschland boomt und die Deutschen verreisen am häufigsten im eigenen Land - nicht zuletzt dank Bus und Bahn. Jetzt soll ein Fotowettbewerb für alle Fahrgäste zeigen, was man in Deutschland mit Bus und Bahn zu sehen bekommt. „Ob auf Sylt oder auf dem Weg zur Zugspitze - auf der Reise mit dem öffentlichen Personennahverkehr ziehen unendlich viele Postkartenmotive und touristische Attraktionen vorbei. Wir wollen, dass unsere Fahrgäste ihre schönsten Ausblicke, Stationen oder Strecken fotografieren und mit den Ergebnissen zeigen, wie attraktiv das Reisen mit Bus und Bahn in Deutschland ist“, sagt Günter Elste, Präsident des VDV.

Weltweit auf Platz 5

„Deutschland ist ein Tourismusland. Weltweit rangiert Deutschland an fünfter Stelle bei den Einkünften aus dem Tourismus“, erklärte der Beauftragte der Bundesregierung für Tourismus Ernst Hinsken, MdB, der die Schirmherrschaft für den Fotowettbewerb übernommen hat. „Für viele Tourismusregionen sind Busse und Bahnen nicht nur Verkehrsmittel, sondern gehören sogar zum Urlaubsangebot.“ Gute Beispiele seien die Harzer Schmalspurbahn und die Höllentalbahn im Schwarzwald.

Auf der Jagd nach Motiven sind den Fahrgästen so gut wie keine Grenzen gesetzt. Denn

zum Mitmachen gibt es insgesamt vier Kategorien: der schönste Bahnhof, die schönste Nahverkehrsstrecke, das schönste Ausflugsziel und das schönste Verkehrsmittel. Grundsätzlich gilt: Die gewählten Motive sollen mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein und das Verkehrsmittel muss im Bild auftauchen. Bis zum 31. Juli 2006 ist Zeit, um in einer oder mehreren Kategorien mitzumachen. Die Sieger erhalten attraktive Wochenendreisen innerhalb Deutschlands.

Gemeinsame Investitionen

Im Anschluss an den Wettbewerb findet am 26. September 2006 die festliche Preisverleihung in Berlin statt, bei der die Gewinnerfotos ausgestellt werden. „Die vielen Einsendungen werden zeigen, wie attraktiv Deutschland ist, und auf emotionale Weise verdeutlichen, was unsere Zahlen bereits belegen: Tourismus und öffentlicher Verkehr haben eine große Bedeutung für unser Land“, sagte der Präsident des Deutschen Tourismusverbandes, Tilo Braune. Gleichzeitig sieht Braune den Fotowettbewerb als Signal für Investitionen in die Zukunft, da etwa acht Prozent aller Beschäftigten in Deutschland vom Tourismus abhängig seien. „Für die Entwicklung des Tourismus ist vor allem ein hochwertiger öffentlicher und barrierefreier Zugang zu den Verkehrsdienstleis-

GZ Kolumne Luitpold Braun

Liebe Leser



wo Licht ist, ist auch Schatten. Diese alte Weisheit gilt auch im Hinblick auf die Tätigkeit der großen Koalition in Berlin.

Einen tiefen Schatten wirft die Kürzung der Kilometerpauschale für Pendler. Hier wird immer so getan, als ob eine steuerliche Subvention abgebaut würde. Das ist falsch! Der Aufwand der Pendler ist eine notwendige Ausgabe zur Erreichung eines wirtschaftlichen Ertrages. Damit ist sie auch nach allen Gesetzen der Logik von diesem abziehen. Zum Vergleich: Es käme wohl kein Mensch auf die Idee, einen Betrieb einen Teil seiner Rohstoffkosten nicht mehr vom Ertrag absetzen zu lassen.

Besonders hart ist diese Maßnahme für alle die Pendler, denen man jahrelang eingeredet hat, dass eine erhöhte Mobilität in einer wirtschaftlich stark diversifizierten Gesellschaft unumgänglich ist. Zwar ist dieses Postulat richtig, die wirtschaftlichen Folgen daraus müssen dann aber auch anerkannt werden.

Besonders unangenehm ist diese neue Regelung in den Flächenländern. Bayern

wird davon besonders betroffen sein.
Wo Schatten ist, ist logischerweise auch Licht. Ein Licht scheint aufzukeimen, wenn man an die Föderalismusreform denkt. Wenn diese zum Abschluss kommt, dann haben die kommunalen Körperschaften gute Aussichten, dass der Bund nicht mehr Aufgaben auf sie verlagern kann.

Wenn man an die missglückten Regelungen bei „Hartz IV“ denkt, dann ist dies ein Lichtblick, der gar nicht überbewertet werden kann.

Besonders unangenehm ist diese neue Regelung in den Flächenländern. Bayern

Kooperationen

Projekte, in denen diese Verknüpfung besonders gut klappt, sucht der VDV in einer Sonderkategorie. Deshalb sind die Teilnehmer auch aufgerufen, erfolgreiche oder ungewöhnliche Kooperationen zwischen Verkehrsunternehmen und touristischen sowie kulturellen Veranstaltern einzusenden. Das kann ein Kombiticket für Museum und Freizeitpark oder der Partybus in der City sein. „Hier sind vor allem Aufmerksamkeit und Kenntnisse von Vielfahrern, Tourismusexperten und Mitarbeitern unserer Mitgliedsunternehmen gefragt“, so VDV-Präsident Elste.

Malwettbewerb

Besonders attraktiv ist das Reisen mit Bus und Bahn auch

wird davon besonders betroffen sein.
Wo Schatten ist, ist logischerweise auch Licht. Ein Licht scheint aufzukeimen, wenn man an die Föderalismusreform denkt. Wenn diese zum Abschluss kommt, dann haben die kommunalen Körperschaften gute Aussichten, dass der Bund nicht mehr Aufgaben auf sie verlagern kann.

Wenn man an die missglückten Regelungen bei „Hartz IV“ denkt, dann ist dies ein Lichtblick, der gar nicht überbewertet werden kann.

Besonders unangenehm ist diese neue Regelung in den Flächenländern. Bayern

Wenn man an die missglückten Regelungen bei „Hartz IV“ denkt, dann ist dies ein Lichtblick, der gar nicht überbewertet werden kann.

Besonders unangenehm ist diese neue Regelung in den Flächenländern. Bayern

für Familien mit Kindern. Statt Langeweile auf dem Autorücksitz gibt es für die Kleinen in den öffentlichen Verkehrsmitteln viel zu entdecken. Zusätzlich zum Fotowettbewerb findet daher ein Malwettbewerb für Kinder statt. Hier lautet das Motto: „Kinder malwettbewerb: Volle Fahrt ins Abenteuer.“ „Gesucht werden kleine Entdecker im Alter von fünf bis zehn Jahren, die ihre schönsten Reiseerlebnisse bei der Fahrt mit Bus und Bahn malen“, erläutert Dr. Tobias Heine, Leiter Marketing DB Regio AG, die den Malwettbewerb unterstützt, und die schönsten Motive für ihre neuen Kinderfahrkarten verwenden will.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) vertritt die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs und des Eisenbahngüterverkehrs hierzulande. Er ist der größte Verband für den öffentlichen Nahverkehr in Europa. Zusammen mit seinen rund 420 Mitgliedsunternehmen im Personennahverkehr hat der VDV die Initiative „Damit Deutschland mobil bleibt“ ins Leben gerufen, um auf die große wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des ÖPNV aufmerksam zu machen. □

Rating hilft kommunalen Unternehmen

- sich auf Basel-II im Sinne einer proaktiven Auseinandersetzung mit neuen Standards professionell vorzubereiten
- einen „Unternehmens-Check“ zur Ermittlung verborgener Verbesserungspotenziale durchzuführen hinsichtlich:
 - strategischer Positionierung (Wettbewerbsituation, Risikoaspekte)
 - Management (Struktur, Handlungsfelder)
 - Finanzieller Verhältnisse (Stellgrößen, Effizienz- und Verschuldungspotentialanalysen)
- den Ratingprozess und damit die aktive Darstellung der ratingrelevanten Stärken und Chancen zu üben
- das Ratingergebnis innerhalb des Unternehmens, an Beiratsgremien und Gesellschafter zu kommunizieren.

Kommunalpolitische Tagung des LBE in Wildbad Kreuth:

Diskussion um Großmärkte auf der grünen Wiese

Bei der 6. Kommunalpolitischen Tagung des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels (LBE) in Wildbad Kreuth erteilte Hauptgeschäftsführer Günter Gross Forderungen des Bayerischen Gemeindetags und des Landkreistags, das LEP zu liberalisieren, eine klare Absage.

Zwar sei der vorgelegte Entwurf zur LEP-Fortschreibung nicht „das Gelbe vom Ei“, unter dem Strich handle es sich jedoch um einen „tragfähigen Kompromiss“, betonte Gross. LBE-Betriebsvorsitzender Michael Krines machte deutlich, dass die Attraktivität der bayerischen Innenstädte und Ortskerne nur gesteigert werden kann, wenn Wirtschaft und Kommunen an einem Strang ziehen. Zwar sei die Symbiose zwischen Handel und Innenstadt nach wie vor erfolgreich; doch sei diese Gemeinschaft enormen Belastungen ausgesetzt. Verkehrsgünstige und billige Standorte auf der grünen Wiese und der andauernde Verdrängungswettbewerb hätten Spuren in den Städten und Gemeinden hinterlassen. Bundesweit stehen laut LBE momentan rund zehn Prozent der Geschäfte leer. Krines mahnte angesichts dieser Herausforderungen neue For-

men der Kooperation zwischen „allen städtischen Akteuren“ an. Kommunen, Einzelhandel, Immobilienbesitzer und Bürger müssten „alle in ein Boot geholt“ werden. In diesem Zusammenhang sprach er sich für eine abgestimmte Handels- und Standortentwicklung aus. Gerade mit Blick auf den demographischen Wandel müsse die Nahversorgung ein zentrales Ziel sein.

Ausdrücklich forderte der Bezirksvorsitzende die Kommunalpolitiker dazu auf, die interkommunalen Abstimmungsprozesse zu verstärken und verbindlicher zu gestalten. Eine Ansiedlungspolitik nach dem Motto „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ bringe nur Verlierer mit sich. Gerade der Handel sei jedoch einer der entscheidenden Faktoren für die Attraktivität der Innenstädte und Ortskerne, denn: „Wo kein Handel ist, da ist auch kein Leben.“ DK

Perspektivwechsel - Deutschland mit Bus & Bahn entdecken

Wettbewerbszeitraum: 16. Mai bis 31. Juli 2006

Kategorien:

- die schönste Nahverkehrsstrecke
- die schönste Station/ der schönste Bahnhof
- das schönste Verkehrsmittel
- das schönste Ausflugsziel

Die Bilder sollten im JPG- oder TIF-Format 300dpi und die Größe 10x15 cm haben. Beim Fotoabzug gilt: 10x15 cm Größe oder ein gängiges Breitbildformat sind erlaubt.

Für den Malwettbewerb wird ein weißes Stück Papier in der Größe DIN A3 oder DIN A4 benötigt. Als Malwerkzeug sind Buntstift, Tusche, Kreide, Öl oder Bleistifte erlaubt.

Die Fotos werden unter Angabe von Kategorie, Name, Adresse und kurzer Begründung an fischerAppelt Kommunikation, Stichwort VDV-Fotowettbewerb, Waterlooain 5, 22769 Hamburg geschickt. Digitale Fotos gehen an: vdv-fotowettbewerb@fischerappelt.de

Mehr Infos zu Wettbewerb und Preisen unter: www.deutschland-bleibt-mobil.de/Themen/Fotowettbewerb □

Rekordteilnahme in Bayern ...

(Fortsetzung von Seite 1)
funktionstüchtigen Schiffsmo-
dellen - bieten ihnen abwech-
slungsreiche Möglichkeiten, ihre
Freizeit zu gestalten.

In der Landeshauptstadt Mün-
chen beispielsweise stand im
Bayerischen Nationalmuseum
die Mode im Wandel der Zeit im
Mittelpunkt: Ob die „Mode in
Stahl“ (Ritterrüstungen), Mode
zeichnen mit einer Designerin
oder selbst arbeiten in einer offen-
en Werkstatt mit Textilien, Leder
und ungewöhnlichen Materialen -
für Kreativität war breiter Raum
gegeben.

Nanoexperimente

Mit „Nanoexperimente - die
Technologie des 21. Jahrhun-
derts“ blickte das Deutsche Mu-
seum in die Zukunft, während
das Museum für Abgüsse klassi-
scher Bildwerke mit einem mul-
timedialen Kunstprojekt („golden
goal - Götter gegen Hel-
den“) und das Münchner Stadt-
museum mit einer Mitmach-
Werkstatt zur Herstellung eigen-
er Bälle und Torwand-Schießen
(„Schlenz it like Beckham!“) auf
die bevorstehende Fußball-WM
anspielten. Weitaus geruhsamer
gestaltete sich indes eine Ma-
tinee im Musikinstrumentenmu-
seum mit Mozart-Klaviersona-
ten, gespielt auf einem histori-
schen Hammerflügel.

Fotogramme

Im Haus der Fotografie in der
Burg Burghausen konnten Kinder
und Jugendliche unter fachkundi-
ger Anleitung Fotogramme er-
stellen. Hochbetrieb herrschte in
Polling: Dort boten in einer konz-
ertierten Aktion das Heimatmu-

seum und sechs weitere Samm-
lungen des Dorfes ein buntes Fa-
milienprogramm. Ein Pferde-
planwagen brachte die Besucher
zu den einzelnen Stationen.

Bild- und Klangwelten

Bild- und Klangwelten aus
dem „schwarzen Kontinent“
Afrika für Kinder bot das Skulp-
turenmuseum im Hofberg
Landshut, dazu eine „Radl-
führung“ durch die Stadt zu
Kunstwerken von Fritz König.
Dem „Faden der Geschichte“ zu
folgen beim Flachsdrehen wie in
der Steinzeit, Weben wie zur Zeit
der Wikinger und Spinnen wie
im Mittelalter war im Heimat-
museum Adlhoeh-Haus in Alt-
dorf möglich.

Techniken der Steinzeit

Vorfürhungen von Techniken
der Steinzeit zum Zusehen und
Mitmachen bot das Naturkunde-
museum Ostbayern in Regens-
burg. Museumsrallyes mit klei-
nen Preisen luden im Pflingstritt-
Museum Bad Kötzing, im
Oberpfälzer Volkskundemuseum
Burglengenfeld und im Wall-
fahrtsmuseum Neukirchen b. Hl.
Blut zum Mitmachen und Mit-
denken ein. Nach der Eröffnung
der Sonderausstellung „Fußball
aufgetischt“ fand im Stadtmu-
seum Deggendorf ein Tischfuß-
ballturnier statt.

In einer offenen Filzwerk-
statt konnte man im Deutschen
Hirtenmuseum Hersbruck Filz-
blüten u. ä. gestalten, während
Abenteuerlustige vom Museum
Schwarzes Ross in Hilpoltstein
aus in romanische Gewölbe-
keller und zur Ausgrabung
einer Handelsstraße aus dem

11. Jahrhundert vordrangen.

In den Kunstsammlungen der
Veste Coburg führten Kinder
und Erwachsene zu ausgewähl-
ten Themen durch das Museum.
Eine „Märchenhafte Burgfüh-
rung“ wartete auf die jüngsten
Besucher. In der Stadtgalerie
Bamberg - Villa Dessauer ent-
führte ein Samba-Workshop für
Kinder und Erwachsene und eine
Kinderführung zu brasilianischer
Malerei nach Südamerika. Ner-
venkitzel versprach das Goldwa-
schen für Kinder im Goldber-
baumuseum Goldkronach, wäh-
rend das Bayerische Vogtland-
museum in Hof mit einem Jazz-
konzert Entspannung bot.

Kinderfest

In der Kirchenburg Mönch-
sondheim organisierte das Frän-
kische Bauern- und Handwer-
kermuseum aus Anlass seines
25-jährigen Bestehens ein

großes Kinderfest. Selbst
schmieden konnten Jugendliche
in der alten Dorfschmiede des
Heimatmuseums Ebenhausen.
Das Mainfränkische Museum
Würzburg begleitend zu seiner
Sonderausstellung „Gut
betucht“ einen Familien-Akti-
onstag „Spinnen - Weben -
Drucken“ durch.

Literatur trifft Tanz

In einer Gemeinschaftsaktion
widmeten sich das Stadt- und
Hochstiftsmuseum Dillingen
und das Heimathaus Lauingen
der Frage, wie aus Dreckspatzen
blitzsaubere Schwaben wurden.
Im Käthe-Kruse-Puppen-Mu-
seum in Donauwörth konnte man
ein Sekundenkino nach Vorlagen
des 19. Jahrhunderts basteln oder
beim Augenmalen und Per-
ückenknüpfen an Käthe-Kruse-
Puppen zusehen. In einer span-
nenden Revue traf schließlich im
Schwäbischen Volkskundemu-
seum Oberschönenfeld Literatur
auf Tanz. DK

Zellner prangert Versäumnisse der BA an

Kommunen sind nicht schuld an Vermittlungsproblemen der ARGEN

Die im Zusammenhang mit dem vertraulichen Prüfbericht des Bundesrechnungshofes zu Hartz IV von der Bundesagentur für Arbeit (BA) erneut vorgetragene Feststellung, Vermittlungsprobleme und mangelnde Kontrollen zur Verhinderung von Leistungsmissbrauch in den zwischen BA und Kommunen gebildeten Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) seien auf die begrenzte Einflussnahme der BA zurückzuführen, hat den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Theo Zellner, verärgert: „Die vom Bundesrechnungshof angeprangerten Missstände in den ARGEN sind leider nicht von der Hand zu weisen. Die Ursachen liegen allerdings nicht bei den Kommunen. Wenn die BA erneut versucht, uns den schwarzen Peter zuzuschreiben, bestätigt das die mangelnde Kritikfähigkeit einer großen Bundesbehörde!“

Vergleicht man die heutige
Tätigkeit der ARGEN mit der
früheren Arbeitsweise der So-
zialämter unter dem Bundesso-
zialhilfegesetz, werden die wahren
Ursachen für die vom Bun-

desrechnungshof festgestellten
Probleme erkennbar. Die Aus-
zahlung von Leistungen, ohne
dass der Leistungsbezieher auch
nur einen Nachweis über seine
Einkommens- und Vermögens-

Stoiber fordert für Schule, Ausbildung und Beruf:

Stärkere Würdigung des ehrenamtlichen Engagements

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat sich für eine stärkere Würdigung des ehrenamtlichen Engagements in Schule, Ausbildung und Beruf stark gemacht. Beim traditionellen Ehrenamts-empfang der Staatsregierung in Weiden begrüßte Stoiber die zunehmende Bereitschaft vieler Arbeitgeber, das Ehrenamt als wichtige Bereicherung für die Unternehmenskultur anzuerkennen. Stoiber: „Es ist positiv, dass viele Arbeitgeber den ehrenamtlichen Einsatz ihrer Mitarbeiter stärker honorieren. Motivation, Innovationsfreude, Teamgeist und Verantwortungsbereitschaft ehrenamtlich engagierter Bürger sind auch entscheidende Voraussetzungen für den Unternehmenserfolg.“ Im Ehrenamt sind nach den Worten Stoibers Tugenden und Werte gefördert, die die ganze Gesellschaft verstärkt fördern und unterstützen sollte.

„Bayern dankt allen, die sich
ehrenamtlich engagieren und unsere
Heimat tatkräftig mitgestal-
ten“, betonte Stoiber. Insbeson-
dere die Schneekatastrophe im
letzten Winter habe deutlich ge-
macht, dass freiwilliger Einsatz
und bürgerschaftliches Engage-
ment in Bayern lebendig sind.
Stoiber: „Die Botschaft der vie-
len Helfer ist: Bei uns in Bayern
greift man sich unter die Arme,
wenn Not am Mann ist.“ Stoiber
erinnerte an die zahllosen frei-
willigen Helferinnen und Helfer
von Feuerwehr, Technischen
Hilfswerk, Rotem Kreuz, Berg-
wacht und anderen Hilfsorgani-
sationen, die nach den starken
Schneefällen in Teilen Nieder-
bayerns und der Oberpfalz als
rettende Engel zuverlässig,
schnell und professionell geh-
olfen haben. Aber auch die vielen
tausend Bürger in den Wohl-
fahrtsverbänden, die sich ehren-
amtlich und unentgeltlich um
Mitmenschen kümmern, prägen
nach Stoibers Worten mit ihrem
Einsatz das soziale Gesicht Bay-
erns. Die blühende bayerische
Vereinslandschaft sei ebenfalls

auf die Ehrenamtlichen angewie-
sen. Die Hälfte aller freiwillig
Aktiven ist in einem Verein tätig.
„Ob in der Musik, Heimat- und
Brauchtumpflege oder beim En-
gagement für das kulturelle Le-
ben von Städten und Regionen -
die Vereine und ihre Mitglieder
machen das Leben in den Ge-
meinden reicher und vielfälti-
ger“, sagte Stoiber. „Ohne Sie
wäre unser Land ärmer. Stecken

BLS privatisiert

Seine Mehrheitsbeteiligung an der Bayerischen Landessied-
lung GmbH (BLS) hat der Freistaat Bayern verkauft. Der Bau-
ernverband übernahm das landwirtschaftliche Geschäftsfeld,
die Bauträgersparte geht zusammen mit der kommunalen Bau-
landentwicklung an die Münchner Infraplan AG. Die Infraplan-
Geschäftsführung betonte, dass sie Kontinuität wahren und
das Geschäft ausbauen wolle.

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthausen hat die Zustimmung
durch den Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages be-
grüßt: „Ein gutes Geschäft, der Verkaufserlös stimmt, für die Ar-
beitnehmer konnte eine angemessene Lösung gefunden werden.“
Damit sei die Veräußerung auch ein gutes Beispiel für die Priva-
tisierungspolitik Bayerns. „Der Staat zieht sich dort aus unter-
nehmerischer Betätigung zurück, wo private Initiative die Aufga-
be mindestens ebenso gut erfüllen kann“, sagte der Minister. □

verhältnisse vorlegen musste,
war typisch für die Tätigkeit der
Arbeitsagenturen. Entsprechend
dünn waren daher die Akten der
Arbeitsagenturen. Ganz anders
dagegen die Arbeit in den So-
zialämtern. Dort wurden die per-
sönlichen Verhältnisse eines An-
tragstellers erst eingehend ge-
prüft, bevor Geldleistungen aus-
bezahlt wurden.

Dünne Aktendeckel und kein Außendienst

Präsident Zellner dazu: „Es ist
schon auffällig, wenn viele AR-
GEN heute feststellen, dass die
über die BA beschafften neuen
Aktendeckel immer noch viel zu
dünn sind, um die nach kommun-
aler Arbeitsweise zahlreichen
Belege und Auszüge zur Be-
gründung der Leistungsgewäh-
rung aufzunehmen.“ Die BA
kannte bislang auch keinen
Außendienst, der die tatsäch-
lichen Einkommens- und Vermö-
gensverhältnisse von Leistungs-
beziehern in deren persönlichem
Lebensumfeld unter Augen-
schein nahm.

Erst die Bundespolitik musste
nach den schlechten Anfangser-
fahrungen mit Hartz IV und dem
starken Leistungsmissbrauch der
BA diese Tätigkeit aufnötigen.
Die Sozialämter hingegen hatten
Jahre lang gute Erfahrungen mit

sog. Sozialdetektiven gemacht,
die sie aber nach dem Inkrafttre-
ten des SGB II nicht mehr ein-
setzen durften. Theo Zellner, der
als Chamer Landrat ebenfalls Er-
fahrungen mit der ARGE sam-
melt, hält dies für besonders au-
genfällig: „Es ist schon erstaun-
lich, dass die Kommunen als
kleiner Partner in der ARGE der
großen Bundesbehörde BA nun
zeigen müssen, wie vor Ort mit
einem bisweilen schwierigen
Klientel umzugehen ist.“

Vermittlungsprobleme

Auch die Vermittlungsproble-
me in den ARGEN kommen
nicht von ungefähr. Die vom
Bundesgesetzgeber bei der Ver-
abschiedung der Reform Ende
2003 zugrunde gelegten Betreu-
ungsschlüssel waren damals
schon fragwürdig. Aufgrund des
erheblichen Zuwachses an Lei-
stungsempfängern ist die Relati-
on von Hilfebedürftigen zu Ver-
mittlern nun mehr als doppelt so
hoch. Die daraus resultierende
Arbeitsbelastung der Vermittler
muss zwangsläufig dazu führen,
dass die Hilfebedürftigen nur mit
erheblicher zeitlicher Verzöge-
rung betreut werden können.
Weitere Arbeitsbelastungen re-
sultieren aus den dirigistischen
Eingriffen der BA in das tägliche
Verwaltungsgeschäft der AR-
GEN und aus einer völlig unzu-
reichenden Softwareausstattung.

Überhastet eingeführte Reform

Zellner fasst dies so zusam-
men: „Die heutigen Vermitt-
lungsprobleme hat zu allererst
der Bundesgesetzgeber mit einer
unzureichend vorbereiteten und
überhastet eingeführten Reform
zu verantworten. Hinzu kommt
noch die Erkenntnis, dass Lan-
gezeitarbeitslose für die BA auf-
grund der mit ihnen nur schlecht
zu erzielenden Vermittlungser-
folge keine Priorität haben.“

Hierzu hat sich der Vorstands-
vorsitzende der BA, Frank-Jür-
gen Weise, in der Öffentlichkeit
eindeutig geäußert: „Die Proble-
me nun bei den Kommunen ab-
laden zu wollen, lässt vermuten,
dass die BA nicht bereit ist, ihre
eigenen Unzulänglichkeiten ein-
zugestehen.“ Vor den neuen Ge-
schäftsanweisungen und ver-
schärften Mindeststandards der
BA lässt sich Zellner nicht täu-
schen: „Die Kommunen haben
von diesem neuen Aktionismus
wohl nur weitere Erschwernisse,
aber keine Erleichterungen für
die Arbeit der ARGEN vor Ort zu
erwarten.“

Die BA wird wieder quantita-
tive Vorgaben machen, deren
Erfüllung mit einem erheb-
lichen Verwaltungsaufwand
nachgewiesen werden muss.
Damit geht viel Verwaltungsk-
raft verloren, die eigentlich
den Hilfebedürftigen zugute
kommen sollte. Der Bundesge-
setzgeber muss endlich erken-
nen, dass nicht Dirigismus die
Probleme lösen hilft, sondern
nur Handlungsfreiheit der AR-
GEN! Bei der auf Bundesebene
nun angedachten Korrektur von
Hartz IV muss auch der Ver-
waltungsvollzugs durchgrei-
fend geändert werden.“ □

Gratulation zum ...

(Fortsetzung von Seite 1)
der Staatsregierung, der Bundes-
regierung und auch gegenüber
der Europäischen Kommission
vertreten hat. Aus der festen
Überzeugung heraus, dass die ge-
wählten Repräsentanten in den
Städten, Märkten und Gemeinden
über ihre örtlichen Anliegen
selbst zu entscheiden haben, sah
er in der Kommunalpolitik das
Fundament einer funktionieren-
den und lebendigen Demokratie.“

Kritischer, aber konstruktiver Begleiter

Josef Deimer wiederum hat
die bayerische Kommunalpolitik
als kritischer, aber konstruktiver
Begleiter entscheidend mitge-
prägt. Der CSU-Politiker, bun-
desweit bekannt und geachtet,
wurde 1966 mit 30 Jahren zum
3. Bürgermeister von Landshut
gewählt. Von 1970 bis Ende
2004 war er Oberbürgermeister
seiner Vaterstadt. Wenige Tage
nach seinem 70. Geburtstag wur-
de ihm die Ehrenbürgerwürde
Landshuts zuteil.

Bereits 1970 wurde der Jubilar
in den Vorstand des Bayerischen
Städtetags berufen. 1975 wählte
ihn die Vollversammlung des
Städtetags zu ihrem Vorsitzenden.
In diesem Amt, das Deimer bis
Ende 2004 ausübte, wurde er
neunmal wieder bestätigt. Kein
anderer Chef eines kommunalen
Spitzenverbandes kann auf eine
so lange Amtszeit zurück blicken.
Deimer war der Städtetag und der
Städtetag war Deimer.

Striktes Konnexitätsprinzip

Der Landshuter Oberbürger-
meister personifizierte gewisser-
maßen die kommunale Selbst-
verwaltung. Er war u. a. stellver-
tretender Präsident des Deut-
schen Städtetags und Mitglied
des Bayerischen Senats bis zu
dessen Abschaffung. Deimer
gehört dem Bayerischen Rund-

funkrat an und ist seit 1979 Prä-
sident des Bayerischen Volks-
hochschulverbandes.

Die Einführung des strikten
Konnexitätsprinzips im Verfas-
sungsrank bleibt eng mit dem
Namen Deimers verbunden. Er
wurde nicht müde, darauf hinzu-
weisen, dass Probleme nicht mit
anderer Leute Geld gelöst wer-
den können. Immer wieder hat er
mahnd in die Diskussion ein-
gegriffen, wenn der Staat aus sei-
ner Sicht finanzwirksame Aufga-
ben auf die Kommunen übertragen
hat. Im positiven Sinne hat sich
Josef Deimer den legendären
Ruf eines hartnäckigen bayeri-
schen Querdenkers erworben.

Besonders zum Ausdruck
kommt die Lebensleistung Dei-
mers in den Aussagen prominen-
ter Wegbegleiter. Sein Nachfol-
ger als Städtetagsvorsitzender,
der Regensburger Oberbürger-
meister Hans Schaidinger, sagte
beim Stabwechsel auf die Frage,
welche Eigenschaften von Josef
Deimer er sich zum Vorbild neh-
men wolle: „Deimer hat kom-
promisslos für die Städte gefight-
et und zwar auf eine Weise, die
nie jemanden dauerhaft verlet-
te. Und er hat einen menschl-
chen, kameradschaftlichen Um-
gang gepflegt. Dies möchte ich
mir zum Vorbild nehmen.“

„Wie die Alpen ohne Zugspitze“

Münchens Oberbürgermeister
Christian Ude, langjähriger Stell-
vertreter Deimers im Vorstand
des Bayerischen Städtetags,
brachte es auf den Punkt: „Der
Bayerische Städtetag ohne Dei-
mer ist so unvorstellbar wie die
Alpenkette ohne Zugspitze.“ Mi-
nisterpräsident Edmund Stoiber
schließlich sah die Stärke Dei-
mers „in der Verwurzelung mit
der Heimat, verbunden mit einer
humanistischen Wertorientierung,
die sein gesamtes politisches En-
gagement geprägt hat“. DK

Gemeinsamer Durchbruch bei der Frühförderung gelungen

Zum 1. 8. 2006 tritt ein neuer Rahmenvertrag in Kraft, der die
Frühförderung von Kindern im Vorschulalter in Bayern auf eine
solide Basis stellt. Dies wurde notwendig, weil der Bund mit dem
2001 verabschiedeten Sozialgesetzbuch IX erhebliche Rechtsun-
sicherheit darüber ausgelöst hatte, wie die Frühförderung zu fi-
nanzieren ist. Dieser andauernde juristische Schwebezustand
wurde mit dem ausgehandelten Rahmenvertrag beseitigt.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermei-
ster Hans Schaidinger, begrüßte das Ergebnis. In Kürze wird der
Städtetag den Rahmenvertrag unterzeichnen und seinen Mit-
gliedstädten zur Anwendung empfehlen. Die Frühförderung wen-
det sich an Eltern behinderter Kinder im Vorschulalter. Insbeson-
dere will sie helfen, wenn Kinder hinsichtlich ihrer körperlichen,
geistigen und seelischen Entwicklung Unterstützung benötigen.

E.ON Bayern bietet 10.000 verbilligte Sozialtarife:

Strom und Gas werden tendenziell teurer

„Einer der günstigsten Anbieter“ / Versorger startet Biogas-Offensive

Bei seiner Preispolitik sieht sich der Strom- und Gasversorger E.ON Bayern im Feld der günstigsten Anbieter. „Unter dem Motto ‚Mit Sicherheit faire Preise‘ verfolgen wir seit Jahren das Ziel, die Verbraucher nicht zu überfordern“, sagte Dr. Peter Deml, der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, vor der Presse in Regensburg. Nach seinen Ausführungen bleiben bis Ende 2006 die Strompreise für Haushaltskunden stabil. Aber 2007 müsse man mit Preiserhöhungen rechnen. Wann und um wie viel dies der Fall sein werde, stehe aber noch nicht fest.

Der E.ON-Bayern-Chef kündigte zugleich an, dass der Versorger für einige Tausend finanzschwache Haushalte ein „Sozialprodukt“, nämlich stark subventionierte Stromverträge, zur Verfügung stellen werde. Gaskunden müssen sich schon im laufenden Jahr erneut auf eine Preiserhöhung einstellen. Deml kündigte außerdem an, dass E.ON Bayern eine Energiesparkampagne und eine Biogas-Offensive startet.

Dramatische Preisentwicklung

Die Preisentwicklung bei Strom und Gas in Europa nannte Deml „dramatisch“. Für den Preisschub bei Strom sieht er drei Ursachen. Da sei zunächst der weltweit steigende Energiebedarf. Allein 2004 sei er um 4,3 Prozent gestiegen. Das sei das höchste Jahreswachstum seit 1984. Mit dieser Entwicklung sei auch die Nachfrage nach Primärenergie gestiegen. In Deutschland sei der wichtigste Import-Energieträger für die Stromerzeugung neben Gas Steinkohle. Der durchschnittliche Einfuhrpreis für Kohle habe von Anfang 2004 bis Mittel 2005 um mehr als 30 Prozent auf 64 Euro je Tonne zugelegt. Da etwa ein Viertel des in Deutschland erzeugten Stroms aus Steinkohle stammt, habe das entsprechende Auswirkungen auf die Beschaffungskosten von E.ON gehabt, erläuterte Deml die Preisentwicklung.

Klimatische Einflüsse

Als zweite Ursache führte er erhebliche klimatische Einflüsse an, die in den zurückliegenden beiden Jahren die Stromerzeugung vor allem in Südeuropa beeinträchtigt hätten. Als Konsequenz lang anhaltender Hitzeperioden seien die Fluss-Pegelstände gesunken, sodass die Stromerzeugung aus Wasserkraft eingebrochen sei und die Kraftwerke auf Grund mangelnden Kühlwassers zurückgefahren werden mussten. Und schließlich habe einen wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung das System des CO₂-Zertifikats Handels, der den Strompreis am Handelsmarkt derzeit um etwa 15 Prozent verteuere. Als Beispiel nannte Deml Großbritannien, wo auf Grund der stark gestiegenen Gasbezugskosten die Stromerzeugung auf Erdgasbasis zurückgefahren und durch Kohleverstromung ersetzt wurde. Da aber Kohle höhere Emissionen verursache, mussten die Erzeuger folglich zusätzliche Emissionszertifikate erwerben. Das habe dann den Preis der Zertifikate kräftig nach oben getrieben.

Staatliche Belastung der Energiepreise

Ähnlich sieht es bei Gas aus. Auf Grund der weltweit steigenden Nachfrage und als Konsequenz einer dramatischen Ölpreisentwicklung - der Erdgaspreis ist an den Erdölpreis gekoppelt - haben sich, so Deml, die Ergasimportpreise von September 2004 bis September 2005 um mehr als 40 Prozent erhöht.

Schließlich wies der E.ON-Chef erneut auf die staatliche Belastung der Strom- und Gaspreise hin, die nicht unwesentlich zum Anstieg der Energiepreise beitrage. 1998 habe ein Drei-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 3500 Kilowatt (kW) Strom im Jahr monatlich als Endpreis 49,95 Euro zahlen müssen. Dabei entfielen auf Erzeugung, Transport und Vertrieb 37,60 Euro, auf die staatliche Belastung in Form von Steuern und Abgaben (für Energie-Einspargesetz, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, für Stromsteuer, Konzessionsabgaben und Mehrwertsteuer) 12,35 Euro. Bis 2006 ist der monatliche Aufwand für Strom dieser Familie um 14 Prozent auf 56,76 Euro gestiegen. Dabei sind aber die Kosten für Erzeugung, Transport und Vertrieb um 8 Prozent auf 34,74 Euro zurückgegangen, wogegen die staatlichen Steuern und Abgaben mit 22,02 Euro um 78 Prozent zugelegt haben.

Exorbitant gestiegene Erzeugungskosten

Trotz der exorbitant gestiegenen Erzeugungskosten lägen die Stromkosten „aber nur leicht“ über denen von 1998, stellte Deml fest. Und die Gaspreise seien in den zurückliegenden 20 Jahren im Rahmen des Anstiegs der Lebenshaltungskosten geblieben. Dennoch, so merkte der E.ON-Chef kritisch an, empfinde die Bevölkerung, als seien die Energiepreise geradezu explodiert. Die nüchternen Zahlen sprächen aber eine ganz andere Sprache. Was die Entwicklung der Energiepreise in den nächsten zwei bis drei Jahren betreffe, deutete derzeit nichts auf eine Beruhigung oder gar auf einen Rückgang hin, ganz im Gegenteil.

Wachstumsmarkt Gas

Die E.ON-Tochter ist nicht nur Marktführer bei der Stromversorgung in Bayern, sondern betätigt sich seit 2005 auch zunehmend erfolgreich in der Gasversorgung, vor allem in Nord- und Ostbayern, „denn die Gasversorgung ist nach wie vor ein Wachstumsmarkt“. Bei Strom zähle E.ON Bayern heute zu den günstigsten Anbietern, bei Gas liege man im Mittelfeld, wobei aber zu berücksichtigen sei, dass das Unternehmen eher schwach strukturierte, ländliche Räume bediene mit einer geringen Anschlussdichte. Von daher gesehen, biete E.ON durchaus günstige Tarife.

Preisgarantie

Zuletzt hatte E.ON Bayern die Strompreise zum Jahreswechsel nur um 2 bis 3 Prozent erhöht, weil man die Beschaffungskosten nicht voll weitergegeben habe. Im Branchendurchschnitt betrug die Erhöhung 6 Prozent. Die 150.000 Heizstromkunden müssen seit 1. Januar zwischen 5 und 8 % mehr bezahlen, erhielten aber zugleich eine Preisgarantie bis Ende 2008. Ein großer Erfolg war und ist der - etwas teurere - Tarif mit dreijähriger Preisgarantie, den mehr als 50 000 Kunden

gewählt haben. Deml: „Hier sind wir Vorreiter in der Branche.“

Strompreiserhöhung

Die Entwicklung der Primärenergiekosten (für Kohle und Erdgas) mache aber eine Strompreiserhöhung im Jahre 2007 „unumgänglich“. Bis Ende 2006 ist im Allgemeinen Tarif Preisstabilität verbindlich zugesagt. „Sollte es zu einer Senkung der Nutzungsentgelte kommen, werden die Kunden davon profitieren“, kündigte Deml Ende April vor dem Hintergrund an, dass die Bundesnetzagentur zum 1. Mai 2006 die Netznutzungsentgelte festsetzen musste.

Erdgasversorger

Seit Anfang 2005 ist E.ON Bayern auch Erdgasversorger. Seitdem wurden die Preise zweimal erhöht, zuletzt zum Jahreswechsel 2005/2006 um rund 9 Prozent, wobei man die gestiegenen Beschaffungskosten nicht vollständig weitergegeben habe.

Entgegen dem Branchentrend hat E.ON Bayern die Gaspreise zum 1. April nicht erhöht. „Sie werden aber, obwohl wir um eine Glättung der Preisentwicklung bemüht sind, wegen der Entwicklung auf den Beschaffungsmärkten wohl oder übel im Jahr 2007 erneut steigen“, sagte Deml. Die aktuellen Rekordpreise bei Rohöl verhiessen nichts Gutes.

Unkonventionelle Maßnahmen

Deshalb greife E.ON Bayern zu unkonventionellen Maßnahmen. Weil man festgestellt habe, dass extrem finanzschwache Haushalte, etwa Bezieher von Hartz-IV-Geld, an Belastungsgrenzen stoßen, wolle man bis Jahresmitte etwa 10 000 stark subventionierte Stromverträge für die Vergabe an hart betroffene Personen und Haushalte in Bayern zur Verfügung stellen. Die Auswahl werde in Zusammenarbeit mit karitativen Einrichtungen getroffen, die Preisermäßigung etwa 40 Prozent betragen. Diese Maßnahme, die E.ON Bayern als Teil seines gesellschaftlichen Engagements sieht, wird das Unternehmen mehrere Millionen Euro pro Jahr kosten.

Energiesparkampagne

Um den hohen Belastungen durch Energiekosten entgegenzuwirken, startet das Unternehmen eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Energiesparkampagne, „denn das Einsparpotential der privaten Haushalte liegt bei über 20 Prozent“. Im Mittelpunkt steht eine Energiespar-Tour durch 250 bayerische Kommunen. Und bei der demnächst wohl verbindlichen Erstellung des Gebäude-Energiepasses kooperiert E.ON Bayern mit der Deutschen Energie-Agentur.

Stromabsatz rückäufig

2005 ist der Stromabsatz von 29,7 Mrd. auf 27,9 Mrd. kWh zurückgegangen. Der Absatz im Weiterverteilersegment hat sich auf 10,7 (2004: 11,6) Mrd. kWh reduziert, u.a. weil die Weiterverteiler mehr regenerativ erzeugten Strom beziehen mussten. Im Segment Industriekunden ist der Stromabsatz auf 5,2 (6) Mrd. kWh zurückgegangen, weil seit vorigem Jahr Audi über die Schwestergesellschaft E.ON Sales & Trading mit Strom beliefert

Bioenergie für Erdgasfahrzeuge:

Selbstverpflichtung der Erdgaswirtschaft

Die deutsche Erdgaswirtschaft hat durch eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung angeboten, die Nutzung von Biogas im Kraftstoffsektor aktiv zu fördern. „Wir haben uns verpflichtet, dem Erdgas, das als Kraftstoff verwendet wird, bis zum Jahr 2010 bis zu 10 Prozent Biomethan beizumischen, sofern dieses auf Erdgasqualität aufbereitet ist“, so Michael G. Feist, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. in Berlin. Bis 2020 soll der Anteil auf bis zu 20 Prozent steigen. Voraussetzung dafür ist, dass die derzeit gültige Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff und die Steuerbefreiung für Biogas beibehalten werden.

Biomethan, auch Bioerdgas genannt, wird aus organischen Lebensmittelrest- und Abfallstoffen sowie aus nachwachsenden Energiepflanzen wie Mais oder Roggen gewonnen und setzt somit nicht mehr Kohlendioxid frei, als die Pflanzen während ihres Wachstums über die Photosynthese aufgenommen haben. Bioerdgas ist uneingeschränkt als Kraftstoff für Erdgasfahrzeuge geeignet. Es kann als Beimischung oder in Reinform in Erdgasfahrzeugen genutzt werden. Sein Einsatz im Verkehrssektor kann die gesamten Treibhausgasemissionen eines Fahrzeugs um 55 bis 65 Prozent verringern, so das Fazit einer Anfang 2006 veröffentlichten Studie des Wuppertal Instituts. Auch aus ökonomischer Sicht bietet Bioerdgas in dieser Verwendung eine sinnvolle Alternative. Die Erzeugungskosten für aufbereitetes Biogas zur Verwendung in Erdgasfahrzeugen entsprechen unter günstigen Bedingungen

etwa dem Tankstellenpreis für Erdgas. Im Vergleich zu den flüssigen Biokraftstoffen der ersten Generation (insbesondere Biodiesel) weist Biogas den Vorteil auf, die landwirtschaftlichen Flächen deutlich besser auszunutzen. Aus einem Hektar lässt sich mehr als viermal soviel gasförmiger Kraftstoff herstellen als bei der bisherigen Produktion von Biodiesel.

Mit der Nutzung von Bioerdgas als Kraftstoff für Erdgasfahrzeuge ergeben sich für die Landwirtschaft neue interessante Absatzmöglichkeiten. Die Untersuchungen unter der Leitung des Wuppertal-Instituts haben ergeben, dass durch eine gezielte und effiziente Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen die Produktion von 100.000 Gigawattstunden (GWh) Biogas im Jahr 2030 (40.000 GWh in 2020) realistisch ist. Dieser Wert entspricht acht Prozent des Kraftstoffbedarfs, den der Mineralölwirtschaftsverband für 2020 prognostiziert. Um diese Menge aufzunehmen, müssten dann über vier Millionen Erdgasfahrzeuge in Deutschland unterwegs sein. 2030 könnte durch den massiven Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen sogar ein Fünftel des gesamten deutschen Kraftstoffbedarfs durch heimisches Bioerdgas gedeckt werden.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, begrüßte die Selbstverpflichtung der Erdgaswirtschaft. Damit werde der Biokraftstoffmix über Biodiesel, Pflanzenöl und Bioethanol hinaus mit Biogas als Kraftstoff spürbar erweitert. Die entsprechenden Verhandlungen seien Erfolg versprechend. Informationen: www.erdgasfahrzeuge.de. □

wird. Ohne diese Umgruppierung wäre der Absatz gestiegen. Heuer liegt der Absatz über Plan.

Partnerschaft mit den Kommunen

Bei den mehr als 2,1 Mio. Privat- und Gewerbekunden wurde das Absatzniveau von 2004 mit rund 10 Mrd. kWh gehalten. Die Zahl der Heizstromkunden nimmt moderat, aber stetig zu. Dass Geschäft mit den Kommunen brachte „den vergleichsweise geringen Absatz“ von 1 Mrd. kWh. Das aber täusche über die Bedeutung dieses Kundensegments hinweg, „denn die Partnerschaft mit den Kommunen ist

die Basis unseres Netzgeschäftes und unserer regionalen Verankerung“, sagte Deml. Deshalb sei es ein großer Erfolg, dass mehr als 1.200 bayerische Städte und Gemeinden über einen Rahmenvertrag von E.ON versorgt werden. Dieser Vertrag habe eine vierjährige Laufzeit bis 2009 „mit konkurrenzlos günstigen Preisen“.

Ökologische Komponente

Bisher 99,9 Prozent der Kommunen im Versorgungsgebiet beigetreten. Zu den Vorteilen zählt, dass in diesen Vertrag ein mit 10 Mio. Euro dotierter Fonds als ökologische Komponente

eingebaut ist. Daraus können die Partnerkommunen eigene Energiesparmaßnahmen finanzieren.

Hauptlieferant Muttergesellschaft

98 Prozent des Stroms, den E.ON Bayern absetzt, bezieht das Unternehmen vom E.ON-Konzern, also der Muttergesellschaft. Dahinter verbirgt sich ein Mix aus Kernenergie, fossilen Energieträgern und - dank der bayerischen Wasserkraft - aus regenerativer Erzeugung. Die Eigenenergiezeugung besorgen rund 70 Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die 2 Prozent des Bedarfs (Fortsetzung auf Seite 6)

Die 5-Sterne-Wärme für Ihr Zuhause



100.000 Erdgaskunden der ESB haben sich 2005 fürs Sparen entschieden

und nutzen die Wahlleistungen im ESB-Preissystem.

ESB-Fix



ESB-Partner



ESB-ProUmwelt



Erdgas Südbayern GmbH

Ungsteiner Straße 31, 81539 München
Tel. 01 80 5 / 29 11 11 (12 Cent/Min. im Festnetz der deutschen Telekom)
E-Mail: info@esb.de, www.esb.de

ESB
Erdgas Südbayern

Auf gute Nachbarschaft!

Günzburg baut auf Energiemanagement und Erdgas

Die Energiepolitik der Bundesrepublik setzt auf Sicherheit in der Versorgung, Stabilisierung der Energiepreise und Erfolge im Klimaschutz gleichermaßen. Die wichtigste Strategie der kommenden Jahre, so Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, ist die Energieeinsparung. „Eine ambitionierte Umweltpolitik auf dem Energiesektor ist deshalb die beste Wirtschaftsförderung. (...) Unter den fossilen Energieträgern ist Erdgas der bei weitem klimafreundlichste Energieträger. Erdgas emittiert etwa nur halb soviel CO₂ wie Braunkohle“, führte Gabriel weiter aus.

Dies hat man in Günzburg längst erkannt. Bereits seit Dezember 2004 befasst sich die Stadtverwaltung verstärkt mit dem Thema Energiemanagement. Die Stadt strebt in einem dreijährigen Projekt eine Energieeinsparung von bis zu 15% an.

Vorbild Kommune

Gerhard Jauernig, Günzburgs Oberbürgermeister betont: „Wir als große Kreisstadt mit knapp 20.000 Einwohnern setzen auf umweltschonendes und nachhaltiges Handeln. Unser kommunales Energiemanagement soll dabei zum einen die kommunalen Kassen entlasten aber auch Ressourcen und damit unsere Umwelt schonen. Die angestrebte CO₂-Einsparung erreichen wir durch eine genaue Bedarfsanalyse sowie den Einsatz von Erdgas als eine von Haus aus umweltschonende Energie. Beim Rathaus und beim Forum am Hofgarten, um nur zwei Beispiele zu nennen, spart die Stadt Günzburg bereits erfolgreich durch das Heizen mit Erdgas. Die Stadt



Die Bürger sind dabei: Umweltfreundliches Erdgas und umfangreiche Einsparmaßnahmen sollen den Energieverbrauch in Günzburg um 15 % senken.

hat hier ganz klar eine Vorbildfunktion.“

Georg Radlinger, Leiter des Kommunalkundenmanagements von erdgas schwaben stimmt dem zu: „Die Nachfrage nach Erdgas steigt kontinuierlich. Über 75 % aller Neubauwohnungen werden heute mit einer Erdgasheizung ausgestattet. Eine

moderne Gas-Brennwertheizung verbraucht bis zu 40% weniger Brennstoff im Vergleich zu einer alten Anlage und das bei deutlich niedrigeren Emissionswerten. Das schon Umwelt und Geldbeutel gleichermaßen. So kann jeder seinen Beitrag zum Umweltschutz leisten und sogar trotz weltweit steigender Energiekosten deutlich sparen. Die nächste Heizkostenrechnung wird es zeigen.“

erdgas schwaben versorgt seit

über 50 Jahren die Region Schwaben mit Erdgas. Im Frühjahr 1952 gegründet, baut der Energieversorger sein Leitungsnetz ständig weiter aus. Heute umfasst das Netz über 4.500 Kilometer in ganz Schwaben und versorgt 165 Städte und Gemeinden in der Region. Eine davon ist seit vielen Jahren die große Kreisstadt Günzburg.

Entstanden 77/78 n. Chr. als römisches Kastell entwickelte sich die Stadt bald zur blühenden Handelsstadt. Heute ist Günzburg mit seiner wunderschönen Altstadt das Ziel zahlreicher Besucher aus ganz Deutschland. Eine Attraktion ist dabei neben dem idyllischen Donauradweg, der über Günzburg führt, der Freizeitpark Legoland Deutschland im Landkreis Günzburg.

Ude bei VKU-Kongress in Berlin:

Faire Chancen für die Stadtwerke!

Der Deutsche Städtetag hat Bund und Länder aufgefordert, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Zukunftsfähigkeit der Stadtwerke zu sichern. Gleichzeitig müssten sich die Städte und ihre Unternehmen auf bereits veränderte rechtliche Rahmenbedingungen einstellen und ihre Wettbewerbsfähigkeit etwa durch Kooperationen untereinander oder durch die Schaffung strategischer Allianzen steigern, betonte der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, beim Kongress „Stadtwerk der Zukunft“ des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) in Berlin.

„Die Stadtwerke stellen den Kernbereich der städtischen Wirtschaft dar und sind ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung“, erklärte Ude. Es liege deshalb im originären Interesse der Städte, dass die Stadtwerke auch im Wettbewerb eine Zukunft haben.

Querverbund

Der Städtetagspräsident forderte Bund und Länder auf, die bisherigen Möglichkeiten der Finanzierung öffentlicher Unternehmen nicht weiter zu beschneiden. Vor allem forderte Ude den Erhalt des steuerlichen Querverbundes: „Eine Abschaffung des steuerlichen Querverbundes würde bei den Städten Verluste in Höhe von rund 1 Milli-

arde Euro verursachen. Das wäre das Aus für zahlreiche, nicht marktgängige Leistungen der Daseinsvorsorge, die die städtischen Unternehmen für die Bürgerinnen und Bürger in den Städten erbringen.“

Nicht jede kommunale Aufgabe sei für den Wettbewerb geeignet, fuhr der Präsident fort. Vor

allem Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sollten in der Hand der Kommunen bleiben. Wasser sei ein zu kostbares Gut, um es dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. Umweltrisiken und Fragen des Hochwasserschutzes sprächen aus seiner Sicht dafür, diese Aufgabe weiterhin in hoheitlicher Ausgestaltung zu belassen. Ude: „Ich halte deswegen alle Bestrebungen, die letztlich zu einer Aufweichung dieser Hoheitlichkeit führen, für schädlich.“

Örtliche Gegebenheiten

Generell sollte es der Kommune überlassen bleiben, wie sie die Aufgaben der Daseinsvorsorge organisiert, ob sie sich für einen privaten Auftragnehmer oder eine privatrechtliche Organisationsform entscheidet, einen privaten Partner ins Boot holt oder die Aufgabe selbst erledigt.

Entscheidungen über die Zukunftsfähigkeit der Stadtwerke sind Ude zufolge in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den städtischen Gremien und den Gremien der Stadtwerke zu treffen. Modernisierung des Kerngeschäfts, Ausweitung der Betätigungsfelder, regionale Kooperationen oder Fusionen mit benachbarten Stadtwerken seien Beispiele für solche Entscheidungsmöglichkeiten. Diese Optionen

Auch Legoland Deutschland vertraut bei der Energieversorgung auf Erdgas. Georg Radlinger ist überzeugt: „Aufgrund der hohen technischen Standards sowie der Zuverlässigkeit moderner Erdgasgeräte hat Günzburg mit Erdgas eine sichere, saubere und umweltschonende Energie gewählt. Ebenso wie für die Stadt Günzburg spielt für erdgas schwaben der Umweltschutz eine große Rolle.“

Erdgasfahrzeuge im Einsatz

Als Kraftstoff wird Erdgas für den Umweltschutz immer bedeutsamer: Erdgasfahrzeuge sind nicht nur umweltschonend, sie fahren auch leiser und beim Tanken entstehen fast keine Emissionen. Mit Erdgasautos kann der Schadstoffausstoß um bis zu 80% reduziert werden und Feinstaub ist kein Thema. Wen wundert es also, dass die Stadt Günzburg bereits mehrere Erdgasfahrzeuge im Einsatz hat. □

Energie-Regulierung vor Bewährungsprobe

Stromversorger fordern Erhalt der leistungsfähigen, dezentralen Energieversorgung in Bayern

„Die Leistungsfähigkeit und die bürgernahe vielfältige Struktur der bayerischen Stromversorgung darf der Regulierung nicht zum Opfer fallen“ forderte Herbert Dombrowsky, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der bayerischen Elektrizitätswirtschaft auf dem VBEW-Energieforum in Bamberg. Das neue energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung muss Rahmenbedingungen schaffen, die weiterhin eine verbrauchsnahe Stromerzeugung in Bayern ermöglichen.

Auch Wirtschaftsminister Erwin Huber unterstrich in seiner Rede die Notwendigkeit einer „Regulierung mit Augenmaß“. Die Elektrizitätswirtschaft sieht in der Regulierung trotz handwerklicher Fehler des Gesetzgebers eine Chance zur Stärkung der Transparenz und des Vertrauens in den Netzbetrieb, stellte Dr. Peter Deml, Mitglied des VBEW-Vorstands, auf einer Podiumsdiskussion fest.

Überzogene bürokratische Anforderungen

Die über 200 Stromversorger und Netzbetreiber in Bayern garantieren eine sichere und kundenfreundliche Stromversorgung und haben ihre Leistungsfähigkeit auch in Zeiten der liberalisierten Stromwirtschaft unter Beweis gestellt, betonte Ewald Geis, ebenfalls VBEW-Vorstandsmitglied. „Die Regulierung darf nicht leistungsfähige Versorger durch überzogene bürokratische Anforderungen

zur Aufgabe zwingen“ fügte er hinzu. Es sei nicht Ziel des Gesetzgebers gewesen, dass die Regulierung die Unternehmensvielfalt beseitigt. Den Unternehmen muss die Luft für Investitionen zum Erhalt der Versorgungssicherheit gelassen werden. Damit der in Bayern verbrauchte Strom auch weiterhin in Bayern erzeugt wird, müsse auch in Zukunft ein ausgewogener Mix an Primärenergiequellen genutzt werden, erklärte Dombrowsky.

Die Kernkraftwerke müssen deshalb bis zum Ende ihrer Lebensdauer genutzt, Erzeugungspotentiale der Wasserkraft erhalten und ausgebaut und die erneuerbaren Energien effizienter und transparenter gefördert werden. Eine verbrauchsnahe Erzeugung in Bayern schone die Umwelt und vermeide lange Leitungen mit unnötigen Netzverlusten. Nur so lasse sich ein hohes Maß an Versorgungssicherheit als eine der Grundvoraussetzungen für die Stärke des Wirtschaftsstandorts Bayern gewährleisten.

Strom und Gas werden ...

(Fortsetzung von Seite 5)

decken. In den nächsten Jahren will sich das Unternehmen stärker der regenerativen Energieerzeugung zuwenden und nennenswert in die Biogastechnologie investieren, die immer mehr an Bedeutung gewinne und neben der Wasserkraft am effektivsten sei. Biogas habe den Vorteil, über Gasnetze transportabel zu sein, „sodass man nicht mehr an einen produktionsnahen Wärmeabsatz gebunden ist.“ Außerdem eröffne es der Landwirtschaft Chancen durch Erzeugung von Biomasse, weshalb man mit dem Bayerischen Bauernverband kooperiert. 2006 und 2007 sollen insgesamt 10 Mio. Euro in die Biogasoffensive investiert werden für eine Leistung von 4 Megawatt (MW) auf ökologischer Basis. Die erste Anlage wird Mitte des Jahres in Schwandorf in Betrieb gehen. Es folgen Anlagen in Arzberg, Hammelburg und Bad Bocklet. In Poing und Puchheim werden bestehende Anlagen umgerüstet.

Vom Gasabsatz von 5,3 Mrd. kWh entfielen im vorigen Jahr 2,7 Mrd. kWh auf 2.000 Industrie- und Geschäftskunden, 790 000 kWh auf drei Weiterverlei-

ern und rund 1,8 Mrd. kWh auf knapp 53 000 Privatkunden. Durch die Pacht des Geschäftsbetriebs der Kommunalgas Nordbayern (KGN) sind 14.000 Haushalts- und Kleingewerbekunden und rund 1000 Industrie- und Geschäftskunden hinzugekommen. Inzwischen rangiert E.ON Bayern auf Rang fünf der bayerischen Gasversorger.

Umsatz gesteigert

Im Berichtsjahr 2005 hat E.ON Bayern seinen Umsatz auf 2,96 (2,57) Mrd. gesteigert, zum Teil durch die höheren Preise, zum Teil durch konzerninterne Umgruppierungen, wobei der Stromabsatz leicht zurückging, der Gasabsatz durch die KGN-Pacht aber auf gut 6 (5,3) Mrd. kWh stieg. Durch Kostensenkungen, Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen und höhere Kapitalerträge stieg das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit trotz zurückhaltender Preispolitik auf 257 (235) Mio. .

E.ON Bayern beschäftigte Ende März 3.619 Mitarbeiter, darunter 253 Auszubildende, was einer Ausbildungsquote von rund 9 Prozent entspricht. Fast ein Drittel der Azubis sind Mädchen. Seit diesem Jahr bietet das Unternehmen, wie das fürs Personalwesen zuständige Vorstandsmitglied Edith Volz-Holterhus mitteilte, erstmals die Ausbildung zum Mechatroniker. Dieses neue Berufsbild verbindet technisches Know-how mit fundierten Kenntnissen in der immer bedeutender werdenden Elektronik. Zwar kann nur ein Teil der Azubis übernommen werden, doch wird jeder Azubi nach seiner Ausbildung befristet für mindestens sechs Monate weiter beschäftigt. Nach der Ausbildung wird den Mitarbeitern die Kompetenzerweiterung durch Aufnahme eines finanziell geförderten Studiums (Elektro- und Informationstechnik in Verbindung mit begleitenden Praktika) an der Fachhochschule Ingolstadt geboten. Die Absolventen sind berechtigt, selbständig einen Handwerksbetrieb zu führen und Lehrlinge auszubilden. dhg.



Donaustadt Günzburg – wir heizen mit Erdgas

...ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Gerhard Jauernig, Oberbürgermeister der Stadt Günzburg, freut sich, dass den Günzburger Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

Betriebsstelle Günzburg
Geschwister-Scholl-Str. 3
89312 Günzburg
Telefon 08221 3602-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Energieversorgung auf dem Prüfstand

Diskussionsrunde bei der E.ON AG / Umstrittene Energiepreise

München. Die E.ON-Energieversorgungs-AG hatte in ihrem Hauptverwaltungsgebäude in München zu einer interessanten Gesprächsrunde eingeladen. Dr. Guido Knott, Mitglied der Geschäftsleitung, begrüßte zu dem Thema „Die Zukunft der Energieversorgung“ zahlreiche Gäste aus Wirtschaft, Kommunen und einschlägigen Interessenbereichen. Ihm zur Seite standen der Bundestagsabgeordnete Johannes Singhammer (CSU), Vorsitzender des Beirats Bundesnetzagentur und Daniel Volk, Bezirksvorsitzender der FDP Oberbayern.

Moderatorin Ursula Heller fasste gleich zu Beginn der Veranstaltung ein heißes Eisen an: Die Preisgestaltung. Sie meinte „Energie-Riesen“ fahren Rekordgewinne ein, aber die Preise steigen ständig und der Kunde hört, dass Strom im Ausland deutlich billiger ist. Das schaffe böses Blut und gebe den Konzernen ein „Raffzahn-Image“. Guido Knott wandte sich gegen diesen Vorwurf.

Bessere Stromqualität und kontinuierliche Versorgung

Er meinte, Strom- und Gaspreise würden zur Hälfte von Steuern und Abgaben dominiert,

Kleiner SPD-Parteitag:

Energiewende bekräftigt

Beim Kleinen Parteitag der SPD in Nürnberg zum Thema „Jobmotor Energie“ waren das Festhalten am Atomausstieg und die Forderung nach einer energiepolitischen Wende zentrale Forderungen.

„Der Welt droht ein existenzieller Konflikt“ mahnte SPD-MdB Hermann Scheer, Präsident der europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energie EURO-SOLAR. Energiereserven gingen zur Neige, der Verbrauch wachse dagegen. Atomenergie könne keine Alternative sein, so Scheer.

Die als Gäste geladenen Experten - Helene Barth (Biogas Ostbayern), Dr. Erwin Knapke (1. Bürgermeister Unterhaching, Betreiber eines Geothermiekraftwerks) und Wolfgang Wismeth (Sunline AG) - fanden mit ihren alternativen Konzepten reichlich Zustimmung. E.ON-Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Deml freilich äußerte aus der Sicht seines Unternehmens Zweifel an Zeitplänen und finanziellen Realisierbarkeiten der empfohlenen Alternativen.

Leitantrag und Resolution

In einem einstimmig beschlossenen Leitantrag sowie einer Resolution bekräftigen die bayerischen Genossen die Notwendigkeit, an der eingeleiteten Energiewende festzuhalten und dem Begehren der Union nach neuen Atomkraftwerken nicht nachzugeben. Nach Auffassung der BayernSPD könnten erneuerbare Energien in Bayern als „Jobmotor“ wirken und bis zum Jahr 2010 mehr als 30.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Eine Energiewende hin zu Solarenergie, Biomasse, Geothermie und Windkraft sei deshalb notwendig. Erneuerbare Energien bedeuteten Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstandsgewinn.

Eine Strategie „Weg vom Öl“ sei dringend notwendig. Ziel müsse die Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Importenergieträgern sein. Aspekte der Preisstabilität, des Klima- und Umweltschutzes und der Versorgungssicherheit seien einzubeziehen. Dies diene auch dem Aufbau einer gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung. **DK**

höher als in manch anderen Ländern, dafür hätten die Endverbraucher letztlich eine bessere Stromqualität, das bedeute eine kontinuierliche Versorgung.

Der Bundestagsabgeordnete Singhammer erklärte, die Bundesnetzagentur sei eine Behörde des Bundes und reguliere nie Möglichkeiten des Strombezugs. Auch werde die „Durchleitung“ von Strom aus dem Ausland kontrolliert. Die Agentur wolle den Wettbewerb unter den Anbietern anspornen und sie überprüfe die Strom- und Gaspreise durch eine „Anreizregulierung“. Ziel sei es, etwa ein Drittel des Gesamt-

preises konstant zu halten.

Daniel Volk (FDP) meinte, seine Partei wolle den Wettbewerb unter den Energieanbietern fördern. Eine Liberalisierung auf dem Energiemarkt werde angestrebt, was letztlich zur Senkung der Preise führe. Im internationalen Vergleich seien die deutschen Endpreise für Strom und Gas nicht höher als im Ausland. Volk setzte sich schließlich für eine Neuregulierung der Subventionierung auf dem Energiemarkt ein.

Vor allem müssten die Erneuerbaren Energien gefördert und geprüft werden, was für eine Förderung am sinnvollsten ist.

Sparwille der Verbraucher

Ein weiteres Thema war der Sparwille der Verbraucher in Haushalten. Ferner was die Wissenschaft tun könne, um schlummerndes Sparpotential zu wecken. Guido Knott meinte, das Nutzungsverhalten beim Ener-

gieverbrauch habe jeder Einzelne in der Hand. Es gelte Geräte mit geringerem Stromverbrauch zu entwickeln. Vor allem bei der Heizwärme ließen sich bis zu 30 Prozent Energie einsparen. E.ON habe einen Energiepass entwickelt, bei dem Spartipps für Wohnungen gegeben werden. Außerdem habe das Unternehmen einen umfangreichen Beratungsdienst für Endverbraucher eingeführt.

Energie der Zukunft

Abschließend ging es um die Frage, wie sieht die Energieversorgung in dreißig Jahren aus? Knott meinte, die regenerativen Energien werden in Zukunft immer wichtiger. Ihr Anteil könne von heute sechs bis acht Prozent auf 20 Prozent gesteigert werden. Bei der Kernenergie spielten Forschungsergebnisse eine große Rolle. Reaktoren müssten nach der neuesten Entwicklung

gebaut werden. Auch die fossile Energie habe Zukunft. Daniel Volk betonte, Energieerzeuger und Netzverteiler müssten getrennt werden. Nach seiner Meinung hätten auch Kernkraftwerke noch nicht ausgedient bei der Stromerzeugung. Ebenso wichtig seien die erneuerbaren Energien: wie beispielsweise die Nutzung der Erdwärme. Bei der Windenergie dauere es allerdings noch Jahre, bis eine höhere Stromerzeugung möglich sei.

Der Vertreter der Bundesnetzagentur, Singhammer, meinte, beim Ausstieg aus der Kernenergie, wie er von der letzten Bundesregierung beschlossen wurde, beginne ein „langsameres Umdenken“. Die heimische Energieversorgung soll nach seiner Vorstellung einen größeren Anteil haben. Dabei gelte es den technologischen Vorsprung, den die Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten habe, weiter auszubauen. **E. Scholl**

Senken Sie mit uns Ihren Energieverbrauch.

Das Energie-Mobil von E.ON Bayern kommt zu Ihnen.

Werden Sie EnergieSpar-Detektiv und lassen Sie sich von unseren Experten beraten, wo und wie Sie im Haushalt jede Menge Energie und Geld sparen können.

EnergieSpar-Tour 2006

- In rund 300 Kommunen in Bayern – also mit Sicherheit ganz in Ihrer Nähe
- Persönliche Analyse
- Individuelle Beratung
- Wertvolle EnergieSpar-Tipps
- Attraktives Gewinnspiel

Mehr Informationen unter:

www.eon-bayern.com/energiespartour



Lechwerke verstärken Zusammenarbeit mit Kommunen

Gute Ergebnisse in der Hauptversammlung präsentiert / Unter den Top Zehn bei den Arbeitgebern / Rund 1.600 Beschäftigte

Augsburg (jdt). „Die Lechwerke haben sich 2005 in einem nicht einfachen Umfeld erfolgreich entwickelt.“ Dies betonte in der Hauptversammlung Vorstandsmitglied Ulrich Kühnl. Das „gute betriebliche Ergebnis auf Vorjahresniveau“ führte, wie von Aufsichtsrat und Vorstand vorgeschlagen, zur Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 15 Euro je Aktie. Zusätzlich wurde, im Hinblick auf das „deutlich verbesserte Finanzergebnis“, eine Sonderausschüttung von 2 Euro je Aktie beschlossen. Vorstandsmitglied Paul Waning hob die besondere Bedeutung der Partnerschaft von LEW und Kommunen hervor, eine „Partnerschaft in Augenhöhe, mit der Entwicklung gemeinsamer Ziele“.

Kühnl wies auf die Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes hin. Diese bestimme maßgeblich die Rahmenbedingungen der Branche und damit auch der LEW-Gruppe. Das Gesetz bilde den entscheidenden Hintergrund für die Neustrukturierung der Lechwerke zum 1. Januar 2005. Am Großhandelsmarkt seien die Strompreise in den letzten drei Jahren stark angestiegen. Kühnl merkte an, der Ölpreis habe sich innerhalb von drei Jahren mehr als verdoppelt, von 25 Dollar im Jahr 2002 auf 65 Dollar im Jahr 2005. Nach wie vor hätten die Importenergien eine preisliche Leitfunktion auch für den Strompreis, nicht nur in Deutschland, sondern auch international. In Großbritannien und in den USA seien die Großhandelspreise sogar noch stärker gestiegen als in Deutschland.

Gute Versorgung vorrangig

Spezielle Aufmerksamkeit löste in der Hauptversammlung u. a. der Hinweis von Kühnl auf die international zu beobachtenden Versorgungsausfälle und die Schneekatastrophe im Münsterland im November 2005 aus. Der Öffentlichkeit sei der hohe Rang einer sicheren Versorgungsinfrastruktur deutlich vor Augen geführt worden. „Wir hatten bereits 2002 ein Mastsanierungsprogramm aufgelegt und haben hierfür eine Rückstellung im Jahresabschluss 2005 gebildet, weil mit dem Energiewirtschaftsgesetz eine rechtliche Konkretisierung hierfür vorliegt“.

Ulrich Kühnl erinnerte auch an das extreme Hochwasser im Bereich der LEW im vergangenen August. Dank des engagierten Einsatzes der Mitarbeiter habe man die unmittelbaren Schäden begrenzen können („Allerdings ist der Hochwasserschutz insbe-

sondere durch die EU-Wasser-rahmenrichtlinie ein Thema für die diesjährige Bilanz“).

Beim betrieblichen Ergebnis der LEW-Gruppe nach IFRS seien im Jahr 2005 112,6 Millionen Euro gegenüber 100,7 Millionen Euro im Vorjahr erzielt worden. Der Anstieg um 11,8 Prozent beruhe „im wesentlichen auf Effekten, die nicht operativer Natur sind“. Drei operative Punkte hätten sich in der Ergebnisrechnung 2005 von LEW positiv ausgewirkt: Verbesserung des Erzeugungsergebnisses aufgrund der Entwicklung der Großhandelspreise, Optimierungen in der Strombeschaffung und Einsparungen aus dem Effizienzprogramm.

Produktionssteigerungen

Positiv vermerkte Kühnl, dass im Geschäftsjahr 2005 in allen Geschäftsbereichen über Einsparungen, insbesondere von Sachkosten und Produktionssteigerungen rund vier Millionen Euro erschlossen wurden. Ein neues Materialwirtschaftskonzept führte zu einer deutlichen Effizienzsteigerung und Kostensenkung. Einsparungen wurden auch in den Bereichen IT und Marketing realisiert“.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich auf rund 805 Millionen Euro; das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 30 Millionen Euro. Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 90,6 Millionen Euro auf 1.408 Millionen Euro. Die vertriebliche Stromabgabe blieb mit etwa 7,8 TWh auf Vorjahresniveau. Um rund 1,5 Prozent stieg die Netzauslastung gegenüber dem Vorjahr an.

Derzeit erkennt Kühnl keine Entspannung auf dem Energiemarkt. Gefordert wurden von ihm Investitionsanreize und die

Wahrung von Qualitätsaspekten.

Bedeutung für die Region

In diesem Zusammenhang wurde die hervorgehobene Bedeutung von LEW für die Region herausgestellt, als einer der größten Investoren, Arbeitgeber und Ausbilder, als stabiler wirtschaftlicher Faktor. Mit rund 1.600 Beschäftigten seien die Lechwerke einer der Top Zehn Arbeitgeber der Region. Die Ausbildung, die jährlich rund 2 Millionen Euro koste, habe bei LEW einen hohen Stellenwert. Für 2,5 Millionen Euro werde für die rund 100 Auszubildenden in Augsburg-Oberhausen ein neues Ausbildungszentrum errichtet.

Regionale Wertschöpfung

Im Jahr 2005 seien von den Lechwerken knapp 45 Millionen Euro Aufträge in die Region vergeben worden, in erster Linie an Handwerk und mittelständische Unternehmen. Ins Gewicht fielen 2005 Dividendenzahlungen an regionale Anteilseigner (rund 5 Millionen Euro), Zahlungen an mehr als 9.000 private Eigentümer von regenerativen Erzeugungsanlagen (2005 wurden 71 Millionen Euro im Netzgebiet vergütet, insbesondere an Betreiber von Photovoltaik- und Biomasse-Anlagen), das Sponsoring von Kultur, Sport und sozialem Engagement und rund 150 Millionen Euro Umsatz-, Strom- und Körperschaftsteuern. Die regionale Wertschöpfung von LEW in der Region mache insgesamt die beachtliche Summe von 272 Millionen Euro im Jahr 2005 aus. Enthalten sind darin auch 26 Millionen Euro Konzessionsabgaben an Kommunen.

Zusammenarbeit mit den Kommunen

Der Stabilität räumte Vorstandsmitglied Paul Waning in seiner Rede einen besonderen Stellenwert ein („... in der Region, im Geschäft mit den Kunden und im Wachstum“). Gar nichts zu tun habe Stabilität mit Starrheit und Beharrlichkeit, sondern vorrangig mit „Erkennen und Nutzen von Chancen“. Waning

beeindruckte mit hochaktuellen Beispielen, gerade auch im Bereich der Zusammenarbeit mit den Kommunen. Sie seien Stromkunden, aber auch Kunden für Straßenbeleuchtung, andere technische Dienstleistungen, zum Beispiel für den Betrieb von Kläranlagen: „Gleichzeitig sind die Kommunen für die Lechwerke Konzessionsgeber zur Nutzung von Wegerechten, zum Teil Anteilseigner, Genehmigungsbehörde und eine politische Institution, die mit entscheidet, beantragt und politische Weichen stellt“.

Deshalb sähen, so Waning, die Lechwerke die Kommunen heute mehr als Kunden, denen man

auch dienen wolle mit Workshops, ebenso wie mit Kommunalbeiräten.

Zusammenarbeit durch Kommunalbeiräte

Die LEW habe 291 Konzessionsverträge, von denen 2006 und 2007 zwei Drittel zur Verlängerung ausgeschrieben würden. „Wir wollen jeden Konzessionsvertrag mit jeder Kommune verlängern bzw. neu vereinbaren“. Groß geschrieben würden, wie Vorstand Waning hervorhob, Kundenbindung und Kunden-Neugewinnung, auch mit dem „easy living-Kundenkommuni-

kationssystem“, mit der Möglichkeit eines Zusatznutzens. Eingerichtet worden seien in diesem Zusammenhang rund 450 Akzeptanzstellen, bei denen Besitzer Kundenkarte Rabatte und Preisnachlässe erhielten. Die Kundenkarte sei heute Bestandteil des Avanza-Stromtarifs.

Wachstumsmarkt „Wärmepumpen“

Zum Schluss setzte sich Vorstand Waning mit Nachdruck für den Wachstumsbereich der umweltschonenden elektrischen Wärmepumpen ein. Diese bringen einen klaren Kundennutzen. □

N-ERGIE-Bilanzpressekonferenz:

Auch 2005 auf Erfolgskurs

Erschließung neuer Marktanteile - Umsatz um 19 Prozent gesteigert

Seine erfolgreiche Entwicklung konsequent fortgesetzt hat der N-ERGIE Konzern Nürnberg im abgelaufenen Geschäftsjahr. Wie der Vorstand auf einer Bilanzpressekonferenz betonte, habe man sich weiter verstärkt auf das gewachsene Kerngeschäft konzentriert. Mit seiner integrierten Struktur sei N-ERGIE seiner Rolle als kompetenter Dienstleistungskonzern gerecht geworden. Insgesamt zeigte sich das Energieunternehmen mit Herbert Dombrowsky an der Spitze zufrieden mit der Entwicklung und den erzielten Ergebnissen.

Wie der Geschäftsbericht ausweist, konnte N-ERGIE in einem dynamischen Umfeld trotz lebhafter Marktbewegungen, insbesondere auf dem Strommarkt, die durch intensive Diskussionen über hohe Energiepreise noch verschärft wurden, die bestehenden Marktanteile verteidigen und neue erschließen. Außerhalb des Netzgebietes wurde der Stromabsatz auf 30 Prozent des Gesamtstromabsatzes gesteigert. Mit einem Konzernergebnis von 3,6 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2005 setzte der regionale Versorger die positive Entwicklung der Vorjahre fort. Der Umsatz im vergangenen Geschäftsjahr wuchs um 19,5 Prozent auf 1,4 Mio. Euro an. Die Bilanzsumme stieg um 3,4 Prozent auf 1,3 Mio. Euro an. Die Eigenkapitalquote betrug 40,4 Prozent.

Eigenerzeugung von Strom

Ein wichtiger Meilenstein für den verstärkten Einstieg in die Eigenerzeugung von Strom erreichte N-ERGIE mit der Inbetriebnahme des modernisierten Heizkraftwerks Sandreuth.

Durch die Umrüstung der Anlage von Kohle auf eine moderne

Gas- und Dampf-Technologie (GuD) verdoppelte sich die Stromproduktion bei gleicher Fernwärmeleistung. Gleichzeitig wird die Umwelt mit der Emissionseinsparung von 140.000 Tonnen Kohlendioxid und 200 Tonnen Schwefeldioxid entlastet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr investierte der N-ERGIE Konzern 107,9 Mio. Euro, davon 99,2 Mio. Euro in Sachanlagen, wobei der Schwerpunkt bei den Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen für Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen sowie Verteilungsanlagen lag.

Steigende Kostenbelastung

Die Geschäftsaktivitäten und -ergebnisse waren 2005 wesentlich von der N-ERGIE Aktiengesellschaft bestimmt. Aufgrund der stark gestiegenen Bezugskosten, Steuer- und Abgabenbelastungen musste der Strompreis ab 1. 1. 2005 im Allgemeinen Tarif um durchschnittlich 2,4 bis 3,1 Prozent angepasst werden. Auch bei den Stromprodukten stiegen die Preise ab 1. 3. 2005 um durchschnittlich 2,4 bis 3,2 Prozent. Während des restlichen Jahres konnte N-ERGIE in einem Umfeld steigender Preise und stagnierender Absatzzahlen die Strompreise konstant halten.

Preis Anpassung und Festpreisgarantie

Auch im Erdgasmarkt konnten die Preise zunächst bis 31. 8. 2005 konstant gehalten werden. Nachdem sie im Laufe des Geschäftsjahres jedoch erheblich angestiegen waren, mussten sie zum 1. 9. 2005 für die Privat- und Gewerbekunden um durchschnittlich 16 Prozent angehoben werden. Die Preis Anpassung war verbunden mit einer Festpreisgarantie von mindestens einem Jahr. Nach wie vor zählt N-ERGIE somit bundesweit zu den preisgünstigsten Strom- und Erdgasanbietern.

Der Stromabsatz stieg im Konzern durch die überregionalen Kundenakquisitionen um 20,3 Prozent auf 8,4 Mrd. Kilowattstunden an. Die Stadt- und Gemeindewerke trugen mit 27,7 Prozent zum Gesamtabsatz bei. Im Erdgasgeschäft stieg der Absatz um 13,2 Prozent auf 14,5 Mrd. kWh, insbesondere durch einen Kraftwerksmehrbedarf und witterungsbedingte Einflüsse. Kommunale Erdgasversorger und regionale Erdgaslieferungsgesellschaften stellten mit einem Anteil von 39,4 Prozent des Erd-

gasbezugs die größte Kundengruppe dar. Hingegen erhöhte sich der Absatz der Wärmever-sorgung nur geringfügig um ein Prozent auf 1,2 Mrd. kWh. Der Wasserabsatz wuchs witterungsbeding um drei Prozent auf insgesamt 33,2 Mio. cbm.

Die durchschnittliche Beschäftigungszahl ging im Jahresverlauf von 2.705 auf 2.679 Mitarbeiter zurück. Der Personalaufwand wuchs um 3,8 Prozent auf 185,2 Mio. Euro. Das Finanzergebnis weist ein Plus von 13,2 Mio. Euro aus und verbesserte sich um 3,3 Mio. Euro. Getragen wird es von einem positiven Beteiligungsergebnis in Höhe von 14,1 Mio. Euro.

Zusammenarbeit mit Stadt- und Gemeindewerken

Das Konzept der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Stadt- und Gemeindewerken, kommunalen Gasversorgungsunternehmen, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften sowie öffentlichen Einrichtungen aller Art wurde laut Geschäftsbericht auch im vergangenen Jahr erfolgreich fortgesetzt. Rund 250 Kommunen unterhielten Ende 2005 mit N-ERGIE einen laufenden Konzessionsvertrag über die Strom- und Gasversorgung.

Als neue Kunden außerhalb des Netzgebietes konnten die KES Kommunale Energiedienstleistungsgesellschaft Südsachsen mbH mit Sitz in Schneeberg (erster Auftrag zur Stromlieferung auf kommunaler Ebene in den neuen Bundesländern) sowie die star.Energiewerke GmbH & Co. KG, Rastatt, gewonnen werden. Mit der Stadt Windsbach wurde ein Stromliefervertrag für das Jahr 2008 geschlossen.

Betriebsführung für neues Wasserwerk

Ende 2005 wurde N-ERGIE von der Wassergewinnungs- und -versorgung GmbH Pappenheim und Umgebung u. a. mit der Erstellung eines neuen Wasserwerks und der Betriebsführung beauftragt. Spätestens ab Dezember 2006 sollen 15.000 Bürger mit Wasser aus der neuen Anlage mit einer Gesamtleistung von rund 650.000 cbm Wasser pro Jahr versorgt werden.

Mit der Gemeinde Pommelsbrunn wurde ein Contracting-Vertrag geschlossen, der ein neues Heizsystem für das Schulgebäude und die Optimierung des Stromverbrauchs der Schule umfasst. Vereinbart wurde eine Laufzeit von 20 Jahren. Künftig werden 34 Prozent der Wärmeenergie sowie 14 Prozent des Stromverbrauchs eingespart. Mit Greding vereinbarte der Dienstleister das Energiespar-Contracting für das örtliche Hallenbad.

Von Thalmässing pachete N-ERGIE die Gemeindewerke und übernahm deren Aufgaben. Dafür erhält die Kommune gesicherte Einnahmen. **DK**

LEW
Lechwerke

Seite an Seite.

**Energie, die Ihr
Leben leichter macht.**

Rundum versorgt. Die Lechwerke sind immer für Sie da. Persönlich und vor Ort. Sie wollen Energie sparen oder die Kraft der Sonne nutzen? Unsere Experten beraten Sie. Schnell, kompetent und objektiv.
www.lew.de

RWE Group

Hochkonjunktur für Sparkassenstiftungen

Ständige Neugründungen - Bundesweit bereits über 600 Grundstockvermögen Längst über der Milliarden-Grenze - Weit gespannte Förderaufgaben

Deutschlands Sparkassen sind die Geldinstitute, die die Verbundenheit mit den Kunden besonders pflegen - nicht zuletzt dank ihrer Verankerung im heimatlichen Landkreis oder allerorten in den Großstädten. Sie haben sich in den vergangenen Jahren nicht der Geschäftspolitik der großen Konkurrenten angeschlossen, das Privatkundengeschäft - der kleine Mittelstand eingeschlossen - hinten zu stellen. Ihre historische Bindung an diese Kreise wurde nicht vernachlässigt. Das findet in den letzten Jahrzehnten seine Bekräftigung durch Aktivitäten in einem Bereich, von dem bisher weder viel zu hören noch zu lesen gewesen ist: In der Errichtung von Sparkassenstiftungen. Und die haben seit den 90er Jahren quasi Hochkonjunktur.

Die Statistiker des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Berlin, haben jetzt die Werbetrömmel in Gang gesetzt und vermeldet, im Jahr 2004 seien 26 neue Sparkassenstiftungen hinzugekommen. Zusammen seien es nun 603. Aber diese Zahl ist auch schon wieder Vergangenheit. Bayerns Sparkassen standen und stehen da nicht zurück, bringen das Geld von nunmehr 76 solch wohltätigen Einrichtungen des bürgerlichen Rechts zum Wohle der Gesamtheit unter die Leute. Nachdem die Kreis- und Stadtsparkassen von alters her Institute der Kommunen sind, geht jede Stiftung auf das positive Votum von Landräten, Bürgermeistern und deren Verwaltungsräten zurück. Und mit der Schaffung ihrer Stiftungen verfolgen sie gleichzeitig klar umrissene Wünsche und Ziele.

Noch konnte nicht jede der 77 Sparkassen im Freistaat Geld in eine Stiftung einbringen. Andererseits haben die anderen in der Regel mehr als eine wohltätige Stiftung, die Stadtsparkassen München und Nürnberg auch dank ihrer Finanzkraft je vier, Augsburg zwei, ebenso die Sparkasse Neu-Ulm-Illertissen. Die Spannweite der Förderziele ist weit gespannt. Das vermitteln oft die Stiftungstitel wie „Mit Aufwind in die Zukunft“ (Augsburg). In den Statuten klingt immer wieder an, im Interesse und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger im eigenen Geschäftsbereich, denen man sich verbunden fühle, ein Grundstockvermögen geschaffen zu haben. Dr. Ingo Krüger, der in der bayerischen Verbandsspitze die hiesigen Sparkassenstiftungen berät, vermerkte auf seiner Internetportal-

seite: „Wie schon die Sparkassen auf Grund ihres öffentlichen Auftrages in besonderem Maße mit den Menschen vor Ort verbunden sind, so gilt dies genauso für ihre Stiftungen“.

Die vom Bundestag seinerzeit beschlossenen Reformen der Rechtsgrundlagen - die übrigens jetzt weiter liberalisiert werden sollen - lösten im vergangenen Jahrzehnt „einen wahren Stiftungsboom (auch durch Private) aus, erläutert Dr. Sönke Burmeister vom DSGV. In einer jetzt von der Berliner Verbandsspitze gestalteten Illustrierte werden die wahrlich breit gefächerten Förderziele der Sparkassenstiftungen der Öffentlichkeit vor Augen geführt.

„Für jeden Pfennig dankbar“

Die überregionale Stiftung Lindauer Nobelpreisträger ging auf die Anregung zweier Ärzte, in der Bodenseestadt tätig, zurück. Die Teilnehmer der nun schon 55jährigen Veranstaltungsreihe dürften mehr oder weniger Dankadressen an die Geldgeber verfassen. Anders ist das schon im Fall von Pater Gilbert vom bayerisch-schwäbischen Prämonstratenserkloster Roggenburg. „Wir sind für jeden Pfennig dankbar“, das versicherte der Kirchenmann im Gespräch mit der GZ. Seinem Kloster hat die Sparkasse Neu-Ulm-Illertissen eine eigene Stiftung gewidmet, die dem Kloster jährlich 20 000 Euro überweist, damit die Ordensleute mit am Tisch eines bayerischen Pionierprojektes sitzen können. Es will bereits kleineren Kindern in Familien Umweltbewusstsein ein-

pflanzen. Es ist ein Bildungszentrum, getragen auch vom Bezirk Schwaben und dem Landkreis. Gilbert, dem die baldige Sanierung der Klostergemäuer aus



Eines der strahlenden Gewinnerduos der Sparkassen-Sonderpreise: Gregor Mayrhofer (Klavier) und Maria Well (Violinello) neben Manfred Stöckl und Günther Tittel.

Sparkassen-Sonderpreise für „Jugend musiziert“

Eine Rekordbeteiligung von 1.004 Teilnehmern verzeichnete der 43. Bayerische Landeswettbewerb von „Jugend musiziert“ in Bobingen. Es ist der bedeutendste Nachwuchswettbewerb für klassische Musik in Deutschland und gehört zu den erfolgreichsten Unternehmungen der musikalischen Jugendbildung. Bereits seit 1991 werden die Wettbewerbe durch die Sparkassenorganisation bundesweit unterstützt und gefördert.

Über drei Tage ging der Wettbewerb für „instrumentales und vokales Musizieren“ klassischer Musik für diverse Altersgruppen mit einem Preisträgerkonzert in der Bobinger Singoldhalle. Für mehr als 600 Besucher gab es ein Konzert der Extraklasse.

Zusammen mit Manfred Stöckl, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg verlieh Günther Tittel, Geschäftsbereichsleiter des SVB Bayern, die Sparkassen-Sonderpreise. Kulturförderung sei ein Teil der Sparkassenkultur, so Tittel. Dieser Wettbewerb liege den Sparkassen besonders am Herzen, denn „er fördert sowohl das musikalische Musizieren als auch die Entwicklung musikalischer Spitzenleistungen gleichermaßen“. Mit dieser Auszeichnung

dem 18. Jahrhundert am Herzen liegt, müsste sich in diesem Fall an die Staatsregierung und an Dr. Krüger als Sponsoren wenden. Denn es gibt im Hause des weiß-blauen Sparkassenverbandes auch überörtliche Füllhörner wie eine „Bayerische Sparkassenstiftung Engagement für eine humane“ Gesellschaft“. Gestützt auf einen millionenschwere LB: Fonds werden „Vorhaben nur mit überregionaler bis bayernweiter Bedeutung“ gefördert.

Unentbehrliche Kunstmäzene

Im Verbund mit den Landesbanken, mit den Sparkassen-Finanzgruppen schütteten die Sparkassenstiftungen 2004 bundesweit 353 (2002=285) Millionen Euro aus. Das zusammengefasste Stiftungsvermögen beträgt mehr als eine Milliarde. Förderschwerpunkte waren Sozialmaßnahmen (bei 101 Sparkassenstiftungen), kulturelle Projekte (188), der Sport (36), Forschung-Wirtschaftswissenschaft (28).

Prof. Manfred Schwaiger von der TU München errechnete, dass Stiftungen in Deutschland bis zu zehn Prozent den Bereich Kultur finanzieren. Der Bereich Sparkassenstiftungen hatte in 2004 für Kulturschaffende und -Einrichtungen 122 Millionen Euro locker gemacht. Das geht mit aufs Konto der Stadtsparkasse München, die ihre vier Stiftungen mit über 15 Millionen Euro ausgestattet hat, betreut von einem Team mit Wilhelm Lesewa und Antje Driebold. Hier hat der Bereich „Für lebendige Kultur in unserer Stadt“ seit 1992 über 210 Projekten der „Nischenkultur“ sowie der Nachwuchsarbeit auf die Beine geholfen. Mit einer halben Million wird die Existenz der Münchner Synchroniker gesichert. Der „Internationale Münchner Kunstpreis“, alle zwei Jahre ausgeschrieben und jeweils mit 25.000 Euro dotiert, ist einer der bedeutendsten seiner Art in Europa.

Kleinere Sparkassenverbände können mit ihren betuchten Münchner Kollegen, die sich rühmen, „Marktführer im Privatkundengeschäft am Bankplatz München“ zu sein, in derartigen Größenordnungen natürlich nicht mithalten, doch stehen sie nicht zurück, um kulturelles Geschehen auch in ihrem Geschäftsbereich am Leben zu erhalten. Die von der Sparkasse Roth Schwabach, inzwischen in der „Vereinigten Sparkasse Weißenburg i. Bay.“ aufgegangen, errichtete 1995 mit 1,28 Millionen Euro ausgestattete Stiftung bleibt dabei, Brauchtum...und Kultur“ zu fördern. Roland Schmidt, Leiter des Kulturamtes Schwabach hilft das, alle zwei Jahre Künstler dazu einzuladen und zu um belohnen, das alteingesessene Goldschlägerhandwerk zu versinnbildlichen. „Das ist für uns eine einmalige Sache“.

Groß auf ihre Fahnen haben die Stadt- und Kreissparkassen

ihre Beiträge, geschrieben für Jugend-, Sozial-, Umwelt- und Integrationsvorhaben. Nahezu 2000 Münchnerinnen und Münchnern verschaffte das „Fritz-Kistler-Haus“, benannt nach einem vormaligen Sparkassenpräsidenten, ein Zuhause für den Lebensabend.

In der bayerischen Verbands-spitze knüpft Dr. Krüger „ein Netz mit Kooperationspartnern für Kinder und Jugendliche, für die Arbeit von Elternhaus, Schule und Kirche“. Es geht nicht zuletzt um finanziellen Beistand.

Die Nürnberger halten übrigens Geld bereit um „Rückholaktionen berühmter Kulturgegenstände“ zu ermöglichen. Im wirtschaftlich gebeutelten Schweinfurt hat die Stadtsparkasse ihrer Stiftung auf ein ökonomisches Wirken mit auf den Weg gegeben. Für das historische Bild ihres Standortes, macht sich die Sparkasse Bamberg mit sechsstelligen Summen einen Namen. Sogar an Umwelt-, Katastrophen- und Tierschutz denkt man in Würzburg. Kleine und größere Museen hängen am Tropf einer Sparkassenstiftung, zugleich in ihren Räumen veranstaltete Ausstellungen.

Zukunftsstiftung Nürnberg

Vergeblich sucht man nach einer Sparkassenstiftung, die Geld auch für wissenschaftliche oder Forschungszwecke locker macht. Man weiß wohl, dass hier Bund und Freistaat zuständig sind, dass Hochschulen nur mit schweren Millionen Beträgen ihre Arbeit zu bewältigen vermögen. Dennoch will der für die vier Stiftungen der Stadtsparkasse Nürnberg zuständige Jürgen Ziegler hier nicht eine gelegentliche Beihilfe ausschließen. Solidarität mit dem Landkreis Nürnberg, mit dessen Aktivitäten u. a. beim Natur- und Umweltschutz, bei der Landschafts- und Denkmalpflege zeigt man mit der Fortführung der 1996 von der fusionierten Kreissparkasse gegründeten Kulturstiftung. „Verschönerung fränkischer Dörfer, Unterstützung der Projekte des Landschaftspflegevereins Nürnberger Land“ sind die Vorgaben der Stifter gewesen.

Nach ihrer vollständigen Dotierung im Jahr 2015 mit sage und schreibe 83 Millionen Euro ist die Zukunftsstiftung der Stadtsparkasse Nürnberg eine der größten gemeinnützigen Stiftungen Deutschlands. **mhb**

DEUTSCHLAND RÜCKT ZUSAMMEN. CITY MOBIL. IHR TICKET BIS ZUR TÜR.



Mit City mobil kommt Ihnen Deutschland kleiner vor. Denn unser neues Anschließticket im Nahverkehr bringt Sie noch bequemer direkt ans Ziel. Erhältlich ab sofort für alle WM-Städte. Weitere Städte folgen in Kürze. City mobil können Sie einfach zusammen mit Ihrer DB-Fahrkarte buchen. Damit steigen Sie dann ohne Umwege in Ihren Zug. Und am Zielbahnhof nehmen Sie direkt die S-Bahn, U-Bahn oder Buslinie, die Sie zu Ihrem Reiseziel bringt – ohne ein neues Ticket zu lösen. Information und Buchung in allen Reisezentren der Deutschen Bahn, DB-Agenturen und am DB-Automaten.

www.deutschland-bleibt-mobil.de



Damit Deutschland mobil bleibt
Busse & Bahnen

Neues Praktikerhandbuch „Recht der Kommunalfinanz“:

Abgaben - Haushalt - Finanzausgleich

Unverzichtbar für Kommunen, Unternehmen und Rechtsberater

Die Finanzen vieler Kommunen sind gegenwärtig wie der öffentliche Gesamthaushalt insgesamt in einem desolaten Zustand. Finanzielle Engpässe bestimmen weitgehend die politischen Entscheidungen. Oft muss die Flucht in die Verschuldung gesucht werden. Hinzu kommen langfristige Lasten, die sich aus unterlassenen Investitionen und Instandhaltungen, aber auch aus den Versorgungsansprüchen der Beamten ergeben. Auf nächste Generationen wird verlagert, was kaum noch zu schultern sein wird.

Vor diesem Hintergrund umfasst das „Recht der Kommunalfinanz“ das Abgabenrecht, das Haushaltsrecht sowie das Finanzausgleichsrecht von Kreisen und Gemeinden.

Systemwechsel

Fragen des Abgabenrechts spielen z. B. für die Erhebung der Gewerbesteuer von Unternehmen oder die Anfechtung kommunaler Abgabenbescheide eine Rolle. Haushaltsrecht und Finanzausgleichsrecht sind gerade in Zeiten knapper Kassen in praktisch jeder Kommune von Bedeutung, z.B. bei der täglichen Arbeit der Kämmererinnen.

Hilfe zur Bewältigung

Das kommunale Haushaltsrecht erlebt zur Zeit einen Systemwechsel von der hergebrachten Kameralistik zur Doppik (Doppelte Buchführung in Konten). Entsprechende neue gesetzliche Regelungen sind z.B. in Nordrhein-Westfalen und Hessen schon eingeführt; in vielen ande-

ren Ländern sind die Planungen bereits weit fortgeschritten.

Das neue Praktikerhandbuch hilft den Kommunen, den schwierigen Systemwechsel im Haushaltsrecht problemlos und schnell zu bewältigen.

Im Abgabenrecht geben die fundierten Darstellungen zu kommunalen Steuern, Gebühren, Beiträgen und sonstigen Abgaben Sicherheit bei der Rechtsanwendung.

Aus dem Inhalt

- Haushaltsrecht in der Reform (Doppik)
- Kommunale Einnahmen
- Gewerbesteuer
- Grundsteuer
- Grunderwerbsteuer
- Kommunale Gebühren
- Erschließungs- und Ausbaubeitragsrecht
- Abgabenerhebung und -durchsetzung
- Rechtsschutz gegen kommunale Abgabenforderungen
- Einnahmeerzielung durch wirtschaftliche Betätigung
- Besteuerung kommunaler

Betätigungen

- Haushaltssperre
- Kommunaler Finanzausgleich in der Rechtsprechung
- Kommunales Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen

Zum 1. Januar 2007:

Kliniken des Bezirks ändern ihre Rechtsform

Der Bezirkstag von Oberbayern hat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, seine Krankenhäuser zukünftig in einer anderen Rechtsform zu führen. Unter dem Dach eines Kommunalunternehmens werden vier gemeinnützige Gesellschaften zusammengefasst. Das neue Unternehmen wird von alten finanziellen Verpflichtungen freigestellt. Zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Kommunalunternehmen (KU) soll ein sog. Personalüberleitungsvertrag geschlossen werden.

Dieser gewährleistet die weitere Gültigkeit des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst. Umgesetzt werden sollen die Beschlüsse bereits zum 1. Januar 2007.

Hintergründe

Mehrere Dutzend Beschäftigte aus den Kliniken waren gekommen, um die Plenarsitzung zu verfolgen. Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth ging deshalb noch einmal explizit auf die Hintergründe der Rechtsformänderung ein, die er schon in Personalversammlungen in je-

dem der Häuser im Detail für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erläutert hatte. Auf die Umwälzungen im Gesundheitswesen sei man gezwungen, vorausschauend zu reagieren: Private Krankenhausträger zeigten durchaus Interesse an einer Übernahme der Psychiatrie, Fallpauschalen oder ähnliche Entgeltssysteme seien auch für diesen Bereich in Vorbereitung und eine Neuregelung der Investitionsförderung möglich. Darauf müsse man reagieren.

„Unser Ziel ist es, die psychiatrische Vollversorgung in öffentlicher Hand auch in Zukunft zu gewährleisten und dabei gleichzeitig die Arbeitsplätze zu sichern“, betonte Jungwirth. „Wirtschaftlichkeit ist dabei nicht mit Gewinnmaximierung gleichzusetzen“, stellte Jungwirth klar. Michael Asam (SPD) kritisierte hingegen den „Privatisierungswahn“ und warnte davor, GmbH-Gründungen als Allheilmittel zu sehen. Die SPD habe darüber hinaus zu wenig Zeit gehabt, sich mit der Thematik und den Vorschlägen auseinander zu setzen und beantrage deshalb eine Vertagung der Entscheidung um drei Monate. Dieser Antrag wurde mit 41 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Martina Neubauer, stellte dagegen klar, dass ihre Fraktion die Rechtsformänderung mittragen werde, weil die Bezirkskliniken damit in Zukunft „auf Augenhöhe mit den Mitbewerbern“ agieren könnten. Gleichzeitig wies sie aber auf die hohen Anforderungen hin, denen sich das politische besetzte Gremium des Verwaltungsrats damit stellen müsse, um die strategischen Kontrolle auszuüben.

• Kommunales Vermögen und seine Verwaltung.
Das Werk zahlt sich aus für Bürgermeister, Kämmerer, Rechtsanwälte, Richter, Steuerberater und Unternehmen. Weitere Informationen zu diesem Titel sind unter www.beck-shop.de erhältlich.
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke / Prof. Dr. Hermann Pünder, LL. M. / Prof. Dr. Christian Waldhoff, **Recht der Kommunalfinanzien**, Verlag C.H. Beck, 2006, XX, 841 Seiten, in Leinen Euro 158,00, ISBN: 3-406-54263-8

Zum 1. Januar 2007:

Kliniken des Bezirks ändern ihre Rechtsform

Der Bezirkstag von Oberbayern hat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, seine Krankenhäuser zukünftig in einer anderen Rechtsform zu führen. Unter dem Dach eines Kommunalunternehmens werden vier gemeinnützige Gesellschaften zusammengefasst. Das neue Unternehmen wird von alten finanziellen Verpflichtungen freigestellt. Zwischen dem Bezirk Oberbayern und dem Kommunalunternehmen (KU) soll ein sog. Personalüberleitungsvertrag geschlossen werden.

Dieser gewährleistet die weitere Gültigkeit des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst. Umgesetzt werden sollen die Beschlüsse bereits zum 1. Januar 2007.

Hintergründe

Mehrere Dutzend Beschäftigte aus den Kliniken waren gekommen, um die Plenarsitzung zu verfolgen. Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth ging deshalb noch einmal explizit auf die Hintergründe der Rechtsformänderung ein, die er schon in Personalversammlungen in je-

dem der Häuser im Detail für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erläutert hatte. Auf die Umwälzungen im Gesundheitswesen sei man gezwungen, vorausschauend zu reagieren: Private Krankenhausträger zeigten durchaus Interesse an einer Übernahme der Psychiatrie, Fallpauschalen oder ähnliche Entgeltssysteme seien auch für diesen Bereich in Vorbereitung und eine Neuregelung der Investitionsförderung möglich. Darauf müsse man reagieren.

Vollversorgung garantieren

„Unser Ziel ist es, die psychiatrische Vollversorgung in öffentlicher Hand auch in Zukunft zu gewährleisten und dabei gleichzeitig die Arbeitsplätze zu sichern“, betonte Jungwirth. „Wirtschaftlichkeit ist dabei nicht mit Gewinnmaximierung gleichzusetzen“, stellte Jungwirth klar. Michael Asam (SPD) kritisierte hingegen den „Privatisierungswahn“ und warnte davor, GmbH-Gründungen als Allheilmittel zu sehen. Die SPD habe darüber hinaus zu wenig Zeit gehabt, sich mit der Thematik und den Vorschlägen auseinander zu setzen und beantrage deshalb eine Vertagung der Entscheidung um drei Monate. Dieser Antrag wurde mit 41 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Martina Neubauer, stellte dagegen klar, dass ihre Fraktion die Rechtsformänderung mittragen werde, weil die Bezirkskliniken damit in Zukunft „auf Augenhöhe mit den Mitbewerbern“ agieren könnten. Gleichzeitig wies sie aber auf die hohen Anforderungen hin, denen sich das politische besetzte Gremium des Verwaltungsrats damit stellen müsse, um die strategischen Kontrolle auszuüben.

Abstimmungsergebnis

Bei der abschließenden Abstimmung sprachen sich die Bezirksräte mit 41 zu 9 Stimmen für die neue Rechts- und Organisationsform aus. Die finanziellen Altlasten in Form von Pensionsrückstellungen (ca. 4,7 Millionen Euro), Schuldendienst für Darlehen und Kredite (momentan 0,7 Mio. jährlich) und bisherigen Verlustabdeckungen übernimmt der Bezirk Oberbayern, damit das neue Unternehmen finanziell unbelastet an den Start gehen kann. Die für den Krankenhausbetrieb nötigen Immobilien verbleiben im Eigentum des Bezirks, werden aber dem KU zur Nutzung überlassen. Mit 33 (CSU-Fraktion) zu 18 Stimmen

Bayrische Volksbanken und Raiffeisenbanken:

Von Standard & Poor's hervorragend bewertet

Die Note „A“ bekamen jeweils 163 bayerische Kreditgenossenschaften, die sich durch die international renommierte Ratingagentur Standard & Poor's in einem Einzelrating bewerten ließen. Dazu Stephan Götzl, der Präsident des GVB: „Das hervorragende Ratingergebnis unterstreicht die ausgezeichnete Finanzkraft von bayerischen Genossenschaftsbanken und die besondere Stellung unserer Bankengruppe in der Region.“

Standard & Poor's würdigte mit dem Rating die Bonität, Solidität und Transparenz bayerischer Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie das bewährte Solidaritätsprinzip zwischen den Kreditgenossenschaften. Das Rating, das für jede Bank einzeln vergeben wurde, gibt Auskunft über die Fähigkeit des jeweiligen genossenschaftlichen Instituts, seinen Zahlungsverpflichtungen pünktlich und langfristig nachzukommen. Es würdigt dabei besonders die Sicherungsstruktur des genossenschaftlichen Verbundes. Die hervorragende Bonitätsbeurteilung durch Standard & Poor's ist zugleich ein Qualitätsmerkmal, das dem Kunden Sicherheit bei der Auswahl der Bank seines Vertrauens gibt.

Das hervorragende Rating von Standard & Poor's spiegelt nicht nur die Finanzstärke bayerischer Volksbanken und Raiffeisenbanken wider, sondern ist auch die Auszeichnung für ein erfolgreiches Bankenmodell, das sich seit rund 150 Jahren im Markt stabil bewährt.

Das Fazit von Götzl: „Das Rating von Standard & Poor's unterstreicht einmal mehr: Bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken gehören zu den Top-Banken.“

BayernLB erstellt Geschäftsbericht klimaneutral

Gesamter Papierverbrauch durch
Emissionszertifikate kompensiert

Der Geschäftsbericht der BayernLB bietet auf rund 220 Seiten einen umfassenden Einblick in das Leistungsspektrum und die Zahlen des BayernLB-Konzerns. Für die Herstellung der gedruckten Version werden wertvolle natürliche Ressourcen benötigt, zusätzlich entstehen beim Transport klimarelevante Treibhausgas-Emissionen. Die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte ist ein wichtiger Bestandteil des Umweltmanagements der BayernLB. Deshalb hat sich die Bank entschlossen, den Geschäftsbericht 2005 klimaneutral zu erstellen und zudem die CO₂-Emissionen des gesamten Papierverbrauchs der BayernLB für das Jahr 2006 durch Emissionsminderungszertifikate zu kompensieren.

„Dadurch leisten wir einen weiteren aktiven Beitrag zum Klimaschutz“, kommentiert Werner Schmidt, Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB. Die Grundidee der Klimaneutralität folgt den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen: Treibhausgase haben eine globale Schädigungswirkung; für den Klimaschutz ist es deshalb irrelevant, an welchem Ort Emissionen entstehen bzw. vermieden werden. Somit können unvermeidbare Emissionen von Treibhausgasen an Ort A durch zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen an Ort B neutralisiert werden.

Operative Umsetzung

Die Umsetzung klimaneutraler Aktivitäten geschieht operativ durch den Ankauf und die (SPD, Grüne, ödp, FDP, Rep) wurde entschieden, das Personal im Rahmen eines Personalüberleitungsvertrags in die neue Rechtsform zu überführen. Die Grünen hatten hier beantragt, die Option „Personalüberleitungsvertrag“ zu ergänzen, sich damit über nicht durchgesetzte. Zentraler Punkt bei dieser Beschlussfassung: Das KU sowie die gemeinnützigen Gesellschaften werden dem Kommunalen Arbeitgeberverband angehören. Somit findet der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst weiter Anwendung.

Nächste Schritte

Als nächster wichtiger Schritt ist die Verwaltung nun beauftragt, Satzungsentwürfe und Gesellschaftsverträge auszuarbeiten, die dann wiederum den Ausschüssen des Bezirkstags und der Plenarversammlung vorgelegt werden müssen.

anschließende Entwertung von ökologisch hochwertigen Emissionsminderungszertifikaten aus anerkannten Klimaschutzprojekten. Die BayernLB kauft hierzu Emissionsminderungsrechte aus einem Klimaschutzprojekt in Eritrea an und entwertet diese. Konkret werden mit diesem Erlös moderne Öfen für die einheimische Bevölkerung angeschafft.

Erwartete Verbesserungen

Der Verzicht von Holz als Brennstoff fördert nicht nur die Vegetation Eritreas, sondern gibt den Holz sammelnden Kindern mehr Gelegenheit für Schulbesuch und Ausbildung. Hierdurch und durch die Beschäftigung einheimischer Kräfte bei der Umsetzung des Projektes werden nachhaltige Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation erwartet.

Für die CO₂-Emissionen des Geschäftsberichtes werden 8,8 Tonnen CO₂-Äquivalente und für den gesamten Papierverbrauch 645,6 Tonnen CO₂-Äquivalente gekauft.

Leistungspalette

Neben einer Vielzahl eigener Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen unterstützt die BayernLB auch ihre Kunden aktiv beim Klimaschutz. „Die Leistungspalette umfasst die Finanzierung erneuerbarer Energien (Photovoltaik, Windkraft, Geothermie und Biomasse), den Handel mit Emissionsrechten im Rahmen des Europäischen Emissionsrechtshandelsystems und die Beratung in der Abwicklung von Klimaschutzprojekten durch unsere Tochtergesellschaft Energy & Commodity Services GmbH“ so Schmidt abschließend.



Hürden gemeinsam
meistern.
Zinslasten senken –
Marktchancen nutzen

Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement: Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner:
Hans-Jürgen Gerlach, Tel.: 089-23 90 22 09
E-Mail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com

www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor

Leistung aus Leidenschaft.

Deutsche Bank



BayernLB erzielte Rekordgewinn

Deutliches Plus für 2005 / Anhaltende Kreditnachfrage von Kommunen

München. Die Rahmenbedingungen für die Landesbanken haben sich durch den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung zum 18. Juli 2005 einschneidend verändert. Dank des neuen Geschäftsmodells richtete sich die BayernLB frühzeitig neu aus und das Jahresergebnis 2005 bestätigt den Erfolg des von ihr eingeschlagenen Weges: Insgesamt erzielte die BayernLB ein operatives Ergebnis von 1,36 Milliarden Euro, es liegt um 43,5 Prozent deutlich über dem Vorjahreswert von 950 Millionen Euro.

„Das Entscheidende ist das operative Ergebnis, alles andere ist uninteressant“, meinte Konzernchef Werner Schmidt bei der Jahresbilanzpressekonferenz in München. Einen wesentlichen Beitrag dazu, nämlich 372 Millionen Euro, leistete die Tochtergesellschaft DKB. Die ehemalige DDR-Bank gehört seit 1995 zu BayernLB. Sie lockt mit Kampf-Konditionen deutschlandweit Kunden, die Bankgeschäfte über das Internet abwickeln.

Operatives Ergebnis

Von dem operativen Ergebnis von 1,36 Milliarden Euro flossen 406 Millionen in die Stärkung von Pensionsrücklagen. Unter

dem Strich bleibt damit ein Jahresüberschuss von 613 Millionen Euro. An die Eigentümer der BayernLB, zu je 50 Prozent die bayerischen Sparkassen und der Freistaat Bayern, fließt eine Ausschüttung von sieben Prozent nach Steuern, insgesamt 114 Millionen Euro. Der Restbetrag wird zur Stärkung der Gewinnrücklagen verwendet.

Anhaltende Kreditnachfrage

Die anhaltende Kreditnachfrage von Ländern und Kommunen führte zu einer Geschäftsausweitung in einem bonitätsmäßig sehr guten Segment. Auffallend war die hohe Nachfrage nach großvolumigen

Kassenkredit für kurzfristigen Finanzbedarf und nach langfristigen Zinsbindungen zur Sicherung der derzeit niedrigen Zinsen. Das Abschlussvolumen konnte im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. Ein Schwerpunktthema stellte die Etablierung von Public Private Partnerships (PPP) dar, mit denen der Einsatz privaten Kapitals zur Finanzierung öffentlicher Investitionsvorhaben realisiert wird. Die Bank erwartet für die nächsten Jahre eine Zunahme von PPP-Projekten, sie wird ihren Kunden hierfür maßgeschneiderte Finanzierungsmodelle anbieten. Das Geschäftsfeld Sparkassen-Finanzgruppe Bayern und Markt Bayern hat für den Ausbau der Netzwerkbankfunktion eine zentralistische Schlüsselrolle. Es sorgt für die Bereitstellung bedarfsgerechter Spezialangebote für die bayerischen Sparkassen und ihre Kommunal- und Privatkunden.

Ausbau des Privatkundengeschäfts

Die BayernLB will nach den weiteren Worten Schmidts künftig verstärkt das Geschäft mit Privatkunden ausbauen. „Die Retail-Aktivitäten tragen immer mehr zum Konzernergebnis bei.“ Künftig sollen die Berliner Direktbank DKB und das Osteuropa-Geschäft weiter forciert werden. Bisher ist die BayernLB auf Unternehmenskunden und das Geschäft mit den bayerischen Sparkassen konzentriert. Nun setzt die BayernLB mit dem Kooperationspartner JSC of Moscow, Moskau, die Strategie der intensi-

aus Nürnberg, die Versicherungskammer Bayern, die BayernLB, die DekaBank sowie die LfA Förderbank Bayern. Medienpartner der begleitenden Unternehmer-Konferenz sind die Süddeutsche Zeitung sowie TV Bayern.

Der Sparkassenverband Bayern war für die Durchführung des Wettbewerbs verantwortlich. Der Präsentationsausschuss der bayerischen Landesjury setzte sich zusammen aus Venture-Capital-Gebnern (S-Refit), McKinsey & Company, Schaffer & Partner, der LfA Förderbank Bayern, einem Mitglied aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium, Sparkassenvorständen und Wissenschaftlern der TU München.

Die Bundessieger von StartUp/Deutscher Gründerpreis werden am 12. September 2006 in Berlin geehrt. Die Ehrungen des Bayerischen Gründerpreises waren eingebettet in eine eintägige Unternehmer-Konferenz der bayerischen Sparkassen. Im Vordergrund standen Kommunikation und Information sowie fundierte und individuelle Beratung.

Etablierte mittelständische Unternehmen und wachstumsstarke Jungunternehmen erhielten Perspektiven für Wachstum und Gewinn. Vier Fachforen boten folgende Themen:

- Moderne Finanzierungsinstrumente - erweitern Sie Ihre Handlungsspielräume
- FinanzenExtra - Chancen erkennen und Vorteile nutzen
- Führung ist Chefsache - Sicherheit im Unternehmenscockpit
- Öffentlichkeitsarbeit, Marketing und Vertrieb - überzeugend präsentieren
- Konferenz-Special: China - Marktchancen auch für den Mittelstand

Eine Experten-Lounge ermöglichte den Dialog mit Top-Spezialisten und erfahrenen Unternehmern. In ungezwungener Atmosphäre wurden wertvolle Anregungen ausgetauscht und Lösungsansätze diskutiert. □

BayernLB verlieh zum 9. Mal Klinikförderpreis

25.000 Euro für engagierte Mediziner und innovative Projekte

München - Die BayernLB verlieh zum neunten Mal den mit 25.000 Euro dotierten Klinikförderpreis. Der Klinikförderpreis der BayernLB ist ein bundesweit ausgeschriebener Wettbewerb für Kliniken, die den Strukturwandel im Gesundheitswesen vorantreiben. Die BayernLB unterstreicht mit diesem Engagement die soziale Verantwortung von Unternehmen. Damit auch künftig hohes Niveau und medizinischer Fortschritt im Gesundheitswesen bezahlbar bleiben, sind Maßnahmen wie Effizienzsteigerung sowie Optimierung der Strukturen und Prozessabläufe in den Kliniken dringend erforderlich.

„Unser Ziel ist es, Kliniken auszuzeichnen, die den Strukturwandel im Gesundheitswesen mit innovativen Ideen besonders vorantreiben und dabei den Patienten in den Mittelpunkt stellen“, so Dr. Rudolf Hanisch, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB, zur Idee des Engagements der Bank. Der Wandel der Krankenhäuser hin zu leistungsorientierten Unternehmen mit wichtiger sozialer Aufgabe wird dabei unterstützt. Schirmherrin des Klinikförderpreises ist die Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christa Stewens.

Die Preisträger

Ausgezeichnet wurden dieses Jahr das Städtische Klinikum München/Harlaching mit dem Projekt „TEMPIS - Telemedizinisches Pilotprojekt zur integrierten Schlaganfallversorgung“ und die Klinik der Universität Köln mit dem Projekt „Centrum für integrierte Onkologie“. TEMPIS ist durch seine Effizienz und wohnortnahen Therapiemöglichkeiten ein Musterbeispiel für die Versorgung von Schlaganfallpatienten. Das Projekt dient inzwischen als „Qualitätsindikator“ für die weitere bedarfsorientierte Schlaganfallversorgung im Flächenstaat Bayern. Das Projekt „Centrum für integrierte Onkologie“ wiederum ist ein integriertes Versorgungskonzept für Krebspatienten. Der Patient steht dabei im Mittelpunkt und wird von sog. Patientenlotsen betreut. Diese organisieren den interdisziplinären Ablauf der Behandlung.

Einen Sonderpreis erhielt das Evangelische Krankenhaus Bielefeld für das Projekt „Ein stabiles Versorgungsnetz für ältere und hoch betagte Bürger mit gerontopsychischem Behandlungsbedarf in Bielefeld“. Gewürdigt wurde auch hier der integrative Ansatz, der Patient steht im Mittelpunkt und wird professionell durch die Behandlung begleitet. Die ersten beiden Projekte wurden mit 10.000 Euro prämiert. Der Sonderpreis ist mit 5.000 Euro dotiert. □



V. l.: Thorsten Fischer (flyeralarm GmbH), Rudolf Wanzl (Metallwarenfabrik GmbH), Nicole Kobjoll (Schindlerhof), Dr. Georg Heß (art of defence GmbH), Dr. Andreas Hänel (Phönix SonnenStrom AG), Werner Netzel (Vizepräsident Sparkassenverband Bayern).

Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen:

Erfolgreiche Konzepte ausgezeichnet

163 Mio. Euro Gründungskredite vergeben

Mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro würdigte der Sparkassenverband Bayern die Firma „art of defence“ aus Regensburg als Sieger des Bayerischen Gründerpreises in der Kategorie „Konzept“ für die Entwicklung von Software-Produkten zum Schutz von Datenbanken.

„Wir brauchen Sicherheitslösungen, die nicht nur die Netzwerkebene schützen sondern auch in der Anwendungsebene ansetzen. Hier bieten die Produkte von art of defence gute Ergänzungen“, so Vizepräsident Werner Netzel, bei der Preisverleihung in Nürnberg.

Der Preis in der Kategorie „Aufsteiger“, eine Woche Coaching durch die Unternehmensberatung Schaffer & Kollegen aus Nürnberg, ging an die „flyeralarm GmbH“ aus Unterfranken. Das Unternehmen vermarktet erfolgreich standardisierte Druckprodukte über das Internet. Als „Visionär“ wurde die Firma „Phönix SonnenStrom AG“ geehrt. Der führende Systemintegrator in der Photovoltaikbranche aus Sulzemoos bei München hat als zweites Geschäftsfeld den Handel und den Vertrieb von Sonnenstromkompletanlagen aufgebaut.

In der Kategorie „Lebenswerk“ wurde Rudolf Wanzl aus Leipheim ausgezeichnet. Die „Wanzl Metallwarenfabrik GmbH“ ist Marktführer bei der Herstellung von Supermarkteinkaufswagen.

Der Preis in der Kategorie „Unternehmensnachfolge“ in

Höhe von 5.000 Euro wurde in diesem Jahr an Nicole Kobjoll aus Nürnberg verliehen. Frau Kobjoll übernimmt den elterlichen Betrieb, das „Hotel Schindlerhof“ im Zuge eines „sanften Generationenwechsels“.

2005 haben die bayerischen Sparkassen für rund 1.700 Existenzgründungen insgesamt 163 Mio. Euro an Gründungsdarlehen ausgereicht, so Vizepräsident Werner Netzel. Damit einer Errichtung eines Unternehmens durchschnittlich drei bis vier Arbeitsplätze geschaffen werden, ermöglichten die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen etwa 6.000 bis 8.000 neue Jobs.

Seit 1997 wird der größte Gründungswettbewerb Deutschlands gemeinsam von den Sparkassen, der Zeitschrift stern, der Unternehmensberatung McKinsey & Company und dem ZDF ausgeschrieben. Von den insgesamt 605 Geschäftsplänen des jüngsten Durchgangs stammten 179 aus der Wettbewerbsregion Bayern. Etwa jeder dritte deutsche StartUp-Teilnehmer kommt somit aus dem weißblauen Freistaat.

Als exklusive Förderer des Wettbewerbs fungieren die Kanzlei Schaffer & Partner GbR

ven Zusammenarbeit mit ausgewählten, in ihrem Heimatmarkt herausragenden Banken fort. Mit dem Kooperationsvertrag vom 3. Mai soll Kunden der Marktzugang nach Russland er-



Werner Schmidt, Vorstandsvorsitzender der BayernLB. □

leichtert werden. Zudem plant die Bank in Rumänien den Zukauf eines Privatkundengeldinstituts, die Verträge sind noch nicht unterschrieben. Die BayernLB ist bereits mit MKB in Ungarn präsent. Auch an einem Engagement in Serbien sind die Münchner interessiert.

Optimismus für 2006

Für das laufende Geschäftsjahr zeigte sich LB-Vorstand Schmidt optimistisch. 2006 habe mit einem Gewinn-Sprung um rund 20 Prozent begonnen. Das operative Ergebnis könne eine Höhe von rund einer Milliarde Euro erreichen. Auf Nachfrage präzisierte Schmidt eine Bandbreite zwischen 900 Millionen und 1,3 Milliarden Euro. „Das erste Quartal ist sehr gut gelaufen.“ E. Scholl

TÄGLICH FAHREN WIR 27 MIO. MENSCHEN.
JETZT KOMMEN NOCH EIN PAAR NEUE GESICHTER DAZU.

Fußball bewegt die Massen, und Busse und Bahnen sorgen dafür, dass auch alle gut ankommen. Zum ersten Mal ist die Eintrittskarte zum Spiel auch gleichzeitig Fahrkarte. Insgesamt erwartet die FIFA rund 10 Mio. WM-Besucher. Diese sollen bequem und günstig zu den Stadien, Fan-Festen und den zahlreichen anderen WM-Events in den Innenstädten kommen. Aber wer täglich 27 Mio. Menschen bewegt, für den sind 10 Mio. zusätzlich in vier Wochen ein leichtes Spiel.

Damit Deutschland mobil bleibt
Busse & Bahnen

www.mit-bus-und-bahn-zur-wm.de

Deutscher Gemeindekongress:

Die Gewerbesteuer ist derzeit ohne Alternative

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, sieht in der Debatte um die Unternehmenssteuerreform immer noch keinen überzeugenden Ersatz für die Gewerbesteuer. „Wenn es gelingt, als Ersatz für die Gewerbesteuer ein System zu entwickeln, das die nötigen Grundvoraussetzungen erfüllt, werden sich die Städte nicht verschließen. Aber davon sind wir weit entfernt. Die Städte und Gemeinden müssen für die verfassungsrechtlich garantierte wirtschaftskraftbezogene eigene Steuer kämpfen“, sagte Ude beim Deutschen Gemeindekongress des DStGB in Berlin.

„Niemand werden wir uns mit Zuweisungen statt mit einer eigenen Steuer abspesen lassen. Der Erhalt einer wirtschaftskraftbezogenen Gemeindesteuer mit eigenem Hebesatzrecht steht nicht zur Disposition und ist für uns die Leitschnur in den anstehenden Gesprächen und Diskussionen“, so Ude.

Ehrgeiziges Unterfangen

Er verwies darauf, dass die Städte und Gemeinden nach den Ergebnissen der in der vergangenen Woche abgeschlossenen Steuerschätzung im Jahr 2006 voraussichtlich 28,1 Milliarden Euro Einnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage durch die wichtigste städtische Steuer zu erwarten haben. Dafür einen adäquaten Ersatz zu finden nannte Ude ein ehrgeiziges Unterfangen, an dem bisher noch alle gescheitert seien.

Gemeinsamkeiten

Der Städtetagspräsident hob auf dem Gemeindekongress des Schwesterverbandes hervor, dass sich Städtetag sowie Städ-

te- und Gemeindebund im Hinblick auf die anstehenden Beratungen zur Unternehmenssteuerreform völlig einig seien und gemeinsam die Voraussetzungen formuliert hätten, die in der Diskussion um die Zukunft der Gewerbesteuer unabdingbar erfüllt werden müssten. Auch in vielen anderen Fragen gebe es Gemeinsamkeiten zwischen Städtetag und Städte- und Gemeindebund, etwa bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Steigende Tendenz

Ude erinnerte daran, dass beide Verbände angetreten waren, die Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Heute zeige sich: Nach den Zahlen des Bundes habe das alte System vor Einführung des Sozialgesetzbuches II im Jahre 2004 insgesamt 38,6 Milliarden Euro gekostet. 2005 seien es im neuen System 44,4 Milliarden Euro gewesen mit dramatisch steigender Tendenz für 2006: „Wir können froh sein, dass der Bund in der Verantwortung geblieben ist und

selbst daran Interesse haben muss, den ungebremsten Anstieg zu stoppen. Wären die Kommunen allein verantwortlich, würde dieses Interesse weniger stark ausgeprägt sein.“

Mehr Steuergerechtigkeit

Unterdessen begrüßte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs OB Hans Schaidinger, Erwägungen von Finanzminister Peer Stein-

www.der-flexible-raum.de

Container
Raummodule
Hallensysteme

brück, neben dem Gewinn der Unternehmen auch deren Zinsen, Pachten und Leasingraten bei der Berechnung der Gewerbesteuer einzubeziehen und zudem Freiberufler und Selbstständige zur Gewerbesteuer heranzuziehen.

Schaidinger zufolge würde dies einerseits zu mehr Steuere-

rechtigkeit und zur Bevorzugung des Eigenkapitals führen. Darüber hinaus könnten die Steuersätze erheblich gesenkt werden.

Der Städtetagsvorsitzende appellierte an die Koalitionsfraktionen, diesen Weg mitzugehen. Er wies darauf hin, dass das Argument, die Gewerbesteuer wäre im europäischen Vergleich wettbewerbsverzerrend, nicht stichhaltig ist. Er beruft sich dabei auf den Bundesfinanzhof. Dieser hat in einer Begründung zu einem Urteil vom September 2003 festgehalten, dass beispielsweise Luxemburg eine Steuer erhebt, die mit der deutschen Gewerbesteuer bis ins Detail vergleichbar ist und historisch auf dieser beruht.

Vergleichbare Elemente

In Österreich wiederum müssten die Unternehmer eine Kommunalsteuer entrichten, die sich nach der Lohnsumme, also einer der Bemessungsgrundlagen der früheren Gewerbesteuer bemisst. Auch die französische „taxe professionnelle“ stelle eine Kombination aus Lohnsummen und Gewerbesteuer dar und sei insoweit mit der Gewerbesteuer vergleichbar; gleiches gelte für Italien. In einer ganzen Reihe weiterer Staaten fänden sich in staatlichen und lokalen Steuern Elemente wieder, die denen der deutschen Gewerbesteuer vergleichbar sind. **DK**

BayernLB verstärkt Vorstand

Dr. Michael Kemmer übernimmt die Zuständigkeit für Bilanzen, Steuern, Controlling und Treasury

München - Zur weiteren Umsetzung der Strategie der BayernLB hat der Verwaltungsrat der BayernLB mit Wirkung zum 1. Juli 2006 Michael Kemmer (49) zum Mitglied des Vorstandes berufen. Kemmer übernimmt die Zuständigkeit für Bilanzen, Steuern und Controlling (Chief Financial Officer) sowie das Treasury.

Nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre, Promotion und Steuerberaterprüfung sammelte Herr Kemmer umfassende Berufserfahrung im Rechnungswesen der Bayerischen Vereinsbank und der DG Bank. Von 1996 bis Mai 2003 leitete er das Konzernrechnungswesen bei der Bayerischen Vereinsbank bzw. der Hypo Vereinsbank. Von Juni 2003 bis Dezember 2005 war Herr Kemmer Mitglied des Vorstandes der Hypo Vereinsbank. Die BayernLB ist überzeugt, dass Herr Kemmer aufgrund seiner umfangreichen Erfahrung in seiner früheren Tätigkeit einen wichtigen Beitrag zur weiteren Stärkung der BayernLB leisten wird. **□**

Rathaus-SPD:

EU-Projekte steigern Qualität an Kindertagesstätten

Die Rathaus-SPD will die pädagogische Qualität der Kindertagesstätten permanent sichern. Ein Baustein ist die Teilnahme an von der EU finanzierten Projekten. „Ziele sind die Bildung und Betreuung der Kinder auf internationalem Niveau, Fortbildung des Fachpersonals, Qualitätssicherung auf Basis internationaler Standards und Chancengleichheit für Kinder mit sozialer Benachteiligung“, erklärt SPD-Schulsprecher Haimo Liebich. Derzeit laufen Projekte an vier Einrichtungen, eines ist bereits abgeschlossen.

„Kinder profitieren nachhaltig: Unabhängig vom Elternhaus ist es ihnen in der frühen Kindheit möglich, Erfahrungen über den eigenen Kulturkreis hinaus zu sammeln“, so Schulsprecherin Diana Stachowitz. Zudem könne das Fachpersonal durch internationale Vergleiche seine pädagogischen Arbeit weiter professionalisieren.

Umgang mit Neuem

Haimo Liebich: „Die Erfahrungen und der Austausch mit Kindern aus anderen Nationen ist besonders für Kinder aus benachteiligten Familien von Bedeutung. Denn meist verfügen sie nicht im häuslichen Rahmen über Computer und Internet oder machen in den Ferien Auslandsreisen. Über die EU-Projekte lernen sie den selbstverständlichen Umgang mit Neuem und Anderem.“

Elternarbeit gewinnt

Diana Stachowitz: „Unsere Erfahrung ist es, dass mit den EU-Projekten auch die Elternarbeit gewinnt. Durch hohe Transparenz und Dokumentation in Bildern, Fotos, Ausstellungen oder Lieder-CDs entwickeln Eltern, die bisher die Erziehung weniger bildungsbewusst angehen, ein ausgeprägtes Interesse am Erleben ihrer Kinder und am Geschehen in den Kindertageseinrichtungen.“

Die Projekte lauten:

- We have friends everywhere
- Building a sensitive Europe
- Chancengleichheit für Jungen und Mädchen durch frühkindliche Erziehung
- Lebenslanges Lernen von Sprachen
- Frieden durch Kunst und Spiele

Abgeschlossen ist das Projekt Brauchtum und Tradition. **□**

„Menschen für Menschen“:

Erfolgreiche Städtewette

Über 2 Mio. Euro an Spenden - Bildungssituation soll verbessert werden

Seit dem 1. April 2006 standen 21 Kommunen in Deutschland ganz im Zeichen von Städtewetten. Zum 25-jährigen Bestehen der Stiftung „Menschen für Menschen“ hatten ihre Rathauschefs mit Karlheinz Böhm, dem Gründer der Äthiopienhilfe, gewettet, dass jeder dritte Einwohner ihrer Stadt bis zum 11. Mai 2006 1 Euro für die Äthiopienhilfe spenden würde.

Gewinner sind die Kinder

Das Ergebnis der Aktion: Die Städte Augsburg, Bremen, Darmstadt, Friedrichshafen, Heidelberg, Karlsruhe, Koblenz, Mainz, Mannheim, München, Neuburg a. d. Donau, Nürnberg, Offenburg, Passau, Pfaffenhofen, Radolfzell, Weimar, Wiesbaden und Wolfsburg gewannen ihre Wette gegen Karlheinz Böhm. In Gera und Halle wurde das Spendenziel nicht erreicht. Doch gibt es im Grunde nur Gewinner - die Kinder Äthiopiens, denn von den insgesamt über 2 Mio. Euro wird Menschen für Menschen 10 neue Schulen bauen und zahlreiche Klassenzimmer mit Schulmöbeln ausstatten.

In den Gewinnerstädten hat Karlheinz Böhm bereits begonnen, seinen Wetteinsatz einzulösen und den Bürgerinnen und Bürgern über seine Arbeit in Äthiopien zu berichten. Die ersten Termine nahm er in Pfaffenhofen und in Nürnberg wahr. **DK**

Solarpark der Marktgemeinde Hohenburg in Betrieb:

Größtes kommunales Solarstromprojekt Bayerns

Sunline AG Generalunternehmer für Vorzeige-PV-Anlage - Gemeinde investiert 5,3 Mio Euro über Kommunal-Serviceunternehmen SERVfKOM

Hohenburg/Fürth - Bürgermeister Gerd Schärl nennt es das „Leuchtturmprojekt Solarpark Hohenburg“: Trotz eines extremen Winters konnte der Generalunternehmer, die Sunline AG aus dem mittelfränkischen Fürth, die beispielhafte kommunale 1,14 Megawatt-Photovoltaikanlage (PV-Anlage) der Oberpfälzer Marktgemeinde nach nur drei Monaten Bauzeit frist- und kostengerecht übergeben. Die ca. 5-Mio-Euro-Investition der gemeindlichen Solarpark Hohenburg GmbH ist die höchste in der Geschichte der 1.800-Einwohner-Kommune.

In den vergangenen Monaten entstand auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände im Hohenburger Ortsteil Adertshausen laut SERVfKOM „die größte kommunale PV-Anlage in Bayern“. Neuartig an diesem großen Solarstromsystem ist, dass die Modulgestelle sowohl auf Bodenflächen als auch auf Gebäuden wie beispielsweise Bunkern des ehemaligen Munitions- und Treibstofflagers montiert wurden: Bei gut einem Viertel der PV-Anlage kommt so die höhere Einspeisevergütung für Solarstrom von Dächern zur Anrechnung. Der örtliche Stromnetzbetreiber „E.ON Bayern war dafür ein wichtiger Kooperationspartner“, was Hohenburgs Bürgermeister Gerhard Schärl lobend erwähnte.

Gäste aus China

Nicht nur der Parlamentarische Staatssekretär aus dem Bundes-Landwirtschaftsministerium Dr. Gerd Müller war aus Berlin zur Einweihungsfeier auf den ehemaligen Militärlagerplatz im Landkreis Amberg-Regensburg gekommen: Sogar aus der 3,5-Millionen-Einwohner-Metropole Baoding nahe Peking waren Gäste angereist.

Wertschätzung

Hohenburgs Gemeindechef Schärl begrüßte besonders Baoding's Oberbürgermeister Yu Qun sowie Ding Qiang, den Manager eines chinesischen Solarmodulherstellers. Vor allem aber lobte Bürgermeister Schärl die Arbeit der Sunline AG: Die „war in der Lage, am fast leeren PV-Markt die notwendigen, TÜV-geprüften Module zu finden: Wir hatten mit der Sunline AG die richtigen Verbündeten“, ergänzte Schärl. Sunline-Lob ebenso aus China: Auch der fernöstliche Solarmanager Qiang stellte die „sehr gute Zusammenarbeit mit der

Sunline AG“ heraus. Laut Sunline-Vorstand Wolfgang Wismeth besteht diese Wertschätzung beiderseits: „Diese Kooperation soll noch weiter ausgebaut werden“, erklärte er im Hinblick auf die neue Solarmodulfabrik, die bei den Chinesen zurzeit entsteht, und bei deren Grundsteinlegung der Sunline-Chef „dabei sein durfte.“

„Keimzelle Bioenergie“

„Die Biokraftstoff-Besteuerung muss wieder weg!“ Obwohl für Landwirtschaftsstaatssekretär Dr. Gerd Müller „die Energiefrage die Zukunftsfrage Deutschlands“ und „die Bioenergie ein Stück eigene Freiheit“ seien, plant die Bundesregierung bekanntlich, Kraftstoffe auf pflanzlicher Basis stärker zu besteuern. Dagegen wandte sich Sunline-Vorstand Wismeth entschieden: „Die Besteuerung von Pflanzenöl muss wieder weg!“ forderte er. Im Gegenzug versprach Wismeth, den Gewerbesteuern der Hohenburg zur „Keimzelle Bioenergie“ seines Unternehmens zu machen und hier Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Fürther Solartechnik-Systemhaus Sunline AG (entstanden aus der GWU-Solar GmbH) entwickelt, produziert, liefert und installiert mit über 40 Mitarbeitern seit über 20 Jahren Systeme und Produkte für Solarstrom weltweit. (www.solartechnik.de) Sunline AG Vorstand: Wolfgang Wismeth (Dipl.-Kfm.); Michael Schatz Aufsichtsratsvorsitzender; Kurt Reinhardt; Tel: +49-911-791019-0 Fax: +49-911-791019-17 Email: info@sunline-ag.com Hans-Vogel-Straße 22 90765 Fürth - Germany Internet: www.sunline-ag.com Geschäftssitz: 90765 Fürth. **□**

Bezirk Schwaben zur Popularklage

Asbach-Bäumenheim (pm). Der Bezirk Schwaben ist bereit, eine Aussetzung der von den Bezirken Schwaben und Oberbayern sowie zahlreichen Landkreisen und Gemeinden beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereichten Popularklage wegen des Finanzausgleiches nach Artikel 15 und der grundsätzlichen Finanzausstattung der Kommunen in Erwägung zu ziehen, wenn der Freistaat „messbar, nachprüfbar und verlässlich“ gewisse Voraussetzungen erfüllt. Dies beschloss der schwäbische Bezirkstag mit sechs Gegenstimmen nach intensiver Diskussion.

Die vom Bezirkstag benannten Voraussetzungen sind:

- eine grundlegende strukturelle Neuordnung des Finanzausgleichsystems, damit die Kommunalfinanzien nicht den Zufälligkeiten der konjunkturellen Entwicklung ausgesetzt sind
- eine Verbesserung im Hinblick auf die strukturelle Benachteiligung der schwäbischen und oberbayerischen Landkreise, die derzeit in der Finanzkraft Bayerns das Schlusslicht bilden
- die Erfüllung der Zusage zur Übernahme aller Mehrbelastungen aus Hartz IV durch den Freistaat Bayern
- ein finanzieller Beitrag des Freistaats zum Ausgleich der Steigerung der Fallzahlen in der Sozialhilfe und den Auswirkungen der demographischen Entwicklung.

„Freundliches Signal“

Die Popularklage war im Oktober 2005 vom Bezirk Schwaben gemeinsam mit dem Bezirk Oberbayern, allen schwäbischen Landkreisen und kreisfreien Städten, sowie über 230 schwäbischen Kommunen und 20 oberbayerischen Landkreisen eingereicht worden. Die Klageerweiterungsfrist für das bayerische Finanzministerium läuft bis zum 31. Mai 2006. Bei einer Besprechung, an der die Bezirkstagspräsidenten Reichert und Jungwirth sowie Ver-

treter der kommunalen Spitzenverbände in Schwaben vergangene Woche teilgenommen hatten, war vereinbart worden, dem Finanzministerium unter der Bedingung, dass bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, ein „freundliches Signal“ vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen Gremien zu geben, so Schwabens Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert. **□**

Sicheres Bezahlen im Internet

Für Online-Shopper gibt es jetzt mit giropay ein neues Online-Bezahlverfahren, mit dem sie Waren und Dienstleistungen einfach, schnell und sicher bezahlen können.

Die Postbank, die Sparkassen-Finanzgruppe sowie die IT-Dienstleister der Volksbanken und Raiffeisenbanken, FIDUCIA IT und GAD, haben gemeinsam giropay entwickelt, um Einkaufen im Internet noch komfortabler zu machen. Als strategischer Partner der ersten Stunde bietet PayPal, der Zahlungsservice von eBay, seinen Kunden bereits zum Start das neue Bezahlverfahren an. Durch die bereits existierende Endkunden- und Händlerbasis garantiert PayPal sowohl eine breite Akzeptanz als auch eine schnelle Verbreitung von giropay. **□**

Kommunen und Privatwirtschaft in der Metropolregion:

Top-Wirtschaftsförderung

Forum der IHK Nürnberg für Mittelfranken

Eine Aufforderung für Entscheider aus Politik und Wirtschaft zum aktiven Dialog war das von der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken initiierte Forum „Wirtschaftsförderung vor Ort - Zusammenarbeit von Kommunen und Privatwirtschaft in der Metropolregion“. Beispiele aus der Praxis zeigten mögliche Lösungswege auf.

Nach der Entscheidung der Raumordnungsministerkonferenz, die Region Nürnberg in den Kreis der Metropolregionen aufzunehmen, gilt es nach Auffassung der IHK, jetzt keine Zeit zu verlieren. Sinnvoll sei es, den Anfangsschwung zu nutzen, um die gemeinsame Strategie mit konkreten Arbeitsaufträgen schnell und in effiziente Strukturen und Projekte umzusetzen, erklärte Dr. Hans-Joachim Lindstadt von der IHK Nürnberg für Mittelfranken.

Neue Partner einbinden und vernetzen

Für den Bereich der Wirtschaft bestehe mit dem erfolgreich umgesetzten Entwicklungsleitbild bereits eine tragfähige Handlungsgrundlage. Jetzt komme es darauf an, dieses Leitbild in den vergrößerten räumlichen Zusammenhang zu stellen und die neu hinzugekommenen Partner einzubinden und zu vernetzen.

Resolution

Die sechs technologischen Cluster Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, Medizin und Pharma, Neue Materialien, Energie und Umwelt sowie Automation und Produktionstechnik zeichneten sich bereits durch einen hohen Grad an Vernetzung in der Region aus. Sehr gut ausgebaut sei die Integration innerhalb der neuen Metropolregion bei den

Clustern Neue Materialien und Automation.

Dem Ausbau der wissenschaftlichen und technischen Potenziale, insbesondere der verstärkten Zusammenarbeit der Wissenschafts- und Technologieregionen in Nordbayern komme besondere Bedeutung zu. Dies wird auch in einer Resolution der nordbayerischen Industrie- und Handelskammern nachdrücklich unterstützt. Für die internationale Wahrnehmung sei entscheidend, dass die innovativen Kernkompetenzen der Region im Marketingkonzept künftig in den Vordergrund gestellt werden, so Lindstadt.

Cluster-Offensive Bayern

Als ein neues Element der Modernisierungsstrategie zum Ausbau des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bayern, die konsequent auf der bayerischen High-Tech-Offensive aufbaut, bezeichnete Dr. Markus Wittmann, Ansiedlungsbeauftragter Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, die Cluster-Offensive Bayern. Sie zielt auf die landesweite Vernetzung der Potenziale aus Wirtschaft und Wissenschaft in 19 definierten Branchen- und Kompetenzclustern, um so Innovations- und Produktivitätspotenziale in diesen Clustern zu aktivieren. Flankiert werde die Cluster-Offensive durch eine zweite Säule der Allianz Bayern Innovativ, mit der

regionale Netzwerke über Branchengrenzen hinweg gestärkt werden sollen.

Hohes Maß an Kompetenzen

Heute bereits wiesen die 19 Cluster ein erhebliches Maß an Kompetenzen auf: die Durchgängigkeit der Wertschöpfungsketten, das Umfeld aus wichtigen Anwenderbranchen, die Effizienz und Anwendungsorientierung in der Forschung sowie die Verfügbarkeit hoch qualifizierter Mitarbeiter.

Grundlage für Entwicklung neuer Produkte

Die bayerische Cluster-Offensive knüpfe mit ihren Aktivitäten an diese Fähigkeiten an und forcieren die Netzwerkbildung zwischen beteiligten Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Dies diene als Grundlage für die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren sowie für die Positionierung der Unternehmen auf Wachstumsmärkten, sagte Wittmann.

PPP in der Praxis

Wie Public Private Partnership in der Praxis aussehen kann, dafür ist das Thermalbad Fürth ein glänzendes Beispiel. Die infra fürth Unternehmensgruppe als Bäderbetreiber und der Fürther Stadtrat einigten sich darauf, nicht nur ein Zweckbad zu schaffen, sondern einen Besuchermagneten für die gesamte Region, der keine zusätzlichen Betriebsdefizite erzeugt, Vereine und Schulen berücksichtigt und ohne Baukostenrisiko erstellt werden kann.

Fürther Beispiel

Die Stadt Fürth entschied sich für einen attraktiven Bäderstandort am Scherbsgraben und beauftragte die infra fürth mit der Projektrealisierung Thermal- und Erlebnisbad Fürth. Vorarbeiten für diesen Beschluss waren:

- Standortwahl innerhalb des Stadtgebietes und marktwirtschaftliche Absicherung der Standortwahl durch die Machbarkeitsstudie.
- Festlegung des Bäderanforderungsprofils in Abstimmung mit den künftigen Nutzern, um

spätere Interessenskonflikte oder auch mangelnde Akzeptanz zu vermeiden.

- Abstimmung des künftig möglichen jährlichen Zuschusses mit der Stadt Fürth und der Regierung von Mittelfranken (Rechtsaufsicht).
- Festlegung auf ein PPP-Modell, um größtmögliche Planungs- und Kostensicherheit zu erreichen.
- Positive Stimmung für das Badprojekt in der Bevölkerung erzeugen.

Erkenntnisse

Aus der europaweiten Ausschreibung des PPP-Projektes wurden folgende Erkenntnisse gezogen:

- Die konkrete Vorgabe von Mindeststandards bei Planung, Bau, Betrieb und Finanzierung ist wichtig für die spätere Auswertung und Vergleichbarkeit der Angebote und hält minderqualifizierte Anbieter von der Angebotsabgabe ab.
- Die rechtzeitige Beauftragung von geeigneten Beratern für die technische und rechtliche Betreuung bei Erstellung und Auswertung der Baukonzessionsausschreibung ist sinnvoll.
- Die Qualität der Anbieterkonsortien und deren spätere Angebote sind trotz genauer Vorgaben im Präqualifikationsverfahren nicht von Anfang an einschätzbar.
- Wirklich erfahrene Nachfrager für Baukonzessionen im Bäderbereich sind dünn gesät, was den späteren Verhandlungsspielraum mangels geeigneter Anbieter einschränken kann.
- Aktive Werbung für die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren ist deshalb empfehlenswert. **DK**

Oberfränkische Landräte:

Klare Förderpräferenz im Visier

In einem Schreiben an Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Wirtschaftsminister Erwin Huber haben u. a. die Landräte Dr. Klaus-Günter Diemel (Bayreuth) und Reinhard Leutner (Lichtenfels) deutlich gemacht, dass die Festlegung der Fördergebietskulisse „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ durch die Bayerische Staatsregierung in Teilen Oberfrankens erhebliches Unverständnis und große Verärgerung ausgelöst hat. Der Grund: Die Landkreise Bayreuth, Lichtenfels und auch weite Teile des Landkreises Coburg wurden nicht in die C-Kulisse einbezogen, obwohl Strukturprobleme und Arbeitslosigkeit in diesen Teilen Oberfrankens wesentlich höher seien als in Teilen der Stadt Weiden und der Landkreise Neustadt/Waldnaab und Passau, die sich in der C-Kulisse der GA-Förderung befinden.

Die Politiker fordern deshalb diesen Nachteil für die von erheblichen Wirtschaftsstruktur- und Arbeitsmarktproblemen betroffenen Teile Oberfrankens auszugleichen. Auf Initiative des Bayreuther CSU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk hatte zu diesem Thema ein Fachgespräch der Unterzeichner der Briefe an Ministerpräsident Stoiber und Staatsminister Huber mit Regierungspräsident Hans Angerer in Bayreuth stattgefunden.

Dem Vernehmen nach sind für die bayerischen Grenzregionen Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken von Seiten der Bayerischen Staatsregierung die Hälfte der 400 Mio. aus dem „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung - EFRE-Fördermittel“ vorgesehen. Zusammen mit der besonderen EU-Grenzregionenförderung von 75 Mio. - sie war von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf EU-Ebene durchgesetzt worden - stehen damit in den nächsten

Jahren 275 Mio. Euro zur Verfügung. Es müsse, so die Politiker, sichergestellt werden, dass die in der D-Kulisse befindlichen Landkreise Bayreuth, Lichtenfels und Teile des Landkreises Coburg von diesen Fördermitteln in besonderem Maße Gebrauch machen können, was Unternehmensgründungen, innovative Investitionsvorhaben, aber auch Regionalmanagement einschließlich der Verbesserung der touristischen Infrastruktur anbelangt. Zudem fordern sie den Freistaat Bayern auf, er solle sich nachhaltig gemeinsam mit dem Bund gegenüber der EU-Kommission dafür einsetzen, dass auch aus diesen Mitteln direkte Unternehmensförderung erfolgen kann.

Nur so lässt sich nach Überzeugung der Landräte der politische Schaden abwenden, der durch die Nichteinbeziehung strukturschwacher und von hoher Arbeitslosigkeit betroffener Teile Oberfrankens in die C-Fördergebietskulisse der GA-Förderung entstanden ist. **DK**

Bürgerfest Straubing 2006

Feiern im Herzen der Stadt - Shopping Night - „Straubing grüßt die Welt“

Feiern wird in Straubing groß geschrieben, dies zeigt nicht nur die fünfte Jahreszeit im August mit dem überregional bekannten und beliebten Gäubodenvolksfest, sondern auch Jazz und Klassik an der Donau, Blual oder die Agnes-Bernauer-Festspiele.

Im Jahr 2006 wird der Reigen dieser bekannten Festlichkeiten durch das im 2-jährigen Turnus stattfindende Bürgerfest noch erweitert. Vom 23. bis 25. Juni 2006 feiern bis zu 150.000 Bürger aus Nah und Fern im Herzen der Herzogsstadt.

Rund um den Stadtturm, auf ca. einem halben Dutzend Bühnen, werden die Gäste von einem umfangreichen Programm begeistert sein. Ein vielfältiges und buntes Programm - eine Mischung aus Musik und Kultur, Spiel und Spaß - erwartet die Gäste ebenso wie Gastronomie höchster Qualität.

Internationaler Charakter

Das diesjährige Motto ist angelehnt an das Großereignis in Deutschland, die Fifa-Fußball-WM 2006 und heißt entsprechend „Straubing grüßt die Welt“. Viele der Gastronomen und Anbieter richten ihre Angebote entsprechend der Teilnehmerländer bzw. exotischen Regionen aus. Auch ein vielfältiges Musikprogramm unterstreicht den internationalen Charakter: traditionell bayerische Musik, rockig, ruhig oder auch topaktuell.

Auch Kleinkunst-Fans werden auf ihre Kosten kommen. Mit Michael Fitz und der Monaco Bagage konnten namhafte Künstler für das Straubinger Bürgerfest gewonnen werden.

Ein besonderes Schmankerl erwartet die Modebewussten am Freitagabend mit einer „Shopping Night“ der Straubinger Einzelhändler und einer Modenschau am Samstag. Das Straubinger Bürgerfest öffnet seine Pforten am Freitag 18 - 24 Uhr, Samstag 10 - 24 Uhr und Sonntag 10 - 22 Uhr. □

Tourismusworkshop in Elsenfeld:

Informationsbörse für das Maintal

In Zusammenarbeit mit der PROJECT M Tourismus-Beratung GmbH aus Lüneburg veranstaltete das Landratsamt Miltenberg einen Workshop in der Untermainhalle in Elsenfeld. Landrat Roland Schwing eröffnete die Veranstaltung. Ziel des Workshops war es, Themen wie Weintourismus, regionale Produkte, Veranstaltungen, Events, Radfahren, Wandern, Shoppingtourismus, weitere Ideen und Projekte sowie Maßnahmen zu sammeln. Bei dieser Veranstaltung wurden die Stärken der Region herausgearbeitet. Nach dem Ende fand ein weiterer unbeschwerter Austausch unter den anwesenden Teilnehmern statt.

Der Tourismusworkshop dient zudem als wichtiger Baustein in der inhaltlichen Erarbeitung einer Tourismuskonzeption und damit der Konkretisierung der Vermarktungspotenziale des Maintales im Landkreis Miltenberg.

Gemeinsam zum Erfolg

Wichtig für einen gemeinsamen Erfolg in der Region ist die aktive, konstruktive und ziel-

orientierte Mitarbeit aller relevanten Tourismusbeteiligten: den Gastronomen, den Beherbergungsbetrieben, den Winzern, den Kulturbeauftragten, den Vereinen, der heimischen Industrie, den Tourismusverantwortlichen und der politischen Vertreter sowie der Kommunen. Der Landkreis Miltenberg ist bereits stark, kann aber nur durch gemeinsame Aktivitäten noch stärker werden. □

Die große Textsammlung zum bayerischen Landesrecht



Neu mit Stand März 2006:

- die Neubekanntmachung des Bayerischen Naturschutzgesetzes,
- das neue Bayerische Disziplinar-gesetz.

Des Weiteren wurden sämtliche in der Sammlung enthaltenen Gesetze und Verordnungen den ergangenen Gesetzesänderungen angepasst.

Der »Ziegler-Tremel«

ist die umfassende Textsammlung zum Bayerischen Verwaltungs- und Verfassungsrecht. Sie enthält, alphabetisch geordnet, die in Praxis und Ausbildung wichtigen Gesetze und Verordnungen. Das Werk bietet im übrigen umfassende Verweisungen auf andere Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Bekanntmachungen.

Fax-Coupon

Exempl. 3-406-45217-5
Ziegler/Tremel, Verwaltungsgesetze des Freistaates Bayern
92. Auflage, 2006. Rd. 3.280 Seiten. Im Ordner € 45,-
Ergänzungslieferungen erhalten Sie bis auf Widerruf.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum/Unterschrift _____ 136566

Bei schriftlicher oder elektronischer Bestellung haben Sie das Recht, die Ware innerhalb von 2 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihren Lieferanten (Buchhändler, beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck, c/o Nördlinger Verlagsservice, Augsburg Str. 67a, 86720 Nördlingen) zurückzugeben, wobei die vollständige Abrechnung genügt. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Lieferant. Ihr Verlag C.H. Beck oHG, Wilhelmstr. 9, 80331 München.

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck - 80791 München
Fax: 089/38189-402 - www.beck.de

Restriktive Sparpolitik zu Lasten des Ländlichen Raums

Unterfränkische Landräte im Gespräch mit Staatsminister Eberhard Sinner

Eine weitere eklatante Benachteiligung des ländlichen Raums befürchten die unterfränkischen Landräte, Vertreter des Bayerischen Gemeindetages und die Verkehrsunternehmer durch die vom Freistaat Bayern geplante Aussetzung der Förderung für die Beschaffung von Bussen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für die Jahre 2007 und 2008. Dieser Personenkreis formulierte daher bei einer Besprechung in Hafellohr einen scharfen Protest gegen diese Maßnahme, die wieder die Einwohner in den Landkreisen treffen wird.

Aus diesem Grund hat Landrat Harald Leitherer in seiner Funktion als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Mainfranken NETZ (Nahverkehrsentwicklung + tarifliche Zusammenarbeit) zu einem Informationsgespräch mit Staatsminister Eberhard Sinner eingeladen.

Zentren bleiben verschont

Denn „durch die restriktive Sparpolitik der Bayerischen Staatsregierung blutet der ländliche Raum in Bayern aus“, sagte Landrat Leitherer gleich zu Beginn des Gesprächs, an dem auch Landrat Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld), stellvertretender Landrat Roland Metz (Main-Spessart), Bürgermeister und Vorsitzender für

Unterfranken des Bayerischen Gemeindetages Josef Mend, dem Sachgebietsleiter ÖPNV bei der Regierung von Unterfranken, Heiko Brückner, weitere Vertreter der Aufgabenträger aus den Landkreisen der Regionen 2 und 3 sowie Vertreter der OVF GmbH und der privaten Busunternehmer teilnahmen. „Nur die Gebiete um die bayerischen Zentren München, Nürnberg und Augsburg werden hier verschont“, ergänzte der Vorsitzende.

ÖPNV-Kunden als Leidtragende

Der bayerische Staatsminister Erwin Huber setzt bereits 2006 die Einsparungen durch Mittelkürzungen um, die eigentlich

erst für 2007 gedacht waren. Durch die 20-prozentigen Kürzungen bei der Busförderung in diesem Jahr und der kompletten Streichung für 2007 und 2008 sind die Kunden des ÖPNV die Leidtragenden. Die Arbeitnehmer werden durch die Kürzung der Pendlerpauschale bestraft und müssen Tarifierhöhungen bei Bus und Bahn in Kauf nehmen, die durch die Politik und den immensen Spritpreisen anstehen. Diese einschneidenden Maßnahmen müssten zu einer erheblichen Verteuerung der Tarife, in zweistelliger Höhe, führen.

Enorme Einbußen

Die Aussetzung der Busförderung widerspricht den Zielen des Landesentwicklungsprogramms, in dem eine stabile Flächenbedienungs, eine Verbesserung der Qualität und damit ein Stück Gleichwertigkeit festgeschrieben ist, erklärten alle Beteiligten. Auch das Bayerische ÖPNV-Gesetz von 1994 stellt die Sicherung des ÖPNV und SPNV (Schiene) dar.

Die bereits durchgeführten Kürzungen durch das so genannte „Koch-Steinbrück-Papier“ führen damit zu enormen Einbußen bei den Busunternehmern und auch den Kommunalunternehmen des ÖPNV. Seit 2002 wurden die „Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr“ gekürzt und betragen nun einschneidende 18 Prozent.

Bus ist Nummer eins

Der unterfränkische Bezirksvorsitzende der Bayerischen Omnibusunternehmer (LBO), Franz Josef Grasmann, zeigt auf, dass im Personennahverkehr der Bus in Bayern immer noch die Nummer 1 ist. Als Grundlage dienen die Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik: „Mit dem Bus werden jährlich 746 Millionen, mit Straßen- und U-Bahnen 602 Millionen und im Schienenverkehr 194 Millionen Fahrgäste befördert“, so Grasmann. Ferner stellte er fest, dass der Schienenverkehr mit 2,30 Euro

und der Busverkehr lediglich mit 0,10 Euro pro Beförderungsfahrt subventioniert wird.

Die Verkehrsunternehmer informierten, dass im Zeitraum von 2003 bis 2004 bisher über 160 Verkehrsunternehmer ihren Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben mussten.

Die Kommunen erhalten vom Freistaat Bayern eine jährliche ÖPNV-Zuweisung, die für ihre Belange eingesetzt werden. Diese Mittel wurden in den letzten Jahren bereits bis zu 37 Prozent gekürzt. Durch die verschiedenen Schulreformen wie R 6 und G 8 entstehen zwischenzeitlich bei den Kommunen, für die anfallenden zusätzlichen Fahrten, hohe finanzielle Belastungen.

Nötige Folgeschätzung

Um für die Zukunft die richtigen politischen Entscheidungen treffen zu können, bedarf es einer Folgeschätzung über die Auswirkungen der bereits getätigten und neuen, vorgesehenen Sparbeschlüsse. Daher sollte das gesamte Nahverkehrsangebot für Bayern von Bus und Schiene transparent dargestellt werden.

Wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge

Der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Theo Zellner, hat bereits vor einer Kürzung der Regionalisierungsmittel gewarnt: „Öffentliche Mittel für den Personennahverkehr sind weder Luxusausgaben noch Subventionen. Sie dienen wichtigen öffentlichen Interessen, besonders dem Umweltschutz und der Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr. Der ÖPNV stellt eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge dar, die im verfassungsrechtlichen Sozialstaatsprinzip begründet ist.“

Nachhaltige Politik gefordert

Bedingt durch die demographische Entwicklung insbesondere im ländlichen Bereich, ist eine nachhaltige Politik gefordert. Staatsminister Sinner wird die Anliegen des Kabinetts vortragen. Er versicherte, dass er über die Ergebnisse aus München die Arbeitsgemeinschaft Mainfranken NETZ unterrichten und hierüber einen neuen Besprechungstermin vereinbaren wird.

Oberbayerisches FDP-Mandatsträgertreffen:

Liberaler Erfolg in der Kommune

Bei einem Treffen oberbayerischer FDP-Mandatsträger stand die erfolgreiche Merching FDP-Bürgermeisterin Brigitte Meyer den zahlreichen Gästen Rede und Antwort. Ihr Vortrag zum Thema „Erfolgreiches liberales Engagement in der Kommune“ umfasste den Bericht über den Einsatz einer Liberalen in ein „schwarzes“ Rathaus und zehn Jahre liberalen Einsatz vor Ort.

Brigitte Meyer übernahm 1996 das Bürgermeisteramt gegen drei weitere Kandidaten der durch den Bau einer Mehrzweckhalle verschuldeten Gemeinde Merching im Landkreis Aichach-Friedberg. Zunächst schaffte sie die Konsolidierung des Haushalts und kann somit heute alle Maßnahmen aus Rücklagen finanzieren.

Lob von Beckstein

Für die stabile Haushaltslage erntete sie sogar Lob von Innenminister Günther Beckstein, wie sie stolz berichtete. 2002 erneut angetreten, erhielt Meyer 70 Prozent der Stimmen. Die FDP-Politikerin vertritt vehement bürgernahe Politik, sei es beim Thema Gewerbegebiet-Erschließung, bei Neubaugebieten oder bei der Straßenausbausat-

zung. Ihr konsequent verfolgtes Motto lautet: „Was ich dem einen zugestehe, muss ich jedem anderen auch zugestehen.“

Vorbereitung auf Kommunalwahlen

Nachdem Dr. Daniel Volk über die Bezirks-Klausurtagung und das Strategiepapier des FDP-Landesvorstandes Bayern für die Kommunalwahlen 2008 berichtet hatte, referierte der Vorsitzende der Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker, Ulrich Bode, über die Vorbereitung auf die Wahlen 2008. In der folgenden angeregten Diskussion wurden viele Hinweise zu Wahlstrategien und -slogans, Organisation, Kandidatensuche, Listenaufstellung und weitere Formalia besprochen. **DK**



Die unterfränkischen Landräte mit Europaminister Eberhard Sinner (Mitte).

„Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft“:

Landkreis Lichtenfels führend im Wettbewerb

Der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft“ war im Landkreis Lichtenfels in den letzten Jahrzehnten sehr erfolgreich. Davon zeugen allein acht Bundesieger und ein Europasiieger. Daneben gibt es zahlreiche Silber- und Bronzemedailen auf Bundes- und auf Landesebene.

„Darauf sind wir mit Recht stolz“, so Landrat Reinhard Leutner. „Im Landkreis Lichtenfels, der flächenmäßig mit zu den kleinsten in Bayern zählt, ist das Ergebnis auf Bundes- und Landesebene weit überproportional. Dies war für uns Anlass, diese Erfolge auch im Rahmen einer Internetpräsentation, in Zusammenarbeit mit dem rührigen Kreisfachberater für Gartenbau und Landespflege, für alle Interessierten zugänglich zu machen.“ Die Internetseite ist über www.landkreislichtenfels.de erreichbar.

Die Darstellung bietet neben einer detaillierten Vorstellung des Wettbewerbes und der Auswahlkriterien einen umfassenden Überblick über die umfangreichen Aktivitäten zu diesem Wettbewerb im Landkreis sowie eine Darstellung der größten Erfolge der Gemeinden auf Landes-, Bundes- und Europaebene. „Dies macht“, so hofft Landrat Leutner, „Appetit, diese Schmuckstücke zu besuchen und die Schönheiten auch aus der Nähe zu betrachten“.

Mit dieser Präsentation verbindet Leutner, Vorsitzender des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Lichtenfels, auch seinen Dank an alle Bürger, die sich vor allem über die Gartenbauvereine für den Ausbau der liebenswerten Dörfer eingesetzt haben. „Nicht von ungefähr haben sich die mehr als 12.000 Mitglieder in den Gartenbauvereinen

im Landkreis einen überregional guten Ruf erarbeitet.“ Die Darstellung wird weiter ausgebaut und entsprechend ergänzt.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlufstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugpreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Kaufbeuren ist im Juli fest in Kinderhand.

2000 Kinder freuen sich auf Kaiser Max I.

Allgäuer Stadt Kaufbeuren kehrt beim Tänzelfest ins Jahr 1497 zurück

Kaufbeuren (jm). Die Allgäuer Stadt Kaufbeuren ist vom 13. bis 24. Juli fest in Kinderhand. Fast 2000 Buben und Mädchen feiern zusammen mit Kaiser Maximilian I. das Kaufbeurer Tänzelfest, das älteste historische Kinderfest Bayerns. Insgesamt werden über 50000 Besucher aus nah und fern erwartet.

In historischen Gewändern spielen die jungen Kaufbeurerinnen und Kaufbeurer die Geschichte ihrer Stadt von der Karolinger- bis zur Biedermeierzeit. Im Mittelpunkt stehen die zwei Festumzüge am 16. und 17. Juli, in denen der Besuch Kaiser Maximilians I. aus dem Jahr 1497 nachgespielt wird. Über 30 Festwagen mit über 150 Pferden ziehen dabei durch die historische Altstadt Kaufbeurens.

Auch das Adlerschießen der Tänzelfestbuben, die ganz eigentümliche Stimmung des Großen Kaufbeurer Zapfenstreiches, aber auch die verschiedenen historischen Tänze, Märkte und das Lagerleben ziehen die Besucher aus nah und fern jedes Jahr in ihren Bann. Die Detailreue bei den Gewändern und die festlich geschmückte Kaufbeurer Altstadt sorgen für ein besonders historisches Flair.

Pauschalangebot

Der Drei-Sterne-Landgasthof „Zum Goldenen Schwanen“ in Frankenried bei Kaufbeuren bietet vom 14. bis 16. Juli ein Pauschalarrangement zum Kaufbeurer Tänzelfest für 149 Euro

an. Im Preis enthalten ist die zweimalige Übernachtung im Doppelzimmer mit Frühstücksbuffet für zwei Personen inklusive Tänzelfestabzeichen.

Bierkrug als Souvenir

Als besonderes Souvenir gibt es einen Tänzelfest-Bierkrug, mit dem sich die Schmankerl des Lagerlebens besonders gut genießen lassen. Für Campingfreunde hat der Campingplatz Elbsee, der mit fünf Sternen klassifiziert ist, in der Zeit vom 12. bis 24. Juli ebenfalls eine Pauschale parat, die neben dem kostenfreien Besuch des Tänzelfestes - Lagerleben und Haupttage - auch eine Bootsfahrt für die ganze Familie beinhaltet. Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 14 Jahren wohnen in dieser Zeit kostenlos auf dem Campingplatz.

Weitere Informationen:
Verkehrsverein Kaufbeuren e.V., Tourismus- und Stadtmarketing, Tourist-Information, Kaiser-Max-Straße 1, 87600 Kaufbeuren, Telefon 08341 40405, Telefax 08341 73962, E-Mail: touristinfo@kaufbeuren.de, www.kaufbeuren-tourismus.de



Von links: Karl Heinz Rau (Solidargemeinschaft Oberland), Konrad Loder (Unser Land GmbH), Sabine Brückmann (Ebersberger Land), Michaela Steiner (Dachauer Land), Dagmar Wöhrl (Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie), Dr. Werner Schnappauf (Bayerischer Umweltminister), Ludwig Karg (B.A.U.M.), Dr. Franz Alt (Journalist und Autor), Elsbeth Seiltz (Dachverein Unser Land und Brucker Land), Prof. Maximilian Gege (Vorsitzender B.A.U.M. e.V.), Elisabeth Franz (Weilheim-Schongauer Land), Richard Mickasch (Solidargemeinschaft München), Jutta Köhler (Starnberger Land), Marga Frösel (Landsberger Land). □

Netzwerk Unser Land:

Auszeichnung mit B.A.U.M. Umweltpreis

Zum 13. Mal verlieh der Bundesdeutsche Arbeitskreis für umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) in München den renommierten B.A.U.M. Umweltpreis. Neun Preisträger, darunter Namen wie Dr. Claus Hipp oder Mareke Wieben von Ikea Deutschland freuten sich über die Auszeichnung. In der Kategorie Institutionen/Verbände wurde das Netzwerk Unser Land für sein Engagement geehrt.

Der Bayerische Umweltminister Dr. Werner Schnappauf und die Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dagmar Wöhrl, übergaben vor rund 300 Gästen die Auszeichnungen, die an Persönlichkeiten verliehen werden, die sich seit vielen Jahren durch ein herausragendes Engagement erfolgreich und vorbildhaft für Natur- und Umweltschutz sowie soziale Fragen und damit

einer nachhaltigen Entwicklung einsetzen.

Gemeinsame Stärke

Bei der Verleihung des Umweltpreises an das Netzwerk Unser Land wurde jedoch schon optisch deutlich, was diese Initiative darstellt. Die Vorsitzenden aller neun Solidargemeinschaften repräsentierten auf der Bühne die zahlreichen Mitglie-

der und nahmen den Preis gemeinsam in Empfang.

„Wir sind selber immer wieder beeindruckt, was wir gemeinsam für den Erhalt der Lebensgrundlagen von Menschen, Tiere und Pflanzen in der Region tun können“, erklärte Elsbeth Seiltz, die Vorsitzende des Dachvereins Unser Land. „Es sind die vielen Fähigkeiten der Engagierten, die Freude am Zusammenwirken und die gemeinsame Idee, die unserer Arbeit Erfolg schenken.“

So wurde die Auszeichnung nicht auf die Vorsitzende alleine beschränkt, sondern auf die zahlreichen Engagierten des Netzwerkes ausgedehnt. □



Chefsekretärinnen zu Gast im Augsburger Land

Die Chefsekretärinnen der schwäbischen Landräte und Oberbürgermeister sowie des Regierungspräsidenten und des Bezirkstagspräsidenten folgten der Einladung von Landrat Dr. Karl Vogele (vorne 2. von links) und kamen zum Sekretärinnentreffen in den Landkreis Augsburg. Im jährlichen Wechsel laden die Landräte und Oberbürgermeister zum inzwischen schon traditionellen Treffen ein. Vogele betonte die außerordentlich große Bedeutung einer guten Chefsekretärin: „Unsere Sekretärinnen sind unsere rechte Hand. Mit großem Organisationstalent, Diskretion und Erfahrung machen sie uns die tägliche kommunalpolitische Arbeit leichter und halten uns den Rücken frei.“

Auf dem Programm stand eine Besichtigung des Zentralklinikums Augsburg, die von Klinikumsvorstand Anselm Berger und Vize-Landrat Max Strehle, der zugleich stellvertretender Verbandsvorsitzender des Krankenhauszweckverbandes Augsburg ist, organisiert und begleitet wurde. Die Pflegedirektorin Christa Tischer gab den Damen auf der Familienstation Einblick in die Krankenhauswelt. Andreas Lingl, Leiter der Zentralküche, zeigte den Gästen wo das Küchenpersonal täglich mehrere frische Mahlzeiten für Patienten und Beschäftigte zubereitet.

Nachmittags waren die Chefsekretärinnen zu Gast bei Äbtissin Ancilla Betting im Kloster Oberschönenfeld. Rudolf Oberlander, der Vorsitzende des Freundeskreises Kloster Oberschönenfeld, führte die Reisegruppe durch die Kirche und das Kloster.

Zum Abschluss des eindrucksvollen Tages kamen die Chefsekretärinnen noch zu einem Empfang im Landratsamt Augsburg zusammen. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Ein Volk stirbt aus - da müssen es halt die Väter richten.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las gerade einen Vermerk unseres Personalmenschen zu den neuen Elterngeld-Regeln.

Es ist ja viel gespottet worden über die Tatsache, dass ein Paar das Elterngeld für 14 statt zwölf Monate beziehen kann, wenn der Vater zwei Monate Erziehungsurlaub nimmt.

Vom Windel-Volontariat war die Rede, von der Laufstall-Pause oder dem Griesbrei-Praktikum. Aber das sind ja nur witzige Chauvi-Sprüche, die nicht verdecken können, dass es mittlerweile keinen richtig tickenden Mann mehr geben dürfte, der sich nicht darüber im Klaren wäre, dass die Kindererziehung Sache von Frau und Mann ist. Das Dumme ist nur, dass wir in Deutschland die Menschen immer von Staats wegen erziehen, bevormunden und zu ihrem

Investieren in den Nachwuchs

Glück zwingen wollen.

Bei uns langt es nicht, den Leuten eine echte Wahlfreiheit und Männern wie Frauen die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen für Erziehungspausen zu geben. In Deutschland stellt man fest, dass weniger Männer in Erziehungsurlaub gehen als Frauen, also muss es Anreize für Männer geben, sich auch ein paar Wochen ausschließlich der Brut zu widmen. So weit, so gut. Wenn es sich nicht immer nur um Symbolpolitik handeln würde.

Es ist doch schon jetzt abzusehen: Wer sich ohnehin Kinder anschaffen und nach der Geburt pausieren will, der nimmt ein Jahr Erziehungsgeld mit und dann nimmt sich noch der Vater zwei Monate Auszeit. Die acht Wochen sind karriereneutral und schmerzen keinen Arbeitgeber, höchstens den geschäftsordnungsmäßigen Vertreter des Humanreproduzenten, denn für zwei Monate wird man - anders als bei längerfristigen Elternpausen - weder die Geschäftsverteilung ändern noch sich um eine andere Vertretungslösung bemühen.

Wer aber in seinem Kinderwunsch schwankt oder nicht weiß, wie er Beruf und Familie kom-

binieren soll, der pfeift auch auf das Elterngeld. Denn der Einschnitt in die Berufstätigkeit ist bei einem Jahr Pause genauso krass wie bei dreien. Und wer nicht so lange pausieren will, steht nach einem Jahr vor dem gleichen Problem wie nach drei Monaten: Wohin mit dem Kind? Auf diese alles entscheidende Frage geben weder Erziehungsgeld noch Vätermonate eine Antwort.

Klar, jetzt wird der Finger wieder in Richtung Kommunen gelenkt, die gefälligst für Kinderkrippen, Tagesmutternetzwerke und solche schönen Sachen sorgen sollen. Frei nach dem Motto: Die Rettung des Volkes vor dem Aussterben ist Bundessache, um die erfreulichen und hoffnungsvollen Folgen der Rettung sollen sich die Gemeinden kümmern.

Es ist halt wie bei der Forderung nach kostenfreien Kindergärten: Die Familienministerin fingert in den kommunalen Kassen. Auch da gehts typisch deutsch zu: Es darf nix kosten. Das ist aber Quatsch. Wenn die Kinderbetreuung gut ist, sind Eltern bereit, auch etwas dafür zu zahlen. Kinder kosten nun einmal Geld, das weiß jeder, der sich dafür entscheidet. Das wissen auch Europas Baby-Boomer in Frankreich und Schweden - es muss ja nicht immer gleich ein Drittel des Einkommens sein, so wie in Korea. Aber Kinder geben ja auch was zurück: Sie machen die Familie komplett.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat noch nie viel von Symbolpolitik gehalten. Wenn was gut ist, dann kostet es - auch ein attraktiver Kindergarten mit exzellenten Erzieherinnen. Und statt die Mittel in Dinge wie Elterngeld zu stecken, sollte der Bund die Betreuung fördern und die Steuern für alle Eltern, gleichgültig wie alt die Kinder sind, so radikal senken, dass ihnen wirklich mehr Geld in der Tasche bleibt, das sie dann in ihren Nachwuchs investieren können. Denn schließlich gilt der Satz von Neil Postman auf dem heutigen Kalenderblatt: „Kinder sind die lebenden Botschaften, die wir einer Zeit übermitteln, an der wir selbst nicht mehr teilhaben werden.“

the
Sabrina

75 Jahre Landkreis Kronach

Zum Jubiläum ein vielseitiges Porträt

Die soeben erschienene Broschüre „Unser Landkreis Kronach“ widmet sich u. a. dem 75-jährigen Jubiläum des Landkreises zwischen Küps und Ludwigstadt, Mitwitz und Waltenfels. Auf 128 Seiten und in elf Kapiteln zeichnet die Publikation ein ausführliches, reich bebildertes und vor allem vielseitiges Porträt der kommunalen Gebietskörperschaft. Gefördert wurde die vom Landratsamt herausgegebene Broschüre von der Sparkasse Kulmbach-Kronach.

„Zu seinem 75. Geburtstag schenkt unser Landkreis Kronach allen, die sich für ihn interessieren, dieses informative und anschauliche Heft“, schreibt Landrat Oswald Marr im Geleitwort. „Um unseren Landkreis als Standort und Lebensraum vorzustellen, werden Probleme und Herausforderungen genauso wenig verschwiegen wie Potenziale und Visionen.“

Geschichtliches Kapitel

„Fränkische Linie und Rennsteig: trennend und verbindend“ lautet das erste Kapitel, das sich mit der naturräumlichen Zuordnung, mit Landschaftspflege und Naturschutz sowie der historischen Kulturlandschaft beschäftigt. Als „Oberfrankens Spitze mit fränkischer und mit thüringischer Nachbarschaft“ wird der Landkreis im geschichtlichen Kapitel des Heftes präsentiert. Dabei wird zunächst daran erinnert, dass aus den Bezirken Kronach und Teuschnitz mit Wirkung vom 1. Juni 1931 der heutige Landkreis Kronach entstand.

Schwerpunkte

Weitere Schwerpunkte sind

die „Landkreisgrenze als deutsch-deutsche Grenze“, das Landkreiswappen und die Bevölkerungsentwicklung sowie - anlässlich „200 Jahre Franken in Bayern“ - die fränkische Stammes- und bayerische Staatszugehörigkeit.

Auf eigene Stärken bauen und Chancen ergreifen

„Stetes Wirken im Dienst an der Landkreisbevölkerung“ ist das Kapitel über den Kreistag und das Landratsamt betitelt, das auch die kommunalen Aufgaben und Finanzen thematisiert. „Auf eigene Stärken bauen und Chancen ergreifen“ - unter dieser Überschrift wird erläutert, wie der Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft der Region neue Perspektiven eröffnet. Ein weiterer Beitrag widmet sich dem Regionalmanagement sowie den lokalen Initiativen zur interkommunalen Zusammenarbeit und zur aktiven Bürgerkommune.

Das soziale Leben im Landkreis

Im Artikel über das soziale Leben im Landkreis werden das segensreiche Wirken der Wohlfahrtsverbände, das Zusammenwirken in der Kreisar-

beitsgemeinschaft und weitere Aspekte aufgezeigt. „Bildungsauftrag fordert Schule und Jugendarbeit heraus“ - unter diesem Titel werden die breit gefächerten Angebote am „Bildungsstandort“ Landkreis Kronach vorgestellt.

„Kultur ist keine Zutat - Kultur ist Leben!“

Der Beitrag über das reichhaltige Kulturleben wird eingeleitet mit der Feststellung: „Kultur ist keine Zutat - Kultur ist Leben!“ Auch an „50 Jahre Kreiskulturtag“ und weitere Jubiläumsanlässe wird dabei erinnert. „Identität und Geborgenheit im (globalen) Dorf“ ist das Kapitel über Heimat(-pflege) überschrieben. Das „Kronacher Modell“ der Kreisheimatpflege wird darin ebenso erläutert wie die kirchliche Organisationsstruktur („Heimat und Glaube“).

18 Kommunen stellen sich vor

Mit jeweils eigenen Porträts stellen sich die 18 Städte, Märkte und Gemeinden des Landkreises vor. Hier erfährt man Näheres unter anderem über Denkmäler, Freizeitstätten, Veranstaltungen, Kommunalpolitik und Verwaltung. Das abschließende Kapitel ist dem Naturpark Frankenwald als Vorbildlandschaft für die Entwicklung ländlicher Regionen und als Vorreiter für nachhaltigen Tourismus in Schutzgebieten gewidmet. **DK**

Pater-Rupert-Mayer-Volksschule:

Klasse 4c zu Besuch im Pullacher Rathaus

Am 15. Mai 2006 unternahmen wir, die Klasse 4c der Pater-Rupert-Mayer-Volksschule, einen Unterrichtsgang in das Pullacher Rathaus. Dort trafen wir den Ersten Bürgermeister von Pullach und bekamen bei der anschließenden Besichtigung interessante Einblicke in die verschiedenen Bereiche der Gemeindeverwaltung.

Um 8.30 Uhr machten wir uns auf den Weg und kamen circa eine halbe Stunde später am Rathaus an. Die Sekretärin des Bürgermeisters führte uns in den Sitzungssaal, in dem sich normalerweise der Gemeinderat trifft. Dort begrüßte uns dann der Dr. Stefan Detig, der Erste Bürgermeister von Pullach. Er ließ uns für das weitere Gespräch sogar an den sehr bequemen Sitzungstischen der Gemeinderäte Platz nehmen.

Zunächst erzählte er uns von den Aufgaben, die von der Ge-

meinde übernommen werden, anschließend stellten wir ausgiebig eigene Fragen. So erkundigten wir uns zum Beispiel nach seiner Berufsausbildung, nach der Zahl der Mitarbeiter hier im Rathaus, wie viele Kirchen in der Gemeinde stehen, nach der Anzahl der in Pullach angemeldeten Einwohner und wie viele davon Kinder sind, sowie nach der Länge seiner Amtszeit.

Wir erfuhren, dass Dr. Detig Jura studiert hat, seit vier Jahren das Amt des Ersten Bürgermeisters bekleidet und zuvor als Ge-

meinderat tätig gewesen war, dass im Rathaus 95 Mitarbeiter beschäftigt sind, dass in der Gemeinde ca. 10 Kirchen stehen, dass es ca. 9000 Einwohner gibt, davon ca. 1640 Kinder. Er beantwortete uns mit der gleichen Geduld auch persönliche Fragen, wie die nach seinem Alter (34 Jahre) und ob er oft Stress habe. „Natürlich“, meinte er darauf, „denn ich habe viel zu tun in diesem Amt... Und die Sitzungen des Gemeinderates können gelegentlich sogar bis um 3.00 Uhr morgens dauern.“

Plakette als Geschenk

Nachdem sich der Bürgermeister fast eine ganze Stunde für uns Zeit genommen hatte, verabschiedete er sich von uns. Dabei überreichte er uns als kleines Geschenk für jeden eine Plakette, die von der Gemeinde Pullach anlässlich der bevorstehenden 1200-Jahr-Feier herausgibt.

Prächtiger Start für die Therme Bad Reichenhall

„Ein Jahr nach der Eröffnung ist die Bilanz hervorragend: Ein prächtiger Start für die RupertusTherme! Das Spa & Fitness Resort RupertusTherme ist im zurückliegenden ersten Jahr zu einem pulsierenden Leitbetrieb für den Tourismus im Staatsbad geworden. Mit der neuen Therme haben auch die touristischen Betriebe in der Region nunmehr ein äußerst attraktives Leistungsangebot zur Verfügung“, erklärte Finanzstaatssekretär Franz Meyer in Bad Reichenhall.

Ein Jahr nach der Eröffnung des neuen Spa & Fitness Resort RupertusTherme konnten bereits über 320.000 Besucher begrüßt werden. Die tägliche Auslastung liegt bei rund 850 Gästen und steigt kontinuierlich: In den ersten beiden Monaten 2006 besuchten bereits 1000 Gäste pro Tag die neue Therme. „Damit sind wir deutlich bes-

Im Anschluss unternahm der Amtsleiter Herr Hans Tittel mit uns eine ausgedehnte Führung durch das Rathaus. Er zeigte uns zuerst sein eigenes Büro und erklärte, dass alle hier in etwa die gleiche Einrichtung hätten. Anschließend besuchten wir verschiedene der Abteilungen.

Auf den Hund gekommen

Bei der Finanzverwaltung bekamen wir auf unsere Frage nach der Zahl der angemeldeten Hunde (es sind ca. 350) noch genaue Erläuterungen über die Hundesteuer, die Hundemarken und warum die Tiere sie um den Hals tragen müssen. Wir bekamen auch gezeigt, wie solch eine Marke aussieht.

Fragen an den Kämmerer

Danach besuchten wir den Kämmerer Herrn Jürgen Westenthanner. Er ist der älteste Mitarbeiter im Amt und zuständig für den Haushaltsplan. Bei ihm durften einige der Kinder sogar auf seinem Arbeitssessel Platz nehmen, während er von seinen Aufgaben erzählte. Er stellte beispielhaft dar, wie viel Geld die Gemeinde Pullach für einige der Aufgaben ausgibt, die sie erfüllt.



Fragen an den Bürgermeister: V. I. Luis, Luigi, Rathauschef Dr. Stefan Detig, Martin.

(Pullach ist übrigens ab 2008 wieder schuldenfrei.)

Im Sozialamt fanden wir heraus, dass es bisher in Pullach bereits acht Trauungen gegeben hat.

Die Erklärungen zum Bauamt und zur Bautechnik waren zwar interessant, aber erschienen uns auch ziemlich kompliziert. Zu-

letzt führte uns Herr Tittel ins Einwohnermeldeamt.

Den Besuch im Rathaus fanden wir sehr interessant. Vor allem die vielen Mitarbeiter, die extra ihre Tätigkeiten unterbrechen und sich Zeit nehmen, ihre Aufgaben im Amt zu erklären, fanden wir sehr nett und hilfsbereit.



In der Finanzverwaltung wurde ausführlich die Frage nach den angemeldeten Hunden beantwortet. Fotos: Krys Becker

Vorschau auf GZ 12

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 3, die am 2. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge

Caritas-Fachtagung in Augsburg:

WERT-volle Rechte des Kindes

Das Wort „Wert“ ist in aller Munde, auch die Bundesregierung diskutiert aktuell die Werteerziehung bei Kindern. „Für die Kindertagesstätten in katholischer Trägerschaft ist das kein neues Thema“, so Mechthild Teuber, Fachgebietsleiterin für Kindertagesstätten des Caritasverbandes für die Diözese Augsburg e.V., „wir wollen und müssen aber in unserer Gesellschaft öffentlich darüber reden, welche Werte konsensfähig sind und dass dabei auch die Rechte des Kindes eine wichtige Rolle spielen.“

Wenn die Bundesregierung nun ein „Bündnis für Erziehung“ beschlossen hat, bestätige dies, so Teuber, dass der Augsburger Diözesan-Caritasverband mit dem Thema „WERT-volle Rechte des Kindes - wider die Individualisierung“ für die diesjährige Diözesan-Fachtagung die Zeichen der Zeit richtig erkannt hat. Rund 1.000 Erzieherinnen aus dem ganzen Bistum kamen in die Augsburger Kongresshalle. Voraus ging ein Gottesdienst, der von Diözesan-Caritasdirektor Peter C. Manz gefeiert wurde.

Für das Thema konnte der Caritasverband ReferentInnen gewinnen, die in der Bundesrepublik an vorderster Stelle der Diskussion um die Weiterentwicklung von Bildungs- und Erziehungsplänen mitwirken. So hielt Prof. Dr. Christa Preissing von der Freien Universität Berlin den Hauptvortrag. Frank Jansen, Geschäftsführer des Bundesverbandes katholischer Tageseinrichtungen für Kinder e.V. (KTK), berichtete wiederum gleichsam aus erster Hand über die Ziele und Perspektiven des „Bündnisses für Erziehung“.

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160 info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
Fax 07151-995166 www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

LUNARIALIA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79832 St. Blasien, Schwarzwald
Tel.: 07822 4121-0 Fax: 07822 4121-10

Papierkörbe

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256+82224

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN®
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner®
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Küssmersbruck/Amberg
Tel.: +49 (0)9621/7685-0 • Fax +49 (0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

Verwaltungsinformationssysteme

www.behördenmanagement.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 • Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrometer.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79832 St. Blasien, Schwarzwald
Tel.: 07822 4121-0 Fax: 07822 4121-10

Fahrradabstellanlagen



Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0)4431/935549 • Telefax: +49 (0)4431/935588
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de